CONTRASTE

Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 55 Jahrgang 6 April '89 3.00 DM

00.2621 001 5
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

Welt am Draht

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Red. Nürnberg „Die grüne Revolution ist programmierbar...", verkündete *Natur* optimistisch (in ihrer taz-Werbung für die Märzausgabe). Fragt sich nur, mit welchem grünen Programm. Festzuhalten bleibt jedenfalls, daß KollegIn Computer allerortens Einzug hält. Und wo die grüne Programmatik - etwa des Bundesprogramms der Grünen - warnend den Zeigefinger hebt und säuerlich verkündet „...schwerlich alternativ nutzbar...", hört ja doch keineR hin. Da vermittelt uns ein Bill Gates eher, wo es wirklich langgeht. Der 33-jährige Vater des in 95 % aller personal computer (PCs) gebräuchlichen Betriebssystems MS Dos urteilt lapidar: „Ein PC gehört in jedes Büro und jeden Haushalt".

Fortsetzung auf Seite 4

Foto: Thomas Einberger

Neue Erkenntnisse über den SV-Bereich in NRW, Südniedersachsen und Bremen

1988 stellte das Land NRW 1,3 Mio. DM für modellhafte, neue und unkonventionelle Ansätze im erwerbswirtschaftlichen und öffentlich finanzierten Bereich zur Verfügung. In einer 8-seitigen Sonderbeilage, die auf einer Bestandsaufnahme selbstverwalteter Betriebe in NRW basiert, werden Forschungsergebnisse über Struktur, Anzahl, Verteilung und Qualifizierung von SV-Betrieben vorgestellt. Eine Liste von 40 Knotenpunkten selbstorganisiert-kooperativer Arbeit soll den SV-Bereich in NRW transparent machen und gemeinsame SV-Initiativen aktivieren. Ein Register, unterteilt nach den Branchen Landwirtschaft, Produktion, Handel und Dienstleistung, gibt einen Überblick über die Betriebe, die eine eindeutige Markt- und Erwerbsorientierung aufweisen. **(Seiten 11 bis 18)**

Zwei Studien über die Alternativökonomie in Südniedersachsen und Bremen, herausgegeben vom geografischen Institut der Universität Göttingen, versuchen nachzuweisen, daß die Erwartungen, SV-Betriebe könnten zu einem Träger der Gegenökonomie mit systemsprengenden Eigenschaften werden, reine Utopie sind: In Südniedersachsen arbeiten nur 0,44 % aller Beschäftigten in Alternativbetrieben, und die Studie über Bremen stellt lapidar fest, daß Kollektive eben als kollektive Kapitalisten agierten, und die Alternativökonomie letztlich nur dazu beitrage, ein neues Kapitalakkumulationsmodell voranzutreiben. **(S.19, Berechtigte Skepsis?)**

Alle Möglichkeiten nutzen!

Differenzierte, fundierte und emotionsfreie Analyse der satanischen Technologie absolut vonnöten

Red. Heidelberg Nicht die Technologie produziert Arbeitslose und Maschinenmenschen, sondern die, die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel haben. Es ist die Herrschaft des Menschen über den Menschen die Wurzel allen Übels. Falls sich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft eine autonome Sphäre noch bilden kann, warum sollte sie sich nicht der fortschrittlichsten Methoden bedienen, um Gegenökonomie zu schaffen? Ist es nicht an der Zeit, über Technikverweigerung, Fortschrittskritik und Gefahrenanalyse hinausgehende Widerstandskonzepte zu entwickeln, weil wir in der Wahl der Waffen eben keine Wahl mehr haben? Aber was hat all dies mit unserem niedlichen PC zu tun? Eines scheint klar: Die Kluft zwischen den Nutznießern neuer Technologien und ihrem letzten Glied, dem Bedienungspersonal, ist ebenso tief wie die Zeit zwischen einem da Vinci (auch Vater der Ballistik) und den Opfern neuerer Kriege lang ist. In unserem Schwerpunkt haben wir versucht, die verschiedensten Aspekte der „Computerisierung" zusammenzutragen.

Burghard Flieger (Professionsgenossenschaften, S.7) entdeckt bei sogenannten High-Tech- Firmen betriebliche Organisationsstrukturen, die sich auf den ersten Blick durchaus mit dem genossenschaftlichen Betriebsmodell vergleichen lassen: „Nirgendwo sind die (Mitarbeiter-)Partizipationsformen so weit entwickelt, wie in High-Tech- Unternehmen", wenn er auch einschränken muß, daß in solchen Unternehmen „geradezu von einem Zwang zur teamartigen Kooperation" gesprochen werden muß, weshalb sich diese Betriebe nur formal mit SV- Betrieben vergleichen lassen.

Die Möglichkeiten einer „echten" kollektiven Kooperation untersuchen **Andreas Küstermann und Ralph Tiede (S.5)** anhand einer konkreten Einführung der „Teufelsmaschinen" in SV-Betrieben. Fazit: EDV prinzipiell ja, doch sollte auf keinen Fall an Beratung und Schulung durch einen EDV-Kollektiv-Spezialisten gespart werden.

Ein „ja" zum Computer im Sinne einer fortschrittlichen und effizienten Anwendung konnte unser Rhein-Main- Redakteur hpm einem prominenten „Wiedergänger" entlocken **(S.5, Big Blue und die Blauen Bände)**, dessen Schlachtruf „Verschafft Euch Wissen und schließlich die Macht" bei der FIFF (Forum Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung) offenbar auf offene Ohren stieß. Näheres über die Arbeit der FIFF auf **S. 6: „Herrschaftswissen für alle?!"**, eine Forderung, die selbst im real-existierenden Sozialismus nicht eingelöst wird, wie von Jacek Grundland, Informatiker an der Universität Warschau, zu erfahren ist **(S. 6, Informationen sind nicht zugänglich)**.

Uli Briefs, ehemaliger Mitarbeiter von IBM und jetzt MdB und Technologiebeauftragter der Grünen, sieht in der Weiterentwicklung der Computer-Technik keine großen neuen Gefahren, sondern eine Verschärfung der alten im Anwendungsbereich und außerhalb der Arbeitswelt – da, wo neue Technologien persönliche Entfaltungs- und Gestaltungsmöglichkeiten reduzieren. **Nicht miteinander rechnen, sondern miteinander reden (S.8)** heißt auf den Punkt gebracht, die Computertechnologie im Sinne einer Gegen-Politik zu instrumentalisieren und ansonsten sich möglichst viele Computer-Frei-Räume zu schaffen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Gegen eine Schule der Väter

Wie in der letzten Ausgabe angekündigt, setzen wir die Reihe „Lernen in Freiheit" fort. In dem Beitrag **„Anti-Pädagogik contra libertäre Pädagogik" (S.22)** plädiert Gerhard Kern für die radikale Abschaffung aller „Teilzeit-Gefängnisse". Alle Institutionen, auch „Freie Schulen" widersprächen einer wirklich freien Beziehung der Menschen untereinander. An ihre Stelle sollten anarchische Kommunen und Kleingruppen für Lernsituationen bestimmend sein, konkrete Lebensnotwendigkeiten sollen die Anhäufung von abstraktem und überflüssigem Wissen sinnvoll ablösen.

Gegenüber dieser fundamentalistischen Position spielt das Beispiel der Freien Schule auf dem Berliner Ufa-Gelände den „Realo-Part": 40 Kinder zwischen 6 und 12 Jahren proben dort den alternativen Schul- Alltag; ein Wechsel zur „weiterführenden" (Staats-)Schule ist durchaus drin. Aus den ersten beiden Jahrgängen haben 10 von 13 Kindern die gymnasiale Weiterempfehlung erhalten, berichtet Oskar Voigt, langjähriger pädagogischer Betreuer der Freien Ufa-Schule **(S. 23, Zum Beispiel Berlin)**.

Frauen und DAS DING

Auch die Frauenseite steht dieses Mal unter dem Diktat des...? Erraten! Waltraut Kreutzer berichtet von ihren Erfahrungen als Computerkursleiterin für Frauen. Warum Frauen die Computertechnik nicht als ihre Technik „empfinden" und auf keinen Fall eine Computerlaufbahn einschlagen sollten, warum Männer Computerbücher für Frauen klauen und warum die ersten Netzwerkbürofrauen das „Gefühl" hatten, sie bräuchten DAS DING nicht, erfährt frau/mann auf

Seite 10

Schnöder Mammon

Unter dieser Überschrift wollen wir in Zukunft eine lose Reihe von Artikeln vorstellen, die in kritischer und aufklärerischer Weise über Absurditäten dieser unserer Geldwirtschaft berichten. Wenn auch der Weg zur Erkenntnis wegen häufiger themenspezifischer „Trockenheit" über gewisse Durststrecken führt, ein Gang durch den monetären Dschungel lohnt sich. Wir starten in dieser Ausgabe mit dem „Zins-Nullsummen-Spiel" von Helmut Creutz, alle Mitspieler sind eingeladen, einmal nachzurechnen, ob sie zu den Gewinnern (unwahrscheinlich) oder zu den Verlierern zählen, wobei wir letzteren schon an dieser Stelle unser kostenloses Mitgefühl aussprechen.

Seite 20

Tod und Auferstehung im Radiohimmel

Nach dem Aus von Radio KORAH und Radio 107 zeigt das SPD-eigene Medienkonsortium LRB brennendes Interesse an der Frequenz von „107". Der zu installierende Sender kann sich hören lassen: Profitorientiert und losgelöst vom Ballast alter SPD-Medienpolitik, laut und unkompliziert soll das neue Programm sein. Hintergründiges berichtet Mathias Lahmann auf

Seite 24

Kritisch, sehr kritisch

Ist die Situation des unabhängigen deutschen Films - so Esra Gerhardt, Dokumentarfilmemacher und Mitbegründer des neuen Filmhaus e.V. in Berlin. Jeder Filmer sei seines eigenen Glückes Schmied; die Verbände der Dokumentarfilmer und Filmarbeiterinnen und andere, die einmal die Interessen der Unabhängigen gegenüber dem Staat vertreten haben, seien personell total ausgelaugt; die in einigen Bundesländern gegründeten Filmbüros verfügten nur über unzureichende Finanzetats. Näheres über die Ursachen der mißlichen Lage auf

Seite 25

Außerdem in dieser Ausgabe

FRankenschutz?
Zur Zukunft der Netzwerke und ihrer BAG Seite 2

Naturkost
Ein Dach für die Naturkost fordert Achim Wagner Seite 3

Genossenschaften
1992: Die Vielfalt ließe sich wiederbeleben - Reform des Genossenschaftssektors durch EG-Recht? Seite 21

Betriebe
Frühlingstage der SV-grafischen Betriebe Seite 24

Bundestreffen der Netzwerke

„Solidarische Kritik" oder „in der Form daneben"/Franken-Beilage sorgte für emotional aufgeheizte Stimmung

Red. Heidelberg Mit „Flankenschutz" durch die CONTRASTE-Redaktion hatte das Netzwerk Franken (Nürnberg) in der Januar-Ausgabe der CONTRASTE einen Frontalangriff auf die BAG-Netzwerke und auf einzelne ihrer VertreterInnen gestartet. Nun herrscht Schweigen im Blätterwald. Ein Redakteur ist schwer gekränkt, bzw. in Psychodramen verwickelt, (siehe Februar-CONTRASTE). Deswegen also erst jetzt ein verspäteter, subjektiver Kurzbericht vom Bundestreffen der Netzwerke, das Mitte Januar stattgefunden hat.

Was die NürnbergerInnen als „Provokation und solidarische Kritik" verstanden wissen wollten, war in den Augen vieler der 35 bis 40 angereisten NetzwerkerInnen in Form und Inhalt so daneben, daß die Stimmung entsprechend emotional aufgeheizt war. Die Kommentare beim anfänglichen Blitzlicht reichten von „diskussionsunwürdig" und „politpubertär" über „diskussionswürdig, aber in der Form daneben" bis zum Nürnberger Standpunkt „die Provokation ist gelungen".

Es war sicherlich ein Fehler, daß diese Statements so stehenblieben, und ebensowenig wie das Nürnberger Papier ausdiskutiert wurden. Stattdessen versuchte mensch, sich dem ursprünglichen Thema des Bundestreffens „die Zukunft der Netzwerke" zuzuwenden und die erhitzten Gemüter in kleinen Arbeitsgruppen abzukühlen. Das konnte natürlich nicht gutgehen, denn die „Wiederkehr des Verdrängten" sorgte dafür, daß in den Arbeitsgruppen dann doch mehr oder weniger über das bis dahin gelaufene diskutiert wurde.

Zur „Zukunft der Netzwerke" gab es also keine neuen Erkenntnisse, oder doch?

Wir sehen das Nürnberger Bundestreffen nicht als Ausdruck einer politisierten Netzwerk-Welt, in der sich verschiedene politische Positionen unvereinbar gegenüberstanden. Das war unserer Meinung nach (vielleicht noch nicht) das Problem. Wir sind auf diesem Treffen schon viel früher gescheitert, nämlich da, wo es uns nicht gelungen ist, die Nürnberger Kritik sowie die dahinterstehenden Erfahrungen incl. Politikverständnis konstruktiv diskutierbar zu machen. So haben wir auch das Resümee des Abschlußplenums verstanden: In unserer in Nürnberg augenfällig gewordenen Diskussions- und Konfliktunfähigkeit liegt eine Selbstblockierung und Lähmung, die eine gemeinsame Diskussion um die Zukunft der Netzwerke bisher verunmöglicht. Von daher sehen wir in der Entscheidung, auf dem übernächsten Bundestreffen im Oktober das Thema „Kommunikation" zum inhaltlichen Schwerpunkt zu machen, einen folgerichtigen Schritt.

Allerdings begreifen wir dies zuallererst als eine Aufgabe der Netzwerke und nicht der BAG, wenn auch mit BAG-Unterstützung. Mit anderen – überspitzten – Worten: Wenn die Netzwerke nun eine „Phase der Selbstfindung" und „Kommunikationsentwicklung" durchmachen wollen, ohne daß dies aktuell und konkret auch in politische Willensbildung mündet, dann stellt sich die Frage, ob ein BAG-Apparat (bezahlte Geschäftsführung) sinnvoll und notwendig ist.

Noch eine Schlußfolgerung glauben wir nach Nürnberg ziehen zu können. Wir meinen, daß eine Netzwerk-Perspektiv-Diskussion in der Form, wie wir sie in Nürnberg angehen wollten, von vornherein Gefahr läuft, unfruchtbar zu verlaufen.

Der BAG-Vorstand hatte für Nürnberg diverse Thesenpapiere vorbereitet. Im Nachhinein ist uns klar, daß wir damit zugleich Inhalte vorgegeben hatten, die der Unterschiedlichkeit der einzelnen Netzwerke vor Ort nicht genügend Rechnung getragen haben. Aber ehrlich gesagt, es ist uns auch ein Rätsel, wie ein Thesenpapier aussehen könnte, in dem sich alle NetzwerkerInnen wiederfinden.

Und wenn man bedenkt, daß die Vorbereitungsgruppen incl. Vorstand schon allein für die Erarbeitung der Diskussionsansätze zwei Tage gebraucht haben, dann ist der eine Tag, der dafür i.d.R. auf Bundestreffen zur Verfügung steht, ohnehin zu kurz. Als Alternative bietet sich möglicherweise an, daß Netzwerke mit ähnlicher Struktur und Problemlage einen Erfahrungsaustausch jenseits der Bundestreffen organisieren. Hier sollten alle Netzwerke für sich noch einmal nachdenken. Ob der Beschluß, in Lübeck im Juni nachzusitzen, sprich die in Nürnberg verpaßten Diskussionen nachzuholen, sinnvoll ist, muß sich erst noch zeigen.

Einziger weiterer Tagesordnungspunkt in Nürnberg war das Verhältnis der Netzwerke zu CONTRASTE und die Zukunft der Zeitung. Auch hier stand zunächst der Unmut im Vordergrund. Die Nordlichter fühlten sich von CONTRASTE zu Unrecht angepinkelt, worauf ja auch eine Entschuldigung erfolgte. Anschließend trugen die einzelnen Netzwerke vor, was sie in den letzten Monaten an Unterstützungsaktionen für CONTRASTE unternommen haben. Kaum ein Netzwerk, das nicht geworben hatte. Zum Teil war gleich für alle Mitglieder abonniert worden. Dennoch fiel das Resümee dieser Unterstützungsaktionen nicht gerade optimistisch aus. Da hatten sich alle mehr versprochen. Und neuer Schwung nach dem Motto „jetzt erst recht" wollte auch nicht aufkommen. Alles in allem ein Treffen, das nicht gerade ermuntert und wenig ermutigt hat, wenn mensch konkrete Antworten auf die Zukunft der Netzwerke erwartet hatte. Allerdings: die Bereitschaft, sich eine andere Diskussionskultur zu erarbeiten, kann einen neuen Weg markieren.

Ein Weg, auf dem Trennendes und Gemeinsames der vielen verschiedenen Netzwerke besser sichtbar werden, um auf dieser Grundlage die Zukunft der einzelnen Netzwerke innerhalb des links-alternativen, oppositionellen Spektrums klarer zu formulieren und zu gestalten.

Michael Raetsch
Geschäftsführer
F.-J. Bartsch, Vorstand

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

CONTRASTE - Verein

Ordentliches Mitglied kann jede/r werden, der/die sich aktiv für die Ziele des Vereins einsetzt. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung.

Der Jahresbeitrag beträgt 36 DM. Ordentliche Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE umsonst.

(Formlose) Aufnahmeanträge sind an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg zu richten.

Fördermitglied kann jede/r werden, der/die Ziele des Vereins fördern will, ohne sich im Verein zu engagieren. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

Der jährliche Förderbeitrag beträgt 72 DM und mehr. Fördermitglieder erhalten die Zeitung CONTRASTE ebenfalls kostenlos. Für Betriebe/Projekte beträgt der Richtsatz 200 DM.

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.- DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift . . . . . **Datum** . . . . .

Vorname, Name . . . . . .

Straße und Wohnort. . . . . .

Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Projektmittel 1989 vergeben

Fonds Soziokultur fördert 24 beispielhafte Kulturprojekte

Red. Heidelberg „Kultur auf dem Lande", „Ausländer-Radio", „Theater im Gefängnis", „Frauenleben in der Aufbauzeit" – so lautet das thematische Spektrum der ausgewählten Projekte. Die Lebendigkeit und Vielfalt der soziokulturellen Szene ist dabei unübersehbar. Schon seit einigen Jahren differenziert sie sich immer weiter aus und meldet verstärkt ihre Ansprüche an.

In diesem Jahr lagen 352 Anträge auf Förderung mit einem Antragsvolumen von über 6 Mio. DM zur Entscheidung vor, und das Kuratorium hatte am 10. März im Hagener HOHENHOF die Qual der Wahl, die schließlich auf 24 Projekte im gesamten Bundesgebiet fiel. Nur 7% der Anträge konnten gefördert werden; mehr war mit den Mitteln des Fonds nicht möglich.

Der Fonds Soziokultur fördert modellhafte Kulturprojekte mit Bundesmitteln in Höhe von DM 300.000,-- jährlich, die beispielgebend sind für die weitere Entwicklung des soziokulturellen Praxisfeldes. In diesem Jahr konnten damit weitere 700.000,- – an Eigen- und zusätzlichen Drittmitteln mobilisiert werden, so daß der Fonds insgesamt über 1 Mio. DM für die Soziokultur in Bewegung brachte.

Der Fonds Soziokultur ist ein gemeinnütziger Verein und angesiedelt bei der bundesweiten Kulturpolitischen Gesellschaft in Hagen. Ihm gehören mittlerweile neun Bundesverbände aus der soziokulturellen Arbeit an. Der Fonds hat sich zum Ziel gesetzt, die kulturelle Praxis im Überschneidungsbereich von Kunst, Bildung und sozialer Arbeit projektbezogen zu fördern. Leitlinie seiner Förderpraxis ist die Verstärkung des Prinzips der Hilfe zur kulturellen Selbsthilfe sowie die Unterstützung von Selbstorganisation und Selbstverwaltung in der Kulturarbeit.

„Die Verbreitung von Nachrichten und Informationen, die der Bauer wissen sollte, die ihm aber in der Regel vorenthalten werden", so stand es im ersten „Bauernblatt" vom März 1976, sei das Ziel der HerausgeberInnen. Inzwischen feiert die „Zeitung von Bäuerinnen und Bauern" ihre 100. Ausgabe. Der Name hat sich geändert, aus dem „Bauernblatt" wurde die „Unabhängige Bauernstimme", doch ihren Leitsätzen sind die ZeitungsmacherInnen treu geblieben, der kritischen Berichterstattung über die herrschende Agrarpolitik, über bauernfeindliche „Abkassierer" und „Wegelagerer". Auf die nächsten 100!

Betr.:
BAYER
Aktionärsversammlung
im Juni in Köln

BAYER sorgt für den Umweltschutz, und die Erde ist eine Scheibe.

Denn das Geld bestimmt das Handeln der Konzerne und Banken. Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze sind nicht so wichtig.

Übertragen Sie deshalb nicht Ihrer Bank, sondern uns, den

Kritischen
BAYER-Aktionären,

die Stimmrechte Ihrer BAYER-Aktien.

Sprechen Sie mit Ihrer Bank und senden Sie Ihre Vollmacht ein an:

Verein Kritischer Aktionäre e.V.
Professor-Neeb-Str. 24
6501 Saulheim

Oder noch besser:
Kommen Sie persönlich nach Köln zur Hauptversammlung.

Gemeinsam
erreichen wir mehr.

Weitere
Informationen
können Sie gern
bei uns anfordern.

Handel kommt von handeln

Der Naturkostverband als Mittel zum Zweck

Red. Naturkost Professionell, qualifiziert, vernetzt und vereint soll die Naturkostszene wieder Optimismus ausstrahlen. Folgender Beitrag von Achim aus Usingen soll den Pessimisten, die in der Januar- und Märzausgabe zu Wort kamen, ein hoffnungsvolles Vereinsleben entgegensetzen. Vereine und Interessenvertretungen zu gründen, oder gar Dachverbände, das war ja nie die Stärke der individualistischen Körnerszene. Ob Achim uns bewegen kann?

Achim Wagner

In der Januar-CONTRASTE hat Werner vom Naturkostladen Schwarzwurzel in Ludwigshafen sich zum Thema „Perspektiven für die Naturkostbewegung" zu Wort gemeldet. Den oft richtigen, zum Teil aber nicht zu Ende gedachten Schlußfolgerungen will ich die Sicht eines Ladners entgegensetzen, der nicht nur Gründungsmitglied im Einzelhändlerverband ist, sondern nach wie vor die regionale Arbeit als die Grundlage für die Zukunft überhaupt ansieht.

Die Lage

Vieles, was wir in Bewegung gesetzt haben, scheint uns zu überholen. Ökonomie durch Ökologie – so läuft der Trend.– geradeaus in die Supermärkte, Lebensmittelkonzerne, rein in die altbekannten Strukturen, von denen wir uns von Anfang an abgrenzen wollten. Dieser Trend aber bringt auch eine neue Struktur in unsere Naturkostläden, der wir uns stellen müssen. Das merken wir an den Kunden, aber auch an manchen neuen „Kollegen" oder am Werbematerial von PCM und Chips for Müslis.

Die Forderung

Die Naturkostszene muß ihren eigenen Weg finden, sie muß sozusagen erwachsen werden. Wir müssen den VerbraucherInnen klar machen, wo der Unterschied liegt zwischen dem Naturkosthandel einerseits und den Drogerien, Reformhäusern, Supermärkten und all den anderen Anbietern von „Bio"–Produkten andererseits. Wir müssen wegkommen vom Einzelkämpferdenken, nach dem Motto: „Nur wir haben die wirklich guten Produkte". Wir sind angetreten mit den Ansprüchen, „saubere und gesunde Lebensmittel", „ökologisch sinnvolle Produkte" zu handeln. Wir bewegten uns in der Zeit des Aufbruchs hin zu mehr Selbstbestimmung, Selbstwertgefühl, Selbstverwirklichung – auch und gerade in der alltäglichen Arbeit.

Heute müssen wir diesen Vokabeln eine weitere hinzufügen: Professionalität. Damit meine ich nicht etwa angepaßtes Outfit, raumfüllende Elektronik, eine Kopie herrschender Marktgepflogenheiten. Unser naturkostspezifisches Modell kann nur überleben, wenn wir es mit unseren eigenen Inhalten füllen. Dabei müssen wir ein wachsames Auge, besser zwei, auf die „selbsternannten Retter der Szene" werfen, weil sie sich allzuoft als „Graue Herren" entpuppen, die ihren Vorgängern nacheifern und den Naturkosteinzelhändlern genauso an den Kragen, sprich: die Existenz, wollen, wie sie es früher mit den Tante-Emma-Läden praktiziert hatten.

Wenn Erzeuger, Großhändler bzw. Hersteller im Kampf um Marktanteile immer stärker den konventionellen Handel suchen, dann auch deshalb, weil wir noch nicht als Einheit auftreten. Wir werden genau beobachten müssen, wieviel Ware uns z.B. von Rapunzel im Laufe des Jahres noch übrigbleibt, ob der Druck des konventionellen Handels auf Sesamo, der Nachfrage gerecht zu werden, verstärkt Engpässe im Handel mit uns nach sich zieht.

Der Verband

Für mich stellt sich der „Bundesverband Naturkost und Naturwaren" in seiner neuen Form als Ausdruck der Veränderung dar. Die Zeit ist reif dafür, fast schon überreif. Auch wenn die Initialzündung „von oben" kam, so heißt das doch nicht automatisch auch, daß die Struktur von oben nach unten zu verlaufen hat – im Gegenteil.

In der bei der Gründungsversammlung beschlossenen Satzung wird klar und deutlich erklärt, daß die Regionalarbeit an oberster Stelle zu stehen hat. Gut funktionierende Regionalgruppen sind die Voraussetzungen für einen gut funktionierenden Verband. Darin stecken ganz viele Möglichkeiten, Möglichkeiten der gegenseitigen Stärkung, der Identitätsfindung, auch der punktuellen Zusammenarbeit mit regionalen Partnern (Anbauern, Großhändlern, Naturschutzverbänden und und und).

Eine stabile Regionalgruppe muß das Interesse haben, ihre Forderungen bundesweit einzubringen und auf allen Ebenen mitzuwirken. Sie darf sich nicht isoliert sehen, denn nur die Vernetzung aller, die für eine bessere Welt eintreten, kann diese auch erreichen. In unserem Fall ist der „Bundesverband der Naturkost- und Naturwareneinzelhändler" der nächste organisatorische Schritt dieser Vernetzung. Hier finden sich Regionalvertreter aller Gruppen, um eine einheitliche Linie zu finden, diese weiterzutragen und der Szene zu mehr Ernsthaftigkeit und öffentlicher Anerkennung, zu echten Möglichkeiten der Mitwirkung zu verhelfen.

Die Folge wird sein, daß sich auch bei uns die Spreu vom Weizen trennt. Wem die Sortimentsrichtlinien, die Aufnahmekriterien, zu streng sind (wobei jede/r, der/die die Richtlinien kennt, weiß, daß hier nur ein sehr vorsichtiger Kompromiß gefunden wurde), wird keine Notwendigkeit sehen, Mitglied im Verband zu werden. Es geht nicht darum, Elite zu spielen, sondern darum, den Rahmen abzustecken, in dem Naturkost handelbar ist.

Innerhalb des Verbandes werden wir diskutieren (sind schon feste dabei), daß unsere Lieferanten neue Wege beschreiten. Hier gilt es, in Kontakt zu treten, Wege zu finden, die es den Erzeugern, den Verarbeitern, den Großhändlern ermöglichen, uns als ihre vorrangigen Handelspartner anzusehen. Dies kann nur mit einem Verband erreicht werden, der Macht ausübt (ich weiß, für viele ist das Wort Macht zu negativ besetzt; aber wir haben täglich unsere kleinen oder großen Machtkämpfe, warum nicht auch da?) und Einfluß nehmen kann. Welcher Ladner kann sich erlauben, mit jedem Zulieferer Kleinfehden auszutragen, über Handelswege zu diskutieren?

Auf der anderen Seite sind wir nicht glaubwürdig, wenn in den Regalen mancher Naturkostläden noch *Zonnatura, Seitenbacher, Perlinger* und wie sie alle heißen, zu finden sind. Solange wir keine Probleme haben, Ware von denen zu verkaufen, die nicht nur Supermärkte, sondern Warenhäuser und Handelsriesen beliefern, dürfen wir uns über diese Entwicklung nicht aufregen.

Neue Anbauverbände und Vermarktungsstrategien stürmen den „Bio"-Markt. Wer sich aus der Naturkostszene daran beteiligen will, soll es tun, stellt sich dann aber selber ins Naturkost-Abseits. Dies ist die einzig richtige und konsequente Antwort. Wer Angst vor Einbußen hat, bzw. meint, ihm laufen die Kunden davon, dem sei gesagt: Wir müssen Fachgeschäfte sein, die mehr sind als nur Verkaufsläden, bei denen der persönliche Kontakt zum Kunden, die Beratung, aber auch die Sorge um unsere Umwelt eine Einheit bilden.

Wo leider noch zuwenig getan wird, ist die sicher nicht unerhebliche Zahl der Naturwarenläden, die integriert werden müssen, um somit ein Verband all derer zu werden, die wirklich ökologisch sinnvolle Produkte vermarkten.

Das Dach

Der nächste Schritt der Vernetzung ist der Dachverband. Er ist in meinen Augen notwendig und wichtig, weil zum einen die Möglichkeit besteht, Einfluß auf die anderen Teilverbände (Hersteller, Verarbeiter und Großhändler) auszuüben, und zum anderen uns als Szene in der Gemeinsamkeit nach außen hin die Notwendigkeit des Mitspracherechtes (Gesetzgebung...) nicht mehr abgesprochen werden kann. Wenn Naturschutzverbände, Politiker, Reformbewegung und und und an einem Tisch sitzen, bleibt sonst ein Stuhl leer, der Stuhl der Naturkost- und Naturwarenbewegung – so wie bisher.

Qualitätsarbeit

Das wichtigste Ziel innerhalb des Dachverbandes muß die Beteiligung an der Entwicklung von Qualitätskriterien sein. Und da bin ich auch der Meinung, daß ein Qualitätsinstitut unabhängig und selbständig sein muß. Unsere Beteiligung sollte allerdings in Form eines Stimmrechtes innerhalb des Beirates garantiert sein, gleichberechtigt mit allen anderen Partnern im ökologischen Handel (z.B. AGÖL, Neuform...). Hier gilt es, Kriterien zu entwickeln und Maßstäbe zu setzen, die klarmachen, was ein ökologisch sinnvolles Produkt ist. Hier gilt es vor allem, Richtlinien für die Verarbeitung von Naturkost/Naturwaren zu erarbeiten.

Ob all dieser Arbeit dürfen wir nicht vergessen, uns von den Altlasten zu befreien. Der alte Bundesverband ist zu Grabe getragen, die Planungsgruppe hatte die Aufgabe, Initiator zu sein. Dies hat sie, wie ich meine, erfüllt. Das heißt aber auch, daß wir zum Leid all derer, die eine gewisse Vaterrolle eingenommen hatten, uns lösen müssen, um auf eigenen Füßen zu stehen. Nur die Kraft, die wir aus uns selber schöpfen, läßt uns standhaft sein. Es gibt noch viel zu tun, obwohl doch schon so viel Arbeit hinter uns liegt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Briefe an die Körnerecke

Von Marion aus Wiesbaden kamen gleich zwei Zuschriften auf Werners Aufsatz vom Januar. Im ersten Brief riet sie Werner noch, doch nicht so pessimistisch zu sein. Sie sei zwar noch nicht lange Bioladnerin, aber so schlimm könnte es doch nicht sein. Einige Wochen später schrieb sie folgendes: „Ich glaube, ich verstehe nun besser, was Werner aus der Schwarzwurzel gemeint hat, obwohl ich sicher nicht mit allem einverstanden sein kann. Nach diesem Brief (Ladenrundbrief von Phönix) steht jedenfalls für mich fest, daß ich bei Phönix nichts mehr bestelle und Rapunzelartikel lasse ich ganz auslaufen. Also ich muß sagen – mir wurden ziemlich schnell die Augen geöffnet wie das so läuft."

Bis dann, Marion

Lieber Hermann,
Deine Meinung in allen Ehren, aber meinst Du nicht auch selbst beim genauen Überlegen, daß Du sehr übers Ziel hinausgeschossen bist? Deine Thesen, mit denen Du den Bericht eröffnest, sehe ich ganz anders bzw. optimistischer.

1. Der Verbraucher wird tatsächlich „ökologischer", aber er wird auch verunsicherter, da er alte Gewohnheiten ablegen muß, umdenken muß und sich da einer Macht entgegensieht, die nicht zu unterschätzen ist: Die Macht der großen Konzerne mit ihrem großen Werbeapparat.
2. Diese These (mehr Läden, weniger Kunden) ist schlicht und ergreifend falsch. Wer allerdings stehengeblieben ist in den alternativen Anfängen, wer glaubt, seine Wahrheit sei die Einzige, dem laufen die Kunden weg.
3. Der Naturkostbegriff ist nicht existent, daher kann er auch nicht aufweichen. Wir werden den Begriff „Naturkost" schaffen. Aber nur, wenn wir aus unserer alternativen Schmollecke raus und hin zum Kunden gehen. Ansonsten: viel Richtiges, zuviel Pessimistisches, zu wenig Objektives. Schade!

Ulrich Severs

Redaktionsadresse:

Red. Naturkost
Hermann Cropp
Packpapier Verlag
Box 18 11
4500 Osnabrück
Tel. (0541) 43 29 41

Pressefrechheit gegen Meinungseinfalt

10 JAHRE die tageszeitung

Montag 17. April 1989 TAZ ÜBERREGIONAL

EINE DRESSUR FINDET NICHT STATT

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LÄNGER LIEGEN LASSEN!

Ich teste die taz

☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname:

Straße, Hausnummer:

PLZ / Ort:

Datum, Unterschrift:

☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65.
Davon habe ich Kenntnis genommen. 369

Datum, Unterschrift:

Fortsetzung von Seite 1

Welt am Draht

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kurt Regenauer

Derweilen stehen PCs in jeder wichtigeren grünen Geschäftsstelle, in Netzwerk-Büros, bei der taz oder Contraste oder dem nächsten Stadtmagazin, koordinieren etwa die Aktivitäten bayerischer Initiativen der Aktion Volksentscheid oder vernetzen die Datenerhebung zur alternativen Umgebungsüberwachung von Atomkraftwerken, regeln den Geschäftsablauf der Ökobank und auch beim bayerischen Ökofonds piepst der Drucker, um Anträge und Adressen auszuwerfen. Die überwiegende Mehrzahl der Nürnberger Alternativprojekte wickelt zumindest Teilfunktionen über fremde EDV ab, wenn nicht gar der eigene Rechner zur Verfügung steht, und auch Berliner Frauenprojekte beschlossen unlängst ihren Einstieg in die Welt von Chips und Megabit.

Aber auch die Post hat sich natürlich wenig um grüne Programmatik geschert und fleißig weiterverkabelt. ISDN steht bereit und seine „integrierten Dienste" ermöglichen die computergerechte (digitalisierte) Übertragung jeder optischen und akkustischen Information über das Fernsprechnetz. Ein Zeitalter zeichnet sich ab, in dem der/die BriefträgerIn gar nicht mehr zweimal klingeln muß, weil die ganze Welt am Draht hängt. Ob Urlaubskarte oder Barschelfoto, Zahlungsverkehr oder Zeitungsbericht, Abendnachrichten oder Arbeitslosenhilfebescheid – im Prinzip kann dann alles durch die Glasfaser und Rechner der Post rauschen. Und was der große Brunder nicht mitkriegen soll oder einem etwaigen manipulativen Eingriff enthoben sein will, muß dann wohl wieder über reitende BotInnen vermittelt werden...

„1984" längst passé

Die Gefahren der Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK-Technologie) rückten erstmals in den siebziger Jahren in das öffentliche Bewußtsein. Rasterfahndungen des Bundeskriminalamtes (unter Herold) machten deutlich, welche Zugriffsmöglichkeiten der Staat auf „seine" Bürger hat, sobald er die diversen Datenbänke vernetzt. Der Ruf nach Datenschutz wurde laut.

Doch schon Anfang der achtziger Jahre, im Zuge der Volkszählungskampagne '83, wurde deutlich, daß Datenschutz wohl eher dem Wettlauf des Hasen mit den Igeln gleichkommt. Die Flut zur Überwachung oder Manipulation einsetzbarer Informationssysteme wurde entdeckt. Überall begegnete uns der große Bruder, ob in Herolds „Sonnenstaat", am Arbeitsplatz oder sonstwo im Alltag – George Orwells bedrückende Vision von „1984" schien möglich zu werden. Es fiel das Stichwort vom „gläsernen Bürger".

Dann kam das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts, welches eher dazu führte, daß die öffentliche Diskussion darüber, was ein „Recht auf informationelle Selbstbestimmung" denn nun wirklich ist, verstummte. Die Herren Richter hatten gesprochen, und auch die großen Medien waren es leid, am Staat und seinen Überwachungsmöglichkeiten herumzunörgeln. „1984" war längst passé, und bei der neuerlichen Volkszählungskampagne '87 ging es nur noch um Boykottstrategien versus Durchsetzungsstrategien. Diese neue Volkszählung war eher das Ultimatum des Staates an „seine" Bürger, ihren Kotau zu machen.

Denkpause

Aber auch innergrüne Debatten der Jahre 1985 und '86 zum Themenkomplex IuK-Technologien haben den Diskussionsstand von 1983 nicht aufgreifen, geschweige denn weiterentwickeln können. Zwar fordern die Grünen noch in ihrem Bundesprogramm eine „breite öffentliche Debatte über diese Techniken", schreiben in diesem Programm aber gleichzeitig eher Vages und Widersprüchliches fest. Da werden „Zwänge zu Computernutzung und technisierter Kommunikation in Arbeit und Privatleben" eingeräumt und gleichzeitig zu „Boykottmaßnahmen der IuK-Industrie aufgerufen. Gemeint war wohl eher ein Einführungsstopp verbunden mit einem Moratorium.

Beides ging schief. Die benannten Zwänge verhinderten Boykott und Einführungsstopp und statt der breiten öffentlichen Diskussion kam auch in der grünen Partei die Selbstverständlichkeit des Computeralltags – bei Delegation hierbei notwendiger Überlegungen an die „zuständigen Stellen" in den jeweiligen Arbeitskreisen auf Bundes- und Länderebene. Aus dem programmatischen Denkansatz wurde eine Denkpause.

Schon im sechs Monate nach dem Bundesprogramm verabschiedeten Umbauprogramm wird in dem Abschnitt „Neue Medien - Rückkehr aus der Sackgasse" der zuvor benannte Sachzwang zu EDV nur noch am Rande problematisiert, die notwendige öffentliche Diskussion aber in typisch grüner Manier einer (von wem?) einzusetzenden Kommission übertragen, die dann die „Bürgerdebatte" zu organisieren habe.

Sackgassen-Technologie?

Das Perfideste an der IuK-Technologie ist wohl denn auch die Alltäglichkeit und Normalität ihres Einsatzes. Da kann nicht einfach gerufen werden „Schaltet sie ab!", während der nächste Mikroprozessor in unserer Armbanduhr tickt. Die ökonomische Zweckrationalität schafft Situationen, in denen die Wahlmöglichkeit, IuK-Produkte einzuführen oder nicht, gar nicht mehr besteht. In der Informationsgesellschaft sind die Uninformierten die Dummen, die ohne Magnetstreifenscheckkarte am Wochenende womöglich klamm – andere Plastikkarten öffnen Türen und Grenzen. Der wirtschaftliche und private Gesamtablauf ist elektronisch durchorganisiert.

Dabei sind nicht umsonst gerade selbstverwaltete Betriebe und Projekte nur zu oft Bahnbrecher in der Umstellung und Fortentwicklung auf EDV. KollegIn Computer ersetzt nämlich in erster Linie Personalkosten und ehrenamtliche Arbeit. Der Verwaltungskram wird zugunsten der Selbstverwaltung reduziert – betriebswirtschaftliche Zusammenhänge werden transparenter und im Sinne des Kollektivs daher eher steuerbar. Oder das vom Projekt hergestellte Produkt oder die Dienstleistung ist auf dem Markt sowieso überhaupt erst dann verkäuflich, d.h. auch konkurrenzfähig, wenn IuK- Technologien zum Einsatz kamen (so z.B. bei Contraste, die ohne Vertriebs- und Textprogramm wirtschaftlich undenkbar wäre).

Eine Rückkehr aus der „Sackgasse", wenn es denn eine ist, scheint gar nicht vorstellbar. Umso wichtiger ist die Kenntnis der Risiken und Gefahren, bei denen im allgemeinen und unumkehrbaren „mainstream" zur Informationsgesellschaft gegengesteuert werden muß.

Das fängt bei der Computer- und Chip-Produktion an. 3.500 (so *Natur)* bis 5.000 (so Jutta Dittfurth auf Veranstaltungen) z.T. hochgiftige Chemikalien werden in der Herstellung dieser angeblich so sauberen Technologie eingesetzt. Der Ozonkiller FCKW kann dabei nicht ausgelassen werden.

Dies führte in der Vergangenheit schon zu lokalen Problemen – so etwa in Silicon Valley 1985, als die Chemietanks leck waren und ArbeiterInnen erkrankten. Auch die Frage nach der Entsorgung von Computerschrott ist zu stellen. Eine hierür tätige Firma in Mannheim (NE-Metall) mußte schließen, als sie hochgiftige Gase freiließ; eine Hamburger Firma ihr Verfahren umstellen. Dabei waren diese Firmen Kupferhütten, die sich speziell auf den Techno-Müll eingestellt hatten. Nicht auszudenken, was für Süppchen die normalen Müllverbrennungsanlagen da noch in den nächsten Jahren zusammenkochen werden, wenn High-Tech-Schrott einfach in den Mülleimer wandert. ExpertInnen rechnen mit virulenten Bromverbindungen, wenn die mit bromphenolhaltigen Epoxidharzen getränkten Glasfasermatten (aus der Leiterplattenherstellung) nicht in speziellen Hochtemperaturanlagen entsorgt werden (so *Natur*).

Aber auch hier gilt: Gifte und ihr Entsorgungsproblem sind einmal da, und während TechnikerInnen an neuen Superchips basteln, müssen für den betrieblichen Umweltschutz Beauftragte immer neue Gefahrenstoffdatenbänke anlegen, da neue hochvirulente und streng geheime Gifte ins Spiel gebracht werden. Dabei geben die Verantwortlichen durchaus zu, daß über deren Entsorgung und Langzeitwirkung überhaupt noch keine Vorstellung besteht. Welche Zeitbomben da noch ticken mögen – wegwünschen durch ein Zurück-ins-Vorchipzeitalter können wir sie uns nicht. Eher schlägt – wie in anderen Bereichen auch – die Stunde für BastlerInnen und TüftlerInnen, die Kaputtes ausschlachten können. Auch so ist gegen die Wegwerfgesellschaft anzugehen.

Nicht umsonst verweist der amerikanische, kritische Computerexperte Weizenbaum (Cambridge) darauf, daß elektronische Datenverbindungen zwischen den Hauptstädten der Börse bereits heute am dichtesten sind. Er sieht Entwicklungen auf uns zukommen, deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind, die aber auch seiner Meinung nach unumkehrbar sind. Diese Supermarktperspektive der Zukunft hat zunächst einmal Konsequenzen für die Kräfte des (Welt)Marktes und die darauf beruhende Gewaltverteilung in der Gesellschaft.

So mag ein Postminister Schwarz-Schilling seine ISDN-Pläne als Gleichstellungsvorhaben für mittlere und Klein-Betriebe anpreisen, denen dezentrale Zugangsmöglichkeiten Datenbänke eröffnen, die bisher nur in den Rechenzentren der Konzerne monopolisiert waren.

Die Wirklichkeit – z.B. des bereits weitgehend elektronisch vernetzten Mercedeskonzerns – sieht anders aus: Standards setzt die Zentrale. Zulieferer und Vertriebsstellen haben deshalb ihren Datenzugriff im Rahmen ihrer peripheren Funktionen – zur Vermeidung von Zwischenlagern und im Sinne eines auftragsorientierten Wirtschaftens. Wie mag das erst nach einer Totalvernetzung der Wirtschaft aussehen, die womöglich sogar Bargeld überflüssig macht?

Der „bürgerliches Recht" und „freie Marktwirtschaft" begründende Grundsatz, daß Vertragspartner eines Geschäfts sich als „Gleiche" auf dem Markt begegnen, das klassische „shake hands" des Wirtschaftsliberalismus, hat in dieser Vision keinen Platz mehr – höchstens noch in den Chefetagen großer multinationaler Konzerne. Folgen für die darauf aufbauende Demokratie sind unvermeidbar.

Schon heute etabliert der IuK-Bereich sich als neue Sphäre staatlicher Gewalt- und Machtausübung im Sinne weniger Konzerne. Die neue Gewalt, über die der Staat verfügt, ist eine der größten überhaupt - die Gewalt über die Köpfe der Menschen. **Nicht mehr das gesellschaftliche Sein, sondern der simulierte Anschein sollen das Bewußtsein des gläsernen Bürgers bestimmen**. Es ist sicher nicht übertrieben, ein solches „öffentlich-rechtliches Bewußtsein" als eines der konstituierenden Merkmale dieser unserer Republik anzusehen.

Es ist dies ein Bewußtsein, welches nach Einführung des Privatfernsehens befürchten läßt, daß immer größere Fragmente der Wirklichkeit nur noch als Videoclip erlebt werden. Und dieses Bewußtsein ist auch ausschlaggebend für die Akzeptanz gegenüber der neuen Technologie. BTX ist deshalb gescheitert, weil es als Angebot an die Wirtschaft gegenüber anderen Angeboten der IuK-Industrie ungünstige Kosten-Nutzen-Relationen hatte, nicht etwa, weil Boykottaufrufe der KritikerInnen ernstgenommen wurden. Und es ist zu befürchten, daß ISDN-Boykottaufrufe an private Haushalte wenig mehr bewirken, als der Aufruf an den deutschen Michel, seine Glotze abzuschalten – also gar nichts.

Es reicht daher nicht, vor den Gefahren des ISDN zu warnen, sondern es ist vielmehr an der Zeit, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen: 1993 wird ISDN flächendeckend installiert sein – das Glasfaserbreitbandnetz wird folgen – Orwells Televisoren werden bereits heute entwickelt – das „containment" des Datenschutzes ist dabei, zu bersten – ein alltäglicher GAU bürgerlicher Demokratie ist die Konsequenz.

Verhindert den „Demokratie-GAU"

Andere Gründe sprechen ebenfalls dafür, der IuK- Technologie nicht einfach das Bild einer Sackgasse beizumessen, aus der wir nur zurückkehren müssen. Umweltbelastung durch Chemie ist nur die eine Seite der Medaille. Weitere Risiken bestehen in dem, was Chips und Kabel für die Zukunft von Arbeit und (Zusammen-)Leben bedeuten werden.

Gemeint ist eine Entwicklung, die ein **Höchstmaß von Vergesellschaftung in Produktion, Reproduktion und Zirkulation erschließt, aber nur einigen wenigen militärisch-industriellen Zentren zugutekommt**. Schon heute gibt es im Siemens-Konzern alle Produkte vom Staubsauger bis zur Wiederaufarbeitungsanlage. Und während die Siemens-Manager ob ihres schlechten Gewissens (glaubst du tatsächlich, die haben eins, fragt die Säzzerin) „Apfelbäumchen pflanzen gehen" (*Natur*), träumen sie wohl schon von einer schönen neuen Welt als einer gigantischen elektronischen Börse für Waren, Dienstleistungen und ...Menschen.

Für elektronische Gegenöffentlichkeit!

Widerstand muß in dieser realen Situation aus mehr bestehen als der Gefahrenanalyse und der Technikkritik. Wenn uns tatsächlich erst einmal die „soziale Kommunikationsinfrastruktur" (Kubicek) durch das high-tech-rollover abhanden gekommen ist, haben wir unsere Chancen verspielt. Das wäre das Ende einer jeden Gegenkultur. Nur noch Piratenakte verzweifelter HackerInnen fänden statt.

Es ist an der Zeit, ein Gesamtkonzept von Gegenöffentlichkeit zu entwickeln, dessen Bestandteil auch eine elektronische Gegenöffentlichkeit ist. Gerade in Kenntnis der Gefahren von Datenfernübertragung sind ihre Möglichkeiten zu nutzen – Partizipation ist anstelle von Manipulation und Kontrolle zu setzen.

Dieses Gesamtkonzept wäre alles andere als eine Unterwerfung unter das Diktat des großen Bruders, sondern eher ein coming-out von linkem Journalismus, radikaler Technikkritik und politischer Gegenkultur zu einem gemeinsamen Ganzen. Es müßte die IuK-Technologie nicht einfach ablehnen und über ihre Gefahren aufklären, sondern als neues Mittel staatlicher Machtausübung ernstnehmen, sie analysieren, um Widerstandskonzepte für Gegenmacht zu entwickeln.

Dabei braucht es nicht dem Empirismus digitalisierter Wahrnehmungstechniken zu verfallen – im Gegenteil: Wahrheitsfindung bliebe das Problem der Herrschenden, die nicht mehr haben als das Verwertungsinteresse der Konzerne und eindimensionale Erkenntnisse aus ihren Rechnern. Der Widerstand hingegen wäre vielgliedrig, könnte seine Kraft und seine Erkenntnisse aus den sozialen Bewegungen schöpfen und dabei alle Ebenen seiner Vernetzung anstreben: die elektronische ebenso wie die traditionelle – und selbst wenn dies eines Tages tatsächlich mal wieder heißen muß, daß reitende BotInnen und alternative Postkutschen durch die Lande ziehen.

Dies ist der Hintergrund von Aufrufen in CONTRASTE, einen „Verbund Gegenöffentlichkeit" zu bilden: Wir stehen vor einer entscheidenden Weichenstellung. Entweder die Entwicklung der IuK-Technologie führt tatsächlich zum „gläsernen Bürger", oder aber wir erzwingen den „gläsernen Staat". Hierfür brauchen wir Glasnost statt Glotzwest!

Neue Wege kollektiver Kooperation

Red. Südwest/Rhein-Main Nachdem fast alle konservativen Betriebe mit Computern arbeiten, halten die Teufelsmaschinen nun nach und nach auch in alternativen Betrieben und Projekten Einzug. Auf welche teilweise mysteriöse Art und Weise das oftmals geschieht, läßt den/die eine/n oder andere/n doch stark ins Grübeln kommen.

Andreas Küstermann
Ralph Tiede

Da meint man nun plötzlich, einen Computer haben zu müssen, obwohl man jahrelang auch ohne ausgekommen ist, und schon steht er da. Die anfängliche Begeisterung der kompletten Belegschaft, mit Larry auf die Suche nach dem Liebesglück zu gehen (gemeint ist jenes blödsinnige Computerspiel, welches in der Lage ist, ganze Firmen lahmzulegen), ist meist schnell verflogen. Vielleicht findet sich dann im Kollektiv noch jemand, der seine Fantasien am Computer zu realisieren versucht und dabei jegliches Zeitempfinden verliert. Dieses Phänomen läßt sich immer wieder beobachten, obwohl man von einer alternativen Betriebsform eine kritischere Umgehensweise erwarten können sollte.

Zur Einführung von EDV gibt es ein paar Grundsätze, die unbedingt berücksichtigt werden müssen, um Fehler oder Fehlinvestitionen zu vermeiden. Zunächst einmal muß im Betrieb die Akzeptanz von jedem/r Einzelnen vorhanden sein, sich auf die Technik EDV einzulassen. Dabei soll niemand seine Arbeit auf den Computer anpassen, jedoch sind Veränderungen in einzelnen Arbeitsvorgängen unvermeidbar. Erst wenn diese Akzeptanz geschaffen ist, kann es daran gehen, konkret zu überlegen, welche Aufgaben der Computer übernehmen soll. Dazu ist es unbedingt erforderlich, eine/n erfahrene/n EDV-BeraterIn, besser noch eine/n SystemanalytikerIn hinzuzuziehen. Am Besten ist, wenn man zusätzlich jemanden kennt, der/die selber am Computer arbeitet, und so von den eigenen Erfahrungen berichten kann. Das kostet zwar ein paar Mark, zahlt sich aber in jedem Fall aus. Gerade bei den Kosten werden nur allzuoft falsche Überlegungen angestellt. Denn mit vielleicht 5.000,– DM für Computer und Drucker ist es nicht getan. Hinzu kommt die Einarbeitungszeit, Schulungskosten, geeignete Programme, Beratung, Fehler, die naturgemäß am Anfang gemacht werden etc. Letztendlich bewirken alle diese Dinge Kosten oder Verdienstausfall, so daß mit einem Mehrfachen der Materialkosten gerechnet werden muß.

Bei der Anschaffung von Computern sollte auf jeden Fall die wirtschaftliche Komponente berücksichtigt werden. Entscheidend ist dabei der Vergleich von Kosten mit Nutzen. Denn schließlich will man ja EDV einsetzen, um Kosten zu senken und dadurch in unserem geliebten Wirtschaftssystem konkurrenzfähig zu bleiben.

In Stetten/Remstal, ca. 20 km von Stuttgart entfernt, befindet sich die Holzwerkstatt Biiraboom. Auch dort hat ein Mitglied des Kollektivs längere Zeit seine Kenntnisse in EDV für ein selbstgeschriebenes Rumpfprogramm verwendet. Zwar wurden so in anwendungstechnischen und grundsätzlichen Fragen für ein professionelles Programm wertvolle Erkenntnisse gewonnen, aber auch die letztendliche Entscheidung getroffen, daß ein Schreinereikollektiv in seinem ursprünglichen Arbeitsfeld erfolgreicher und effizienter arbeiten kann, als bei der 'beiläufigen' Entwicklung eines Branchenprogramms. Also wandten es sich mit seinen bisherigen Erfahrungen an ein selbstverwaltetes Softwareunternehmen, um die nächsten Schritte gemeinsam zu tun.
Diese Entscheidung wird in vielen Kollektiven versäumt oder aus diffusen, meist ökonomischen Gründen, nicht getroffen und so entsteht mit betriebswirtschaftlich nicht vertretbarem Aufwand ein Programm, das reell gerechnet nicht billiger und meist schlechter ist, wie schon existierende Programme.

Schnell wurde klar, daß eine ausführliche Beratung inclusive der Programminstallation und - einführung von dem Kollektiv alleine nicht finanziert werden kann. Also wurde beschlossen, ein Seminar zu organisieren, an dem befreundete Schreinereien, die sich regelmäßig auch bei Branchentreffen zusammenfinden, teilnehmen. Finanziert könnte das Ganze zunächst durch einen Kredit von der Ökobank werden, der durch Bürgschaften jeden Kollektivs, das Interesse zeigt, abgesichert ist. Auf dem Seminar soll ein Konzept erarbeitet werden, bei dem alle Anforderungen und Wünsche diskutiert werden. Auf diese Weise läßt sich ein Gerüst aufbauen, wobei jedes Kollektiv selbst entscheiden kann, welche Bausteine es nutzen will und welche nicht. Die Kosten für das Seminar, die Programmentwicklung/- Installation und die Schulung können so einfach geteilt werden.

Durch den Einsatz von EDV bietet sich die Chance, fest eingefahrene Organisationsstrukturen neu zu gestalten. Das heißt nicht, daß durch Computer aus dem Chaos ein wohlorganisierter Betrieb wird, aber mit der Einführung der EDV entsteht der Zwang, die vorhandene Betriebsstruktur zu überdenken. Dieses ist in der Zeit, wo die meisten Betriebe durch ihre finanzielle Atemnot derart gelähmt sind, daß sie wesentliche Interessen sozialer oder politischer Art nicht mehr wahrnehmen können, außerordentlich wichtig.

Die ASH-Krebsmühle beispielsweise, jahrelang aktiv tätig, ist seit zwei Jahren durch den ständigen finanziellen Druck in ihrer politischen Arbeit blockiert. Nicht zuletzt haben die Fehler beim Aufbau des EDV- Bereichs immense Kosten verursacht, trotzdem er von Profis gemacht wurde. Eine Tatsache, die nicht zu rechtfertigen ist, aber einfach auf der mangelnden Erfahrung beim Umgang mit diesem neuen Produktionszweig beruhte. In den Köpfen der MitarbeiterInnen wird aber mit zunehmender Konsolidierung der Drang nach neuen Aktivitäten immer stärker. Dies äussert sich dahingehend, daß die gewonnenen Erfahrungen im Bereich der Computerisierung von Betrieben gerne auch den interessierten Kollektiven vermittelt werden würden, auf der Basis, wie sie eingangs geschildert wurden.

Dies könnte eine Strategie zur gemeinsamen Vermeidung oder Bewältigung von Fehlern sein, gleichzeitig würden aber auch neue Wege der Kooperation von Kollektiven beschritten.

Big Blue und die Blauen Bände...

Ein zufälliges Interview

In der mit Mikrochips gepflasterten Fußgängerzone irgendeiner postindustriellen Metropole trafen wir auf einen älteren Herrn, der vor dem Schaufenster eines Computershops fasziniert die Demo eines Spielprogramms betrachtete.

Der Alte...

MANN: *(vor sich hinmurmelnd)* Sagenhaft! 4 MB RAM, 2,5 MIPs, 80 MB Festspeicher, und das alles in so einem kleinen Kasten! Wenn das der alte Babbage sehen könnte!
CONTRASTE: *(nähertretend):* Entschuldigen Sie, mir scheint, daß ich Sie schon irgendwo gesehen habe. Sind Sie nicht einer dieser Computerpioniere – Herr Zuse vielleicht?
M: *(dreht sich um, lacht)* Nein, nein, bin ich nicht. Mein Porträt kennen Sie wahrscheinlich aus einem jener blauen Bände, in denen man meine Ideen eingesperrt hält...
C: ???
M: *(süffisant)* ...denn die Ideen werden zur materiellen Gewalt, indem Sie die Köpfe der Menschen ergreifen.
C: Kommt mir bekannt vor... Aber warum lassen Sie sich von einem Computerspiel faszinieren, Herr – äh – Marx?
M: Sehen Sie, die Entwicklung der Produktivkräfte hat mich schon immer interessiert, jedenfalls, seitdem ich den Einfluß des hegelschen Idealismus...
C: Seit Sie den überwunden hatten, ich weiß, ich weiß...
M: Sie sind etwas vorlaut, junger Mann. Aber es erstaunt mich immerhin, daß es hierzulande noch Leute gibt, die sich meiner erinnern.

...verblüfft uns

C: Nun, wenn es sie freut, würde ich gerne ein Interview mit Ihnen führen... wie wäre es zum Beispiel mit Ihrem Verhältnis zur EDV – das heißt elektronische....
M: ...Datenverarbeitung, ich weiß, ich weiß. Habe mich seit meiner Rückkehr auf diesen Planeten erstmal durch ein paar Online-Recherchen mit dem Stand Ihrer Zivilisation vertraut gemacht –
C: ??!!!
M: ...man muß ja schließlich informiert sein. Ähm... für welches Infonetz arbeiten Sie denn?
C: CONTRASTE, eine Zeitung für Selbstverwaltung...
M: Ein Printmedium also. Nun ja. Gab's ja schon zu meiner Zeit. *(Schwärmerisch)* Wenn wir damals, als wir die „Neue Rheinische Zeitung" gemacht haben, Ihre heutigen Mittel gehabt hätten...
C: Glauben Sie, daß Ihnen dann die Revolution gelungen wäre?

Grundsatzerklärung...

M: *(nachdenklich)* Nun – nein, das ist absurd. Da spielen doch viel zu viele Faktoren mit. Und heute gar... Aber Selbstverwaltung find' ich ja ein interessantes Thema. Und jetzt wollen Sie für diese Zeitung die Meinung des ollen Marx zu diesen neuartigen Produktionsmitteln hören?
C: Ja, bitte...
M: Also, grundsätzlich gilt, glaube ich, immer noch: „innerhalb des kapitalistischen Systems vollziehn sich alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft auf Kosten des individuellen Arbeiters; alle Mittel zur Entwicklung der Produktion schlagen um in Beherrschungs- und Exploitationsmittel des Produzenten, verstümmeln den Arbeiter in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vernichten mit der Qual seiner Arbeit ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses im selben Maße, worin letzterem die Wissenschaft als selbständige Potenz einverleibt wird ..."
C: Danke, das genügt. Wir wollen unseren LeserInnen...
M: Haben Sie eigentlich nur Leserinnen?
C: ...also wir wollen den Leuten, die unsere Zeitung lesen, nicht unbedingt längere Zitate aus Ihren Werken zumuten.
M: *(komisch resigniert)* Tja, neunzehntes Jahrhundert eben.

...und Streit

C: Nehmen Sie's mir nicht übel. Aber glauben Sie denn im Ernst, daß die heutige technologische Entwicklung von einer wie rational auch immer organisierten Gesellschaft...
M: ...„human" habe ich auch manchmal gesagt...
C: ...in Ihrem Frühwerk...
M: *(grunzt mißbilligend)*
C: – daß also diese Technik noch beherrscht werden kann?
M: *(grollend)* Es geht nicht um die Herrschaft irgendeiner Technik, sondern um die Herrschaft des Menschen über den Menschen. Das ist das Problem.
C: Und wie ist es lösbar?
M: Individuell nicht, gesellschaftlich wohl.
C: *(vorsichtig)* Vielleicht auch durch kleine Kollektive?
M: Niemals! Das ist lächerlich! Kleinbürgerliche Utopie!
C: Durch die Kooperation vieler kleiner Kollektive?
M: Niemals! Vielleicht... doch das ist absurd. *(zu sich)* Mein Freund Fred hat ja auch in seinen letzten Jahren der Illusion des friedlichen Übergangs nachgegeben. Aber...
C: Aber wie dann? Dieser ganze Schlamassel hier ist doch längst im Abgrund verschwunden, ehe wir Ihren Kommunismus erreicht haben, und wo bittschön ist das Proletariat, das die Revolution machen soll?
M: *(sauer)* Und womit wollt Ihr gegen die Riesenmacht des Kapitalismus antreten, mit selbstgezüchtetem Müsli vielleicht?

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

Big Blue und die Blauen Bände

(längeres Schweigen tritt ein)

C: *(stichelnd)* Kanonen bringen's ja auch nicht.
M: *(ernst)* Nein, das ist 19. Jahrhundert. – Die Bourgeoisie mit ihren eigenen Waffen schlagen...
C: Immerhin haben wir schon eine Bank!
M: *(zu sich)* Dahinter steckt sicher dieser Proudhon. *(hinterhältig)* Und was tut Ihr mit dieser Bank?
C: *(trotzig)* Sag ich nicht!

Zurück zum Thema!

M: Schon gut. – Um beim Thema zu bleiben: Was wäre ich z.B. froh gewesen, wenn ich nicht Jahr und Tag in Bibliotheken hätte herumhocken müssen, Literatur zusammensuchen, Exzerpte machen, Statistiken aus- und nachrechnen – alles von Hand – um dem Bewegungsgesetz des Kapitals auf die Schliche zu kommen. Mit 'ner guten Datenbank wäre das ruck- zuck gegangen. Ich hätte alles gleich in den Computer getippt, und Engels hätte sich nicht noch nach meinem Tod mit meinen Manuskripten rumschlagen müssen. Und ich hätte Zeit zum Jagen, Fischefangen und abendlichen Kritisieren gehabt.
C: Für Ihre private Vorwegnahme des Kommunismus also. Schön und gut, aber was sagen Sie zu all den vielen Arbeitslosen, die durch die Neuen Techologien...
M: Nicht durch diese Technologien!
C: ...geschaffen werden? Daß diese Technologien eine Hauptschubkraft auf dem Weg in die Zweidrittelgesellschaft – von der Sie sicher schon gehört haben – darstellen, ist unbestreitbar!
M: Das schon. Ich behaupte aber, daß diese Technologien nicht von sich aus Arbeitslose produzieren. Die Frage ist die nach der Verfügungsgewalt über diese Produktionsmittel...

Da stimmt was nicht...

C: Jaja, schon richtig, aber es ist doch nicht an der Zeit, diese Frage aufzuwerfen.
M: So? Was tun Sie denn sonst mit Ihrer Selbstverwaltung?
C: Das ist doch nur ein Randsektor, der im gesellschaftlichen Maßstab keine Bedeutung hat!

M: Das hätte von mir stammen können. Aber nun bin ich in der Rolle des Advocatus Diaboli. Ich habe hier ein Zitat von einem meiner Kritiker, das für Sie vielleicht interessant sein könnte: „Die autonome Sphäre wird ... umso ausgedehnter sein, je leistungsfähiger ihre Werkzeuge sind und je kompakter die Dichte komplexen sozialen Wissens in von jedem brauchbaren Formen und Volumen ist." Was Herr Gorz damit gemeint haben könnte: Vielleicht hat er recht, daß noch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft eine Sphäre entstehen und sich entwickeln kann, die er – in Erinnerung an mein „Reich der Freiheit" – die „autonome" nennt. Dieser Sphäre würde ich Ihre Selbstverwaltung zuordnen.
C: Uff! Schön wär's.
M: In der Theorie kann alles mögliche schön sein. – Weiter: angenommen, er hätte recht. Wenn es so etwas wie eine autonome Sphäre gibt, warum sollte sie sich nicht der fortgeschrittensten Methoden und Werkzeuge bedienen, wenn diese dazu dienen können, sich lästige, aber notwendige Arbeit vom Hals zu schaffen um – so interpretiere ich das mal – sich mehr Raum zu schaffen, für kulturelle, soziale, politische Tätigkeit, oder auch nur, um mal faul sein zu können?
C: Ja, das wär' auch mal nicht falsch.

Runtime Error...

M: *(mit Pathos)* Nehmt die fortgeschrittensten Mittel dieser Zeit, sage ich Euch, dringt in alle Poren der Gesellschaft ein, bildet selbst Netzwerke einer modernen Gegenökonomie, verschafft euch Wissen und schließlich die Macht! Werdet nicht nur moralisch, sondern auch ökonomisch und politisch attraktiv! Das wird das Proletariat endlich aufwecken! *(erwachend)* Was hab ich eben gesagt?
C: Verrücktes Zeug. War aber nicht schlecht. Sie sollten sich schonen. In Ihrem Alter...

M: Wie? Von wegen! Jetzt geht's erst richtig los! *(überlegt)* Für meine weiteren Studien werde ich mir ein Expertensystem zulegen, ein paar gute Wirtschaftsdatenbanken anzapfen – hacken ist billiger. Eine Mailbox einrichten werde ich auch müssen. Vielleicht läßt sich die Internationale wiederaufbauen, als elektronische Netzkonferenz. Ist schneller und wirtschaftlicher als die Herumreiserei. – Welche Hardware würden Sie mir denn empfehlen?
C: Am besten einen IBM-Kompatiblen.
M: Das reicht doch hinten und vorne nicht! „Industriestandard". Lächerlich! Am liebsten wär' mir ein Clusterrechner mit mindestens 256 Prozessoren. Habt Ihr denn keine ordentlichen F&E- Betriebe?
C: *(flüchtend)* Nicht mehr zu retten!

*

Es wirkten mit (in der Reihenfolge des Erscheinens):

Big Blue: bei Computerleuten der Spitzname der IBM
Die Blauen Bände: bei Linken der Spitzname der gesammelten Werke von Marx und Engels
Charles Babbage: Zeitgenosse von Marx, von diesem als Mathematiker und Ökonom häufig zitiert und nebenbei Erfinder der ersten programmierbaren Rechenmaschine
Konrad Zuse: lebt noch, Entwickler der ersten funktionsfähigen Computer; u.a. „Prozeßrechner" zur Optimierung der Flugeigenschaften ferngesteuerter Bomben bei Henschel (1943)
Das Kapital Band I, S. 674
Fred: Friedrich Engels, Freund und Sponsor von K.M.
Pierre-Joseph Proudhon: Anarchist und Lieblingsfeind von K.M., der ihn permanent als Spießbürger demütigte; hier aufgrund eines Mißverständnisses von K.M. ins Spiel gebracht.
Gorz, André: frz. Postmarxist; verabschiedete sich 1979 im Namen aller Hinterbliebenen vom Proletariat. Zit. aus ebda.,S.97

Das zufällige Interview führte hpm im Auftrag der Red. Rhein/Main.

„Informationen sind nicht zugänglich" oder „Kopien aus dem Westen"

Interview mit Jacek Grundland, Informatiker an der Universität Warschau.

CONTRASTE: Wir hören in Deutschland nie etwas von Software aus der Sowjetunion, trotz der zahlreichen anerkannt guten Mathematiker dort. Warum ist Software aus der Sowjetunion auf dem Markt nicht zu haben?

Jacek: Computer in der Sowjetunion sind üblicherweise ein bißchen anders als die in der westlichen Welt. Ihre Software ist nicht übertragbar. Von daher ist es nicht möglich, in der Sowjetunion eine Software zu kaufen, die auf irgendeinem Computer im Westen laufen würde. Normalerweise machen sie ihre eigene Software mit ihren eigenen Geräten. Das ist der Grund, warum Software aus der Sowjetunion nicht auf dem Markt ist.

Ist es richtig, daß die Fachleute in der SU nicht ein einheitliches System, sondern viele für spezielle Problemlösungen entwickeln?

In der SU gibt es eine Menge Computerfirmen, von der jede ihre eigene Generation von Computern entwickelt. Aber im Moment sind die dabei, einen Standard zu entwickeln, der dem im Westen entspricht, d.h. sie entwickeln eigene Teile, benutzen dafür aber auch z.B. MS- DOS. Aber es ist nicht wie im Westen, daß jeder immer MSDOS oder ein ähnliches Programm benutzt. Also sie haben nicht nur MSDOS, sondern vielleicht 10 andere Systeme.

MS-DOS wird allerdings immer populärer, weil sie inzwischen Software aus dem Westen importieren können. Also, wenn Du z.B. vorhast, eine Software für uns zu entwickeln, machst Du das am besten über MS-DOS oder ein ähnliches System, weil sie nur mit den populärsten Sachen arbeiten.

Für welche Projekte werden Computer in der SU eingesetzt? Für die Koordination der Produktion, für die Organisation oder für was?

Sie benutzen Computer in allen Bereichen.

Ist es richtig, daß ihr nicht viele Computer habt, aber viel für die theoretischen Grundlagen arbeitet?

Es wird mehr als im Westen an den theoretischen Grundlagen gearbeitet...

Wie sieht der Software-Markt aus und welche Produktionsbedingungen gibt es?

Die Bedingungen, Computer und Software zu verkaufen sind momentan nicht so gut. Es werden viele Kopien von Programmen aus dem Westen gemacht, die dann in Polen jeder haben kann. Das meiste kostet die Hardware; von daher will jeder für die Software nur so viel ausgeben, wie unbedingt nötig.

Aber es gibt einige Firmen in Polen, die machen spezielle Anpassungen. Auf diesem Weg ist es möglich, Software zu verkaufen.

Ist es in einem sozialistischen Betrieb für jeden Arbeiter möglich, durch den Computer Informationen über den ganzen Betrieb zu bekommen?

Nein, normalerweise ist das nicht möglich, weil die Computer im Computer- Center vom Betrieb arbeiten, sie erstellen Kalkulationen usw. für den Betrieb. Aber die Informationen sind für die Führung, die Direktion vom Betrieb, nicht für jeden Arbeiter.

Ist das kein Problem? Ich denke, in einem sozialistischen Land sollten jedem die Informationen zur Verfügung stehen?

(lacht)... Das ist Theorie. Die Praxis sieht ein bißchen anders aus. Jeder Betrieb versteckt seine Informationen, d.h. sie sind nicht versteckt, sie sind nicht zugänglich. Wenn Du Informationen haben willst, gehst Du zum Computer-Center und fragst nach. Da es kein Netzwerk gibt, sind die Informationen erstmal nicht zugänglich.

Du kennst doch sicher Karl Marx. Wenn es zu seinen Lebzeiten Computer gegeben hätte, hätte er sie benutzt?

(lacht)... Es ist schwer zu sagen, was jemand, der in einem anderen Jahrhundert gelebt hat, benutzen würde oder nicht.

Aber ich denke, die Computer sind notwendig für das, was er wollte.

Das ist vielleicht richtig. Für mich haben Computer einen hohen Gebrauchswert und das, denke ich, trifft für jeden auf dieser Welt zu, auch für die sozialistischen Länder.

Kannst Du etwas über die Gefahren von Computern sagen?

Zunächst einmal ist das genau wie mit allen anderen Dingen auch. Sei es das Auto, die Atombombe oder ein einfacher Hammer. Alles bringt eine Gefahr mit sich.

Es kommt dann immer darauf an, wo und wie der Computer benutzt wird. Wenn Du ihn in Deinem Büro benutzt, ist das nicht gefährlich, es sei denn, Du sitzt stundenlang davor. Wenn Du ihn in den Betrieben oder in der Armee verwendest, ist das eine Gefahr für alle.

Und was ist mit den Gefahren für die Gesellschaft?

Ja die gibt es auch. z.B. Menschen hören auf, miteinander zu reden, weil sie das Computer-Netzwerk benutzen. Sie brauchen sich nicht mehr von der Stelle zu bewegen. Aber das ist eine Veränderung, keine direkte Gefahr. Der Computer bringt eine Veränderung der Gesellschaft und das kann eine Gefahr sein. Aber das, was der Computer macht, ist ja nur das, was wir vorher an Programmen geschrieben haben. Menschliche Wesen sind grundsätzlich nicht vorbereitet auf ihre eigenen Erfindungen.

Jacek, wir danken für das Gespräch.

Das Gespräch führte Ralph Tiede.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Herrschaftswissen für alle?

Hans-Peter Martin

Red. Rhein/Main Das „Forum Informatiker für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung" (FIFF) ist ein Zusammenschluß von InformatikerInnen und anderer von EDV „Betroffener", der 1984 ursprünglich mit dem Ziel gegründet wurde, eine kritische Öffentlichkeit zur militärischen Nutzung von EDV zu schaffen.

Inzwischen hat sich die Tätigkeit des FIFF auch auf andere Felder ausgeweitet. So werden in der Mitgliederzeitschrift „FIFF- Kommunikation" in z.T. recht kontroversen Beiträgen Themen wie „Das demokratische Potential der Neuen Fabrik", Sinn oder Unsinn einer „Informationstechnischen Grundbildung" an den Schulen oder die Einführung des ISDN der Bundespost diskutiert.

Das FIFF hat z.Zt. 23 Regionalgruppen mit ca. 800 Mitgliedern. Als bundesweite Arbeitskreise gibt es einen zum Thema ISDN sowie den AK „Neue Wege in der Informatik", der neben theoretischer Arbeit versucht, verschiedene alternative Ansätze in der EDV über die „Informationsbörse Koblenz" zu sammeln und zu veröffentlichen, um Kontakte der entsprechenden Betriebe und Projekte sowohl untereinander als auch mit dem Rest der Welt zu fördern.

So wird demnächst zum zweiten Mal eine Art „alternatives Branchenheft" erscheinen; dazu ist derzeit noch eine Umfrage unter Betrieben und Initiativen im Gang, die dieses Mal hoffentlich etwas materialreicher ausfällt als als die erste. Aus dieser im Oktober '87 erschienenen Broschüre läßt sich immerhin ablesen, daß es eine ganze Reihe von selbstverwalteten und/oder genossenschaftlichen Betrieben, e.V.'s und anderen Initiativen gibt, die in der Entwicklung von Soft-, auch Hardware, im Aufbau von Informationsdiensten oder im Bildungs- und Beratungsbereich aktiv sind. Ein wichtiges Arbeitsfeld ist dabei die Beratung von betrieblichen Interessenvertretungen bei geplanten EDV-Umstellungen bzw. -Einführungen.

Adressen:
FIFF e.V.:
Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1
AK Neue Wege in der Informatik:
Michael Möhring
EWH Koblenz,
Rheinau 3-4, 5400 Koblenz

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Professionsgenossenschaften

Produktivgenossenschaftlicher Unternehmenstyp der Zukunft?

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Red. Rhein-Main „Wir leben in einer Übergangsphase auch in bezug auf eine heute noch übliche patriarchalische Unternehmensführung zu einer künftigen neuen Form," vermutet der Unternehmer Fritz Hahne von der Büromöbelfirma Wilkhahn in Bad Müder. „Ein kleiner Teil, nämlich Neugründer und vor allem Unternehmen der Datenverarbeitung, lassen uns erkennen, wohin die Reise geht." Hahne weist damit auf die Vorreiterrolle hin, die sogenannte High-Tech-Firmen für die Weiterentwicklung betrieblicher Organisationsstrukturen übernommen haben.

Burghard Flieger

Seit Ende der 60er Jahre gibt es vor allem in speziellen Wachstumsbranchen (Software, Beratung, Marketing) sogenannte Mitarbeiterfirmen, auch „Geistkapitalunternehmen" oder „Professionsbetriebe" genannt. Ihr entscheidendes Kapital beruht nicht auf materiellen Produktionsmitteln, sondern auf der Qualifikation der Mitarbeiter, die oft schon sehr früh zum gleichberechtigten Miteigentümer aufsteigen. Beide Charakteristika, hohe Professionalität der Arbeit und Miteigentum der Beschäftigten, begründen die Bezeichnung „Professionsgenossenschaften". Doch nur wenige dieser Firmen greifen explizit auf die genossenschaftliche Rechtsform zurück. Es überwiegt eindeutig die GmbH, in Ausnahmefällen existieren sie als Aktien- oder BGB-Gesellschaften.

Von den seit 1973 rund 700 Firmengründungen in der Rechtsform der Genossenschaft lassen sich knapp 30 als Professionsbetriebe einordnen. Beispielsweise gibt es Genossenschaften für Fachübersetzer, mehrere Beratungsgesellschaften, eine Autorengenossenschaft und Kooperativen im Bereich der Softwareentwicklung sowie des EDV-Hardwarehandels.

Motivation über Mitarbeiterbeteiligung

Nirgendwo sind die Partizipationsformen so weit entwickelt wie in High-Tech-Unternehmen bzw. Professionsbetrieben. Eine gelungene Motivierung der Mitarbeiter, gekoppelt mit der Bereitschaft zu sozialen Innovationen (Partizipationsangebot) verspricht Wachstum und Erfolg. „Auf diese Weise", so Unternehmensberater und Computerexperte Peter R. Wurr, „wird besonders auch in EDV-Unternehmen ein Betriebsklima geschaffen, das um Klassen besser ist als anderswo."

Auch sonst bemühen sich diese Unternehmen nach Kräften, ihre Mitarbeiter euphorisch zu halten. Denn würden diese beispielsweise auf ihre arbeitsvertraglich zugesicherte 40-Stunden-Woche pochen, wären die meisten nicht konkurrenzfähig.

Ein ständiger Austausch von Informationen und Erfahrungen innerhalb des Mitarbeiterkreises, regelmäßige wechselseitig stützende Kritik und gemeinsame Reflektion führen die Leistungen des einzelnen zum gewünschten Gesamtergebnis.

Zwang zum Team

„Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Vergrößerung des Freiheits- und Entscheidungsspielraums des einzelnen" gehen deshalb auch nicht – wie Fritz Vilmar, bekannter Verfechter der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, fordert – „auf Kosten des Profits". Also keine Produktivitätsnachteile durch demokratische Beteiligung! Partizipative Entscheidungsstrukturen sind vielmehr ein Muß der Arbeitsorganisation. Sie helfen, die eigentliche Aufgabenstellung zu bewältigen. Ergänzt durch Eigenverantwortung und Selbstkontrolle sind sie Bestandteil wissensorientierter Tätigkeiten. In solchen Unternehmen kann geradezu von einem „Zwang" zur teamartigen Kooperation gesprochen werden. Auch die Bezeichnung „funktionale Leistungserstellungsdemokratie" ist ein Versuch, diesen komplexen Zusammenhang begrifflich zu fassen.

Sozialreformerische Gesichtspunkte können deshalb im High-Tech-Bereich bei neuen Unternehmensstrukturen und humanisierten Formen der Arbeitsorganisation als zweitrangig unterstellt werden.

Das Identitätsprinzip

Neben der Arbeitsmotivation ist die Bindung qualifizierter Mitarbeiter ans Unternehmen ein wichtiges Moment – übernehmen sie doch Tätigkeiten und Entscheidungen, die ihre Vorgesetzten nicht bewältigen können. Mit Anweisungen und Kontrolle lassen sie sich nicht „sichern". Im Falle eines Mitarbeiterwechsels müssen hohe Kosten für die Einarbeitung und Qualifizierung neuer Mitarbeiter kalkuliert werden. Entstehung und Ausdehnung des „Mythos" Silicon Valley verdeutlichen die darin enthaltene Dynamik: Eine ständige Welle von Abspaltungen und Neugründungen kleiner Unternehmen wurde zum Symbol einer neuen Ära. Das Betriebskapital der „Abtrünnigen" – Brainpower, Intelligenz und angeeignetes Wissen – war plötzlich mehr wert als die früher für Firmengründungen erforderlichen Finanzmittel.

Überdurchschnittlich hohe Gehälter im High-Tech-Bereich als „Sicherungszuschlag" oder „Bleibanreiz" sind eine Antwort darauf, letztlich jedoch eine unzureichende, denn die Schaffung kapitalmäßiger und damit gesellschaftsrechtlicher Beteiligungen bewirkt mehr: Qualifizierte Beschäftigte erhalten eine Alternative zur Selbständigkeit. Über Kapital- und gesellschaftsrechtliche Beteiligung sollen diejenigen im Unternehmen gehalten werden, die durch ihre Tätigkeit und ihre Persönlichkeit zu Eigeninitiativen tendieren. So soll eine psychisch-emotionale Verbundenheit erzeugt werden, die mehr bedeutet als „nur" eine positive Gesamteinstellung zum Betrieb. Die Sozialeinheit Unternehmen wird als besonders sinnvoll und erhaltenswert angesehen. Dies ist Voraussetzung für ein Handeln nach den im Unternehmen vorgegebenen Normen aus persönlicher, selbstkontrollierter Einsicht.

Inwieweit eine solche Identifikation über verschiedene Partizipationsformen erreicht wird, ist umstritten. Von entsprechenden Wirkungen wird aber bei deren Einführung fast immer ausgegangen. Sie sind der eigentliche Anlaß befürwortender oder ablehnender Stellungnahmen, beispielsweise von Unternehmerund Gewerkschaftsseite. Tritt tatsächlich eine verstärkte Identifikation auf, liegt als Schlußfolgerung nahe: Die psychisch-emotionale Bindung an ein Unternehmen nimmt mit der Stärke der materiellen und immateriellen, sprich der Kapitalund Entscheidungsbeteiligung zu. (Dies gilt selbstverständlich nicht unabhängig von anderen Einflüssen wie Betriebsklima, Konfliktstruktur und -intensität).

Wettbewerbsvorteil durch Kompromiß

Trifft dies zu, verfügen die Professionsgenossenschaften bzw. Mitarbeiterunternehmen als moderne Variante der Produktivgenossenschaft über einen wichtigen Wettbewerbsvorteil. Durch die Identität von Kapitaleigentümern und Beschäftigten sind sie als Kollektivunternehmen für qualifizierte Berufstätige ein interessanter Kompromiß zwischen Selbständigkeit und Anstellung in einem Großunternehmen. Während Selbständige komplexe Aufgaben aufgrund fehlender Arbeits- und Finanzkapazitäten nicht übernehmen können, fehlen in Großbetrieben dem einzelnen das Gefühl und die Möglichkeit, wichtige Entscheidungen zu beeinflussen. Mitarbeiterunternehmen bieten beides. Sie haben damit die besten Chancen, High-Tech-Wissen nicht nur ergebnisorientiert zu organisieren, sondern auch langfristig an das Unternehmen zu binden.

Keine Kinder der Not

Die sich abzeichnende technologische Entwicklung läßt eine verstärkte Gründung von Mitarbeiterunternehmen erwarten, für deren tatsächliche Realisierung allerdings auch subjektive Momente ausschlaggebend sind: Anders als Mitgliedern früherer Genossenschaftsgründungen – auch produktivgenossenschaftlicher Art – ist den Mitgliedern von Professionsgenossenschaften materielle Not etwas Unbekanntes. (Die Produktivgenossenschaften der Geschichte gelten als „schwache Personenzusammenschlüsse", als „Kinder der Not", deren Kooperativneigung als Reflex auf soziale Gefährdung und mit dem Fehlen einer gesicherten materiellen Existenz erklärt wird). Für die Mitglieder von Professionsgenossenschaften stehen persönliche Freiräume und Selbstverwirklichung in der Arbeit im Vordergrund, Werte, die nach der Maslow'schen Bedürfnistheorie als Motivation erst manifest werden, wenn alle anderen Bedürfnisse hinreichend abgedeckt sind. *(Erst kommt das Fressen, dann die Kultur, wußte schon der gute Brecht in präziser Kürze zu formulieren, meint die säzzerin).*

Das Elitemodell

Frühere Genossenschaftsgründungen wurden realisiert, nachdem einzelne Personen (Raiffeisen, Schulze-Delitzsch, Buchez, Blanc usw.) Utopien oder Leitbilder für diese Unternehmensform entwickelt hatten. Vergleichbare Personen und deren prägende Intentionen fehlen bei Mitarbeiterunternehmen. Im Unterschied zu den alten Kooperationen haben sie neben den aktuellen Mitarbeitern keine neuen potentiellen Mitarbeiter im Auge. In diesem Unterschied könnte eine entscheidende Beschränkung für eine größere Ausdehnung von Mitarbeiterunternehmen liegen. Ihnen ist durch die Vorrangigkeit der Zweckmäßigkeit vor der Reformorientierung eine Selbstbeschränkung als „Elitemodell" immanent. Auf diese Weise geht ihnen das Ansteckende verloren, das die historisch ersten Genossenschaften zu sozialen Bewegungen werden ließ.

Andererseits können Professionsbetriebe stärker als frühere Produktivgenossenschaften aufgrund ihres wirtschaftlichen Erfolges zur Nachahmung reizen. Erinnern sie doch mehr als alle bisherigen Formen der Kooperation an das „Kirsch"- Modell der fortschrittsfähigen Organisation, ein Modell, das versucht, die heute in der Organisationstheorie dominierenden Vorstellungen zu überwinden, die im wesentlichen auf die Grundüberlegung beschränkt bleiben, unter welchen Bedingungen Organisationen als offene Systeme in einer sich ständig ändernden Umwelt überleben. Das Modell der fortschrittsfähigen Organisation stellt darüberhinausgehend die Frage nach den Bedingungen des Fortschritts in der Befriedigung von Bedürfnissen bzw. der Realisierung von Werten der Beteiligten. Damit weist ein solcher Ansatz entscheidende Parallelen zu den Produktivgenossenschaften auf, deren Geschichte und Gegenwart die intensiven Bemühungen ihrer Mitglieder um eine sozialere Betriebs- und Unternehmensordnung dokumentieren. Auch die genossenschaftlichen Charakteristika, wie das Identitäts-, das Förderungs- und das Demokratieprinzip, sind ein Ausdruck hiervon.

Realisierbares Ideal fortschrittsfähiger Organisationen

Zur Idee der Fortschrittsfähigkeit gehören auch Handlungskompetenz und Erkenntnisentfaltung. Produktivgenossenschafter und ihre Befürworter haben dies allzu oft vergessen. Die geringe Bestandsfähigkeit der Produktivgenossenschaften in Deutschland führte so zur wissenschaftlich-theoretisch untermauerten Behauptung ihrer Existenzunfähigkeit. Die ausschließliche Betrachtung unter dem Dogma des „Gesetzes der Transformation" (d.h. daß sie scheitern oder sich den „normalen" Unternehmensstrukturen anpassen) wurde so zur nicht hinterfragten Feststellung. Mitarbeiterunternehmen mit ihrer professionellen, auf Zweckmäßigkeit ausgerichteten Organisation aber helfen, die behauptete invariante Entsprechung von Struktur und Erfolglosigkeit bei Produktivgenossenschaften zu widerlegen. Ihre Vielfältigkeit unterstreicht: Bei jeder Konstellation von Struktur, Funktion und Umwelt gibt es auch für die Gestaltung wirtschaftlicher Organisationen die Möglichkeit, sehr weitgehende Partizipationsformen zu praktizieren. Als Unternehmen in Wachstumsbranchen unter erhöhten Qualifikationserfordernissen aufgrund starken Innovationsdrucks, vor allem im High- Tech-Bereich, belegen sie dies. Mit ihrer Hilfe können Vorstellungen über Alternativen gewonnen werden, die den vorhandenen Erfahrungen mit Produktivgenossenschaften in Deutschland den Charakter von „Naturgesetzlichkeiten" nehmen. Werden diese Vorstellungen aufgegriffen, nicht nur im Genossenschaftssektor selbst, sondern auch von Wissenschaftlern, Verbandsfunktionären und Parteipolitikern, könnte die Produktivgenossenschaft als realisierbares Ideal der fortschrittsfähigen Organisation mehr Zukunft als Vergangenheit haben.

„Nicht miteinander rechnen, sondern miteinander reden“

Interview mit Uli Briefs, MdB, ehemaliger Mitarbeiter der Firma IBM

CONTRASTE: Wir haben gehört, daß IBM eine neue Programmgeneration entwickelt. Wie sieht diese aus und was ist daran so neu?

Uli Briefs: IBM ist eigentlich ständig dabei, neue Programmkonzepte zu entwickeln. Das, was jetzt kommt, hat vielleicht einen etwas umfassenderen Charakter und bezieht sich wohl insbesondere auf die Programme für den Betrieb von Computersystemen; also Betriebs- Software. Da hat sich im Laufe der Zeit ja ein ziemlicher Wildwuchs insofern entwickelt als die zentralen Betriebssysteme, insbesondere das System OS bzw.dessen zahlreiche Weiterentwicklungen, inzwischen ja ziemlich unüberschaubar geworden sind. Jetzt meint man wohl, es wäre der Zeitpunkt gekommen, ein grundlegend neues Programmsystem für den Betrieb von mittleren, großen und sehr großen Computersystemen zu machen. Darum geht es im Wesentlichen. Was sie sicherlich nicht vorhaben können, ist, daß sie die schier unübersehbar große Zahl von Anwendungsprogrammen völlig neu schaffen wollen. Das geht nicht. Dafür hat IBM auch nicht mehr die Stellung, die sie Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre hatte.

Künstliche Intelligenz

Ein anderes Element, was noch erwähnenswert ist, ist, daß sie vorhaben, in diese Betriebs-Software Elemente der künstlichen Intelligenz einzubauen. Nun muß man da ein bißchen vorsichtig sein: vieles, was wir heute als künstliche Intelligenz definieren, hat mit künstlicher Intelligenz kaum was zu tun. Das sind zum Teil alte Sachen, die man nur neu bezeichnet – da findet also Etikettenschwindel statt – zum anderen Teil sind das Sachen, bei denen man noch garnicht absehen kann, ob sie sich tatsächlich so realisieren lassen. Aber eins ist wichtig: In den Betriebs-Software- Systemen waren immer bestimmte – meist sehr beschränkte – Funktionen drin, die quasi aus der Wahrnehmung von Daten und Datenstrukturen bestimmte interne Steuerungsoperationen dann ausgelöst haben. Wenn man das so sieht, kann man sagen, das ist zumindest eine Vorform dessen, was heute in einem ganz anderen Zusammenhang als künstliche Intelligenz empfunden wird. In diese Richtung – da bin ich mir sicher – wird jede Weiterentwicklung von Betriebs- Software für mittlere und größere Computer allerdings gehen müssen. Das heißt dann in der Konsequenz – um das an dieser Stelle nur mal kurz anzudeuten – es wird immer mehr in die Betriebs-Software hineingelegt, die Dinger laufen immer automatischer und für den Benutzer bleibt im Grunde immer weniger übrig. Aber das ist ja von der Funktion dieser Systeme her so notwendig. Das menschliche Eingreifen, die menschliche Steuerung von mittleren und größeren Computersystemen ist einfach im Hinblick auf die große Geschwindigkeit, mit der die Rechenoperationen durchgeführt werden, ein zu großes Risiko.

Ich denke, wenn IBM vorhat, jetzt mit einem riesigen Schwertstreich die gesamte Betriebs-Software- Landschaft völlig neu zu machen, dann besteht doch die Gefahr, daß sie sich dabei übernehmen.

Weiterentwicklung nur mit gesellschaftlicher Regulierung möglich

Ich denke, wenn IBM vorhat, jetzt mit einem riesigen Schwertstreich die gesamte Betriebs- Software-Landschaft völlig neu zu machen, dann besteht doch die Gefahr, daß sie sich dabei übernehmen. Weil die Zahl der Anbieter von Rechnern und Systemen inzwischen sehr groß geworden ist, insbesondere durch das Aufkommen der sehr mächtigen PC's. IBM hat nicht mehr den Marktzugriff, auch nicht mehr den Zugriff auf die Technik, den diese computerführende Firma früher hatte.

Ja, aber sie setzt doch immer noch den Standard?

Teils, teils; sicher, das ist ihr Ziel. Das werden die auch – insbesondere mit den riesigen Finanzmitteln, die dieser nach wie vor natürlich weltweit computerführende Konzern hat – erreichen können. Sie werden bestimmte Standards setzen müssen; nur, auch das geht nicht mehr so einfach. Andersrum gesagt: die Computertechnik wird inzwischen so breit angewendet, es sind inzwischen 1/4 aller Arbeitsplätze von Computern erfasst in der BRD. Wir haben weit über 100 Mrd. DM investiert, sodaß von der Seite immer deutlicher wird, daß über die Möglichkeiten von privaten Computerherstellern und Anwendern hinausgehende gesellschaftliche Regulierungen notwendig werden, wenn man den Bereich dieser Technikentwicklung aufrechterhalten und vorantreiben will.

Worin besteht die Gefahr in dieser neuen Entwicklung?

Ich sehe da keine großen neuen Gefahren. Ich sehe auch die Entwickung der – zumal ich sie für garnicht so sonderlich zukunftsweisend halte – Elemente der künstlichen Intelligenz nicht als die Gefahr an. Es sind eigentlich im Grunde die alten Gefahren, die mit diesen neuen Entwicklungen verschärft werden. Das sind die Gefahren, die sich im Zusammenhang mit der Anwendung von Computertechnik und sonstigen Kommunikations- und Informationstechniken inzwischen ergeben haben, nämlich: Arbeitsplatzabbau, qualitative Veränderung an den Arbeitsplätzen, Verlust an beruflichen Qualifikationsmöglichkeiten, Qualifizierung und Spezialisierung nur für relativ kleine Gruppen, insbesondere aber auch die Gefahr der Kontrolle und Überwachung. Da muß man natürlich daneben die Vorteile sehen. Die Vorteile sind natürlich, daß mit diesen Generationen von Hardware und auch den geplanten neuen Entwicklungen natürlich gewaltige weitere Produktivitätssteigerungen erreicht werden können. Wenn die Mächtigkeit der Betriebs-Software zunimmt – und davon müssen wir ausgehen – dann heißt das auch, aus technisch zwingenden Gründen, daß die in den Computern angelegten Funktionen ausgebaut werden, die dazu beitragen, die Tätigkeiten von menschlichen Arbeitskräften in diesem Zusammenhang verstärkt transparent zu machen. Nicht weil dahinter böse Köpfe stecken, sondern weil das für das automatisierte Funktionieren dieser großen komplizierten Systeme unerläßlich ist.

Werden die Abläufe für den Einzelnen im Betrieb dadurch transparenter?

Ja, ja, aber...

...für den Einzelnen...

Nein, nein. Das schafft nicht mehr Transparenz für den Einzelnen, sondern *das System verschafft sich zusätzliche Daten darüber, wie in seinem Innern die Abläufe stattfinden. Und als Nebenprodukt fallen damit auch Daten darüber an, wie die einzelnen Arbeitskräfte an den Außenstationen, als Sachbearbeiterin, als Datenerfassungskräfte, als Facharbeiter an der Maschine, wie die ihre Arbeit vollziehen. Daten, die für Leistungs- und Verhaltenskontrollen genutzt werden können.* Das ist eine mit dieser Technik zwangsläufig verbundene Konsequenz. Die Arbeit wird transparenter für das System. Und das kann damit auch – wenn entsprechende Herrschaftsstrukturen betrieben werden – von Leuten, die daran interessiert sind, sich diese Daten zugänglich zu machen, genutzt werden. Und obwohl wir da heute erst die Spitze der Spitze des Eisbergs sehen – es gibt solche Erfahrungen.

Zwangsläufig steigende Fixkostenbelastung

Als Ökonom muß ich dann doch noch einen Punkt einfügen. Man muß sich natürlich darüber im klaren sein, daß, wenn da jetzt eine neue Betriebs- Software, entsprechende Ergänzungen und neue Anwendungsprogramme kommen, damit die Fixkosten in den Betrieben steigen. Und Fixkosten heißt bei – in der Tendenz – nur schwach wachsender oder gleichbleibender Leistung, daß natürlich die zunehmende Belastung der Arbeitsplätze, der Abteilungen, der Betriebe insgesamt mit Fixkosten zulasten der variablen Kosten geht. Die variablen Kosten sind im Wesentlichen die Rohstoffkosten, und da kann man ja nicht viel sparen; obwohl hier und da auch mit dem Computer einige ganz gute Effekte erreicht werden können. Aber das heißt eben vor allem, es geht zulasten der Arbeitskosten. *Das ist der springende Punkt. Das ist z.B. das Motiv auch, also die hohe weiter steigende Fixkostenbelastung, für die ganze Flexibilisierungsdiskussion oder Wochenendarbeitsdiskussion.*

Da darf man die Rolle der Informations- und Kommunikationstechniken nicht überschätzen.

Welche Auswirkungen hat das für Groß- und mittelständische Betriebe, welche für Kleinbetriebe?

Ich denke, es wird sich nicht viel ändern. Die ersten Entwicklungen laufen im Bereich großer internationaler Konzerne, dann geht das so langsam in den Staatsbereich über, also die Staatsorganisation, die ja auch größtenteils Konzerncharakter hat, übernimmt das auch und trägt dann ihrerseits über entsprechende Förderprogramme dazu bei, daß das auf mittelständische und kleine Betriebe übertragen wird; zum Schluß kommen dann die ganz kleinen Betriebe. Und ganz zum Schluß kommen die Haushalte. Vielleicht hätte ich zu Anfang noch erwähnen müssen, daß die ersten Entwicklungen – ich denke, das wird auch hier sein, vor allem vor dem Hintergrund der amerikanischen Situation – fürs Militär gemacht werden.

Kann man sagen, daß das erstmal ganz klar für mittelständische und kleinere Betriebe eine mangelnde Konkurrenzfähigkeit bedeutet?

Ja und nein. Da darf man die Rolle der Informations- und Kommunikationstechniken nicht überschätzen. Es gibt kaum einen Betrieb, dessen Konkurrenzfähigkeit von der Übernahme dieser Spitzenentwicklung – ich nenns mal so – abhängig ist. Bei einer Kolbenfabrik spielt der Computer bei der Steuerung der Produktionsprozesse inzwischen eine erhebliche Rolle, aber ob der Betrieb konkurrenzfähig ist, hängt von der Qualität der Kolben usw. ab. Ich denke, daß man da keine allzu direkte Beziehung – beim derzeitigen Stand der Informatisierung zumindest – zwischen Wettbewerbsfähigkeit und der Durchdringung und Anbindung an Informations- und Kommunikationstechniken sehen darf. Die mittelständischen und kleinen Betriebe konkurrieren zum größten Teil ja unter sich, weite Bereiche sind ja inzwischen monopolisiert von einigen wenigen großen Konzernen, die dann die Bedingungen machen für fortgeschrittene Konzepte der EDV-Steuerung. Das wird also keine dramatischen Auswirkungen auf die kleinen und mittleren Betriebe haben, wie die EDV ja bisher auch nicht gehabt hat. Daß wir inzwischen fünfmal soviele Konkurse haben in der BRD wie Anfang der 70er Jahre liegt nicht an der EDV. Sondern hat damit zu tun, daß in einem riesigen Prozeß, der aber sehr viel verwickelter ist, Überkapazitäten geschaffen worden sind. Und solange Überkapazitäten da sind, werden stärker als früher Betriebe pleite machen.

Soweit ich sehen kann, besteht – außer über das Kostenargument – kein Zwang für Selbstverwaltete Betriebe, an die Computertechnik ranzugehen, weil sie nur auf diesem Wege die entsprechenden Qualitäten produzieren könnten.

Sind auch selbstverwaltete Betriebe von der Entwicklung betroffen und welche Möglichkeiten haben sie, sich davor zu schützen, wenn tatsächlich eine Gefahr besteht?

Ich würde sagen, sie werden sicherlich irgendwann auch davon betroffen werden, allerdings nicht so ganz zwangsweise im Rahmen dessen, was ich jetzt eben angesprochen habe. Soweit ich sehen kann, besteht – außer über das Kostenargument – kein Zwang für Selbstverwaltete Betriebe, an die Computertechnik ranzugehen, weil sie

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung von Seite 8

nur auf diesem Wege die entsprechenden Qualitäten produzieren könnten. Mit einer Ausnahme: Die Druckindustrie. Warum: Weil bei der Druckindustrie Computertechnik ja unmittelbare Produktionstechnik ist. Aber z.B. bei einem Fahrradshop ist der Computer keine Technik, die auf die Qualität des Fahrrads einwirkt. Das muß man immer auseinander halten. Im Fahrradshop kann trotzdem irgendwann der Einsatz von Computern bedeutend sein, wenn es darum geht, die Kosten in Schach zu halten.

Experimente wagen!

Wie sollen sich Selbstverwaltete Betriebe davor schützen? Ja, ich würde sagen, man kann da relativ gelassen verfahren. Was ich ja an den Alternativbetrieben schätze, daß sie experimentell Dinge vorwegnehmen, die – wie ich hoffe – irgendwann mal eine größere Bedeutung haben werden. Ich denke, daß man durchaus, wenn man es will, diese Wege weiter beschreiten kann; nämlich andere Formen von Produktionslogik und auch andere Formen innerer Verwaltung und Steuerung zu entwickeln. Ich denke, daß die Alternativbetriebe, stärker als andere Betriebe, die dem sich weiter verschärfenden kapitalistischen Konkurrenzdruck ausgesetzt sind, dem sind natürlich auch die Alternativbetriebe ausgesetzt haben, doch ein paar Möglichkeiten mehr, sich gewissen Effekten dieses Konkurrenzdrucks zu entziehen. Vor diesem Hintergrund können Experimente mit dem Einsatz dieser Technik auch in die Richtung gehen, daß man ein anderes Muster verfolgt. So eine andere Logik, die allerdings nur einen Reflex der anderen Produktionsform, also der Selbstverwaltungslogik darstellt.

Also, Selbstverwaltete Betriebe können eine ganz neue Methode entwickeln, wie mit Computern gearbeitet wird?

Ich denke, das ist eine der Aufgaben der Selbstverwalteten Betriebe. Wir müssen davon ausgehen, daß die Informations- und Kommunikationstechniken im Bereich der Notwendigkeit der Arbeit der Betriebe in der Zukunft noch stärker eingesetzt werden und daß dort entsprechende Effekte, die zwiespältig sind, erreicht werden. Und Aufgabe der Alternativbetriebe – jetzt auch im Hinblick auf jeden anderen Betrieb – ist es, die Technik so handzuhaben, daß irgendwo noch Bedingungen geschaffen werden dafür, daß Menschen – um das große Sozialkritische Werk aus dem vorigen Jahrhundert zu zitieren – sich betätigen können als eigenschafts- und beziehungsreiche Wesen. Ich denke insofern, daß man ein bißchen gelassener an diese Technik rangehen kann, was aber nicht heißt, daß man die Gefahren unterschätzen soll. Die Gefahren liegen meines Erachtens irgendwo anders. Insbesondere wenn man die Technik in Bereichen einsetzt, wo es um Entfaltungsmöglichkeiten außerhalb der Betriebe geht, z.B. Bildungs- und Kulturwesen, muß man sehr sorgfältig beobachten und ggf. sehr hart eingreifen.

Ist es nicht auch denkbar, daß durch das neue Programmsystem ein Werkzeug geschaffen wird, das es ermöglicht, EDV als einfaches Hilfsmittel zu verwenden, um sich wieder auf die eigentliche Arbeit zu konzentrieren. Wenn Betriebe EDV einführen, stehen sie vor einer Fülle von Programmen. Ist ein Standard vor diesem Hintergrund nicht doch angebracht?

So wirds nicht sein. Die IBM hat mit dem OS-System doch auch den Standard gesetzt. Das hat nicht verhindert, daß wir diese unübersehbar große Zahl von verschiedenen Betriebssystemen, Computertypen und -systemen bekommen haben. Das ist keine Garantie dafür. Ich denke, daß das Problem auch so nicht lösbar ist.

Aber wird es nicht wie bei der Automobilindustrie dazu kommen – früher gab es sehr viele Autofirmen, inzwischen gibt es nur noch ganz wenige – daß sich das genauso reduzieren wird, einfach aus Kostengründen?

Wir haben in diesem Bereich eine ganz andere Entwicklung; von daher wird es sich nicht reduzieren. Wir haben die Großrechnersysteme, die mittleren und kleinen und inzwischen die ganz kleinen Systeme. Da wirst Du auch immer unterschiedliche Betriebssysteme haben.

Der Computer ist ein anderes Gerät als das Auto.

Die qualitative Spanne zwischen einem wahnsinnig teuren Auto und einem Gebrauchsauto ist viel geringer, die sind technisch viel enger beieinander als ein PC und ein Größtrechner. Es wird eine Entwicklung geben, die EDV mehr zum einfachen Hilfsmittel zu machen, das ist richtig. Dazu tragen auch diese neuen Betriebssoftware- Systeme bei. Was ich allerdings in Frage stelle, ist, daß das dazu führt, daß man sich wieder auf die eigentliche Arbeit konzentrieren kann. Was bleibt denn von der eigentlichen Arbeit noch übrig? Es läuft ja ein Prozeß, wo durch den immer tiefer gehenden Einsatz von Informations- und Kommunikationstechniken am Arbeitsplatz ein immer größerer Teil der Arbeit übernommen wird vom Rechnersystem. Und zwar nicht nur – das ist ja immer die große Illusion – daß der Computer die einfache Arbeit übernimmt und die qualifizierte beim Menschen verbleibt; das ist noch nie so gewesen.

Woher soll denn neue Arbeit kommen?

Es hat seit den Anfängen der Technik immer auch realisierte, erfolgreiche Anläufe gegeben, zumindest etwas komplexere Arbeitsfunktionen vom Rechnersystem übernehmen zu lassen. Und das wird in der Zukunft gerade mit diesen neuen Programmsystemen und diesen angedeuteten Entwicklungen in Richtung „künstliche Intelligenz" weitergehen. Es findet eine Entwicklung statt, die dazu beiträgt, daß mehr und mehr auch komplexe Teilfunktionen im Arbeitsprozeß von der Rechnertechnik übernommen werden, ohne daß große neue komplexe Funktionen dazukommen. Wo sollen die herkommen? Das ist der entscheidende Punkt. Im Gegenteil: Operative Entscheidungen werden z.T. dezentralisiert, aber die entscheidenden Größen – die betrieblich- politischen Entscheidungen über Produkt, Qualität, Zeit, Mengen, usw. – werden im Zusammenhang mit der Anwendung der Computertechnik eigentlich tendenziell sehr stark zentralisiert. In den Konzernzentralen werden Vorgaben für die einzelnen Arbeitsplätze computerisiert administriert und kontrolliert werden. Man muß sich doch die Frage stellen, wo sollen denn neue Arbeiten, neue Tätigkeiten herkommen? Bei der heutigen Produktvielfalt, bei der Überbedienung der Märkte.

Durch Rationalisierung könnte ja auch Freizeit entstehen im Ernstfall, wenn damit einhergehend auch eine politische Veränderung passieren würde. Es wäre doch dann schon so, daß man sich wieder auf die eigentliche Arbeit konzentrieren kann. Z.B. im Selbstverwalteten Betrieb wäre das die Festlegung der Arbeitsstrukturen oder eben Gespräche zu führen innerhalb des Betriebes. Die Frage bezieht sich auf einen normalen Betrieb, natürlich; aber das wäre vielleicht auch eine Chance, die Computer bieten.

Ja, sicher, sicher. Die Informations- und Kommunikationstechniken sind wahrscheinlich das mächtigste je entwickelte Mittel, um gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit abzubauen; was auf der anderen Seite die Gefahr einer viel höheren Massenarbeitslosigkeit mit sich bringt, wenn es nicht zur entscheidenden Verringerung der effektiven Arbeitszeit kommt.

Verschlossene Bereiche erkämpfen!

Das ist erstmal klar. Die Konsequenz daraus wäre – und da finde ich es wichtig, daß die Alternativbetriebe das modellhaft unter sehr schweren Bedingungen so'n bißchen realisieren und vorleben – wäre zu sagen, na gut, wir brauchen immer weniger Zeit für die unmittelbare Verausgabung im Arbeitsprozeß, wenn wir uns angesichts dieser Bedingungen als prinzipiell eigenschafts- und beziehungsreiche Menschen betätigen wollen, dann heißt das, daß wir uns irgendwo einen Bereich erkämpfen müssen, der uns bisher verschlossen war. Der ist nicht in der heutigen Arbeitswelt angelegt.

Technik verändern und ggfs. verhindern!

Und das sind alles die Fragen, die mit der Gestaltung des Betriebes, der Produkte, der Art der Produktion, der Technik, der Organisation der Produktion, der Verwaltung der Produktion und vielen anderen Fragen, insbesondere sozialen Fragen, zu tun haben. Ich brauche aber nicht die EDV, um sowas zu machen. Ich kann

Wenn die Mächtigkeit der Betriebs-Software zunimmt – und davon müssen wir ausgehen – dann heißt das auch, aus technisch zwingenden Gründen, daß die in den Computern angelegten Funktionen ausgebaut werden, die dazu beitragen, die Tätigkeiten von menschlichen Arbeitskräften in diesem Zusammenhang verstärkt transparent zu machen.

nur andersrum argumentieren: wenn die EDV kommt – und das tut sie – wird es einen solchen Abbau von bislang noch notwendiger Arbeitszeit geben, daß ich mir sagen kann: gut, ich leg die Klamotten entsprechend früher nieder und geh nach Hause, oder ich nutze die Zeit, um mich im Betrieb – um mal Brecht zu zitieren – „in meine eigenen Angelegenheiten einzumischen". Das Gefährliche daran ist, daß man

Das ist falsch, weil dabei übersehen wird, daß in der Struktur der Technik etwas drin ist, was diesen demokratischen Verhältnissen entgegenwirkt.

versucht, das in einen zwanghaften Zusammenhang zu bringen. Das ist falsch, weil dabei übersehen wird, daß in der Struktur der Technik etwas drin ist, was diesen demokratischen Verhältnissen entgegenwirkt. Deshalb muß man auch immer im gleichen Atemzug sagen, daß diese demokratischen Freiräume oder Räume, die man sich überhaupt erstmal erkämpfen muß, sich auch darauf beziehen müssen, die Technik zu verändern und Technik an bestimmten Punkten auch zu verhindern. Wir müssen z.B. überlegen, ob wir den Computer nicht systematisch überall dort aus dem Prozeß im Betrieb rausnehmen oder garnicht erst reinbringen, wo's um politische Entscheidungen geht. Und umgekehrt, wenn die politischen Entscheidungen getroffen sind, mit dem Computer überall da ansetzen, wo's darum geht abzuwickeln. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Nicht miteinander rechnen, sondern miteinander reden!

Im Gegensatz zu der kapitalistisch und hierarchisch organisierten IBM werden in der UDSSR überwiegend Programme entwickelt, die auf individuelle Problemstellungen abgestimmt sind. Dies aufgrund der Tatsache, daß die russischen Mathematiker sich bis heute auf keinen Standard einigen konnten. Liegt hier der Grund dafür, daß im Westen – trotz der anerkannt guten russischen Mathematiker – keine Programme aus der UDSSR Verwendung finden?

Das ist ein interessantes Thema. Vor 20 Jahren habe ich mich mal systematisch mit der Computerentwicklung in der UdSSR befasst. Das Problem gibt es. Nur muß man das sofort vom Wirtschaftssystem her sehen. Die UdSSR hat nicht die Art von Betrieben, die wir haben. Finanzwesen, Werbung, Marketing, insbesondere die absatzorientierten Aktivitäten gibt es in Sowjetischen Betrieben fast kaum. Rechnungswesen, Planungswesen schon, aber die haben z.B. keine Marketingabteilung. Das kommt jetzt unter Gorbatschow seit einigen Jahren stärker. In der Konsequenz ist dann natürlich auch die Technik anders entwickelt worden. In der UdSSR hat man von Anfang an – allerdings auch auf der sehr viel stärker von der naturwissenschaftlichen Disziplin her geprägten Systematik – Systeme entwickelt, die hießen damals Automatisierte Systeme der Steuerung der *Produktion*. Das erklärt z.T., warum die Sozialistischen Länder hinter dem Westen herhinken. Sowjetische Betriebe sind schwerer zu computerisieren als westliche, weil die nicht diese große Zahl von Aktivitäten haben, die man mit einfachen Strukturen erfassen kann. Wir hatten bei uns im Rechenzentrum zwei große Abteilungen: das eine war KA, die kaufmännische Anwendung, das andere TA, die technische Anwendung. Und KA hieß: viele Daten, einfache Rechnungen; TA hieß: weitaus weniger Daten und viele und komplizierte Rechnungen. Und in der UdSSR haben wir vielmehr TA und viel weniger KA, während wir in westlichen Betrieben vielmehr KA als TA haben. Die Folge ist gewesen, daß die westlichen Betriebe vor allem in den 60er, 70er Jahren sich vielmehr in diesen kaufmännischen Bereichen computerisiert haben. Es ist richtig, daß sich in der UdSSR zugleich mehr Wildwuchs ergeben hat, was ein bißchen verblüffend ist, weil ja insgesamt die Organisation der Wirtschaft und auch des wissenschaftlichen Bereichs stärker zentralisiert ist. Man wirft ja Stalin vor, daß er die Bedeutung der Kybernetik nicht erkannt hätte, obwohl eine der ersten Entwicklungen in der Sowjetunion stattgefunden hat. Das erste Operation- Research, also das erste mathematische Programmierungssystem wurde 1941 von Kantovoritsch fabriziert. Daß sich bis heute die russischen Mathematiker auf keinen Standard einigen konnten, ist aber keine Erklärung. Das ist kein Problem der Mathematiker, sondern mehr der Organisation im wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich. Inzwischen hat man dem aber durch einiges – vor allem auch durch Übernahmen aus dem Westen – abgeholfen. Mir fiel schon vor 10 Jahren auf, daß die Sowjetunion wie wild anfing, z.B. IBM- Broschüren zu übersetzen. Dafür gab es am laufenden Band Hinweise. Ich habe mich immer gefragt, was die da machen.

Uli, wir danken für das Gespräch.

Das Gespräch führten Ralph Tiede und Petra Inden.

In den letzten Wochen hat es immer wieder Diskussionen darüber gegeben, daß der Arbeitsbereich Forschung und Technologie dem bisher für die Fraktion Verantwortlichen Uli Briefs entzogen werden soll. Dies – so der bisherige Stand der CONTRASTE- Nachforschungen – aufgrund der augenscheinlichen Bestrebungen einiger Leute in der Fraktion, allzu technologiekritische Positionen aus der Grünen Partei herauszudrängen und durch realpolitische Fragmente zu ersetzen. Wir werden in einer der nächsten Ausgaben dem Problem nachgehen und eingehender berichten.

SOFT·WARE·TEAM *proudly presents:*

„Textline – Das Büro"

„Textline – Das Büro", ein Verwaltungsprogramm mit vielfältigsten Anwendungsmöglichkeiten, wurde von EDV-Profis in einem selbstverwalteten Betrieb für selbstverwaltete Betriebe entwickelt.

Adreßverwaltung, Textverarbeitung, Fakturierung, Mahnungen, Lagerhaltung und Abo-Verwaltung sind ohne Schwierigkeiten möglich. Auch für diejenigen von uns, die bisher mit EDV noch nichts zu tun hatten.

„Textline – Das Büro" ist in vielen SV-Betrieben eingesetzt. Das Programm läuft auf allen MSDOS-PCs. Die Druckausgabe erfolgt wahlweise auf Nadel-, Typenrad- oder Laserdrucker.

Außerdem bieten wir Beratung, Schulung, Komplettlösungen (Hard- und Software), sowie das Programm „Textline Satz & Layout", das Satzprogramm für Profis.

Info-Material und Präferenzen gibt's postwendend auf Anfrage.

SOFT·WARE·TEAM

Gesellschaft für besondere Lösungen m.b.H.

Krebsmühle · 6370 Oberursel 5
Telefon: 0 61 71 / 7 60 88

Lesungen

Frauen vom Mailänder Frauenbuchladen kommen nach Berlin, Hamburg und Bremen, um über ihr Buch *Wie weibliche Freiheit entsteht* zu diskutieren. Termine:

Berlin: Freitag, 7. 4., 19.30 h Symposion der Internationalen Assoziation von Philosophinnen: „1789/1989 - die Revolution hat nicht stattgefunden". Mathematikgebäude der TU, Straße des 17. Juni Nr. 136
Hamburg: Samstag, 8. 4., 19.00 h, Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee, veranstaltet vom Frauenbuchladen und vom Frauenbildungszentrum
Bremen: Sonntag, 9. 4., 20.00 h, Kubo, Paulskloster 12, veranstaltet vom Frauenbuchladen
Berlin: Montag, 10. 4., 20.30 h, veranstaltet von und in der Begine, Potsdamer Str. 139.

Frauen ran an die Technik?

Gespräch mit Waltraud Kreutzer, Mitarbeiterin des technisch-sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts (tesoF) Berlin

CONTRASTE: Waltraud, du gibst Computerkurse für Frauen, weshalb nehmen Frauen an den Kursen teil?

Waltraud: Es sind Frauen, die sich kritisch mit der Technik auseinandersetzen wollen, Vorbehalte gegen Computer und die neuen Technologien haben, jedoch mit diesen konfrontiert werden: Die Kinder wünschen sich einen Computer zu Weihnachten, er soll in der Schule oder im Betrieb eingeführt werden. Manche Frauen überlegen, ob sie umschulen oder sich in EDV weiterqualifizieren sollen. Die Frauen haben eine gefühlsmäßig ablehnende Haltung gegenüber dem Computer. Auf keinen Fall würden sie sofort einem Anwenderkurs zustimmen. Ihnen ist es wichtiger, sich erst einmal inhaltlich mit dem Thema „Neue Technologien" zu befassen.

Unterscheidet sich deine Unterrichtsmethode in den Kursen für Frauen von der für gemischte Kurse?

Ich verhalte mich nicht anders in den reinen Frauenkursen. Die Methode beruht auf einem Dialog zwischen der Dozentin und den Teilnehmerinnen.

Es wird doch immer von der ganzheitlichen Herangehensweise geredet...

Was meinst du damit? Die ganzheitliche Herangehensweise widerspricht dem Prinzip des Computers. Gefordert ist kein ganzheitliches Denken, sondern die Fähigkeit zur totalen Abstraktion, formal logisches, lineares Denken. Du benutzt nur den Kopf, der übrige Teil des Körpers ist nicht gefragt, höchstens noch die Finger, um die Tasten zu bedienen. Gefühlsreaktionen sind unerwünscht.

> *Die Computertechnologie verlangt eindimensionales Denken, das weiblichem Handeln nicht entspricht.*

Frauen beklagen sich desöfteren, der PC störe die familiäre Kommunikation...

Solche Klagen sind keine Ausnahme. Allerdings ärgern sich die Frauen wohl eher darüber, daß sie sich nicht an das Gerät herantrauen, diesen Bereich den Männern oder Söhnen freiwillig überlassen.

Weshalb lassen Frauen sich so wenig mit dieser Technik ein?

Einerseits haben Frauen aufgrund ihrer Sozialisation weniger mit Technik zu tun, erleben sie seltener als ihren Bereich, ergreifen seltener technische Berufe und bekommen über ihren Bekanntenkreis andere Berufsbilder vermittelt. Andererseits wurde die moderne Technik nicht von Frauen entwickelt und sie erleben sie deshalb auch nicht als ihre Technik. Im Gegenteil, für viele Frauen hat die Technik einen zerstörerischen Aspekt. Die Computertechnologie verlangt eindimensionales Denken, das weiblichem Handeln nicht entspricht. Deshalb kann ich auf keinen Fall den Ansatz vertreten, Frauen ran an die Technik. Klar, Frauen müssen sich mit der Technik auseinandersetzen, aber unter dem Aspekt „was hat die eigentlich mit Herrschaft zu tun, welchen Stellenwert haben die neuen Technolgien in unserer Gesellschaft, wie wird durch die Technik Herrschaft allgemein und die der Männer über Frauen aufrechterhalten."

Also auch nicht Frauen rein in Männerberufe, die doch überwiegend technische Berufe sind?

Ich empfehle keiner Frau, z.B. eine Computerlaufbahn einzuschlagen. Frauen müssen wissen, auf was sie sich da einlassen, daß es sich dabei um monotone Tätigkeiten handeln kann, daß sie ganz klar in männlichen Strukturen hängen werden, sich in Konkurrenz zu Männern begeben und ständig beweisen müssen, besser zu sein als diese. Macht die Frau am Computer einen Fehler, wiegt das wesentlich schwerer als bei Männern, Andererseits ist es natürlich wichtig, in diese Bereiche vorzudringen, um zu wissen, was da passiert. Die Auseinandersetzung mit den neuen Technologien ist abgesehen von der Gentechnologie weder innerhalb der Frauenbewegung noch in der neuen Linken gelaufen. Alle wollen auf den scheinbar abgefahrenen Zug aufspringen und schaffen sich entweder zu Hause oder im Betrieb/Projekt den PC an.

Heißt das, keine PC's in Frauenprojekten?

Viele Projekte hoffen, sich durch die Einführung von EDV von lästigen Routinearbeiten befreien zu können und Kosten zu sparen. Das ist eine Illusion. Nicht der Computer schafft die Ordnung, sondern er kann nur mit bereits vollständig durchorganisierten Daten arbeiten, d.h. diese verarbeiten. Die Einführung von EDV bewirkt zunächst keine Arbeitserleichterung, sondern schafft zusätzliche Arbeit. Voraussetzung für eine langfristige Arbeitserleichterung ist das fehlerfreie Funktionieren der Geräte und die fehlerfreie Bedienung. Da aber erfahrungsgemäß überall Fehler auftreten, selbst bei den Rechenzentren und Datenbanken, kann davon ausgegangen werden, daß sich diese Hoffnung erstmal nicht erfüllt. Die Frauen müssen ständig an den Geräten hängen, auf den Bildschirm gucken. Das führt zu Frust. Auch mit der Kostenersparnis ist es nicht weit her, da die teueren Geräte und Programme sich erst amortisieren müssen. Besonders in Projekten muß bedacht werden, daß mit personenbezogenen Daten vorsichtig umgegangen werden sollte. Das gilt auch für Abrechnungen öffentlicher Gelder. Deshalb sollten Projekte genau überlegen, wofür sie die EDV brauchen und sich beraten lassen.

Das macht tesoF?

Ja, tesoF wurde vor einigen Jahren von Mitarbeitern der Technischen Universität mit dem Ziel gegründet, Forschungsergebnisse einer kritischen Auseinandersetzung mit den neuen Technologien in politische Bildungsarbeit umzusetzen. Es wurde ein integrativer Ansatz entwickelt, d.h. die praktischen Erfahrungen im Umgang mit der Technik (selbständiges Erstellen von Programmen) dienen zur Auseinandersetzung mit einem sozialtechnischen Kontext.

Das Interview führte Ricarda Buch

Wir hatten das Gefühl, wir bräuchten das Ding nicht!

Rückschau auf die „Computerisierung" des Netzwerkbüros Berlin

Red. Frauen Alle modernen Produktionsmittel wie auch brauchbare wissenschaftliche Erkenntnisse zum Wohle und zur weiteren Entwicklung der Alternativbewegung einzusetzen, forderte Klaus Röder, ehemaliges Vorstandsmitglied des Netzwerks Berlin, bereits 1979. Mag sein, daß auch er auf der Gründungsversammlung des Berliner Netzwerks 1978 insgeheim aus diesem ein EDV-gestütztes Vermittlungs- und Informationsbüro aufbauen wollte, um, mit Michael Kühls Worten, „damit dem Grundbedürfnis der gesamten Alternativbewegung nach Vernetzung, Kontaktaufnahme und Information nachzukommen."

Ricarda Buch

Sicher ist, daß erst Gerd Behrens unter dem Motto „schneller, richtiger, intensiver" der Kampagne um die Einführung von EDV im Netzwerk den richtigen Schwung verlieh. Folgende Argumente führte er ins Feld: Zeitnahe Abmahnung von Beitragsrückständen, Liquiditätsvorschau und Bestimmung von Förderpräferenzen, zunehmender Arbeitsanfall bei steigender Mitgliederzahl, MitgliederInnenkomfort durch Verschickung von Überweisungsträgern, Zeitersparnis zugunsten der Intensivierung von Projektvorbereitung und - Beratung.

Das lief damals völlig unterschwellig und ging nicht vom Büro aus", so Mona Schröder, die damals zusammen mit Annemarie für die Verwaltung im Netzwerk zuständig war. „Wir hatten anfangs 5.500 Mitglieder, dann nur noch knapp 3.000 durch die Regionalisierung. Dadurch reduzierte sich die Verwaltungsarbeit erheblich. Wir hatten das Gefühl, wir bräuchten den Computer gar nicht, bis Gerd Behrens ohne Wissen des Netzwerks einen Fragebogen im Mehringhof verteilte mit dem Inhalt, welche Projekte Interesse an einer gemeinsamen Computernutzung hätten. Der Mehringhof als alternatives Datenzentrum... Bis auf einen Buchvertrieb sprachen sich aber alle gegen so ein Ding aus. Das waren so ca. 30 Projekte. Natürlich ist EDV-Einsatz abhängig von der Größe eines Projekts. Eine Tageszeitung kann nicht darauf verzichten".

Für Mona war es ein Skandal, daß über Gerd zwei Studenten angesprochen wurden, die ihre Diplomarbeit über die Einführung der EDV ins Netzwerk schrieben. „Die haben nicht einmal mit uns diskutiert, was das bedeutet! Wir sollten ihnen unsere Arbeitsstrukturen mal schnell erklären! Die Fragestellung der Arbeit *Wie kann die Büroarbeit im Netzwerk durch EDV organisiert werden?* nahm das Ergebnis vorweg: EDV- Einführung im Netzwerk".

Da den beiden Netzwerk-Mitarbeiterinnen zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar war, ob EDV im Netzwerk nicht doch sinnvoll sei, machten sie sich sachkundig. „Wir sind überall herumgelaufen und haben uns Informationsmaterial gesucht: Zum Wissenschaftsladen, später auch zur Zeitschrift *Wechselwirkung* und zu den Gewerkschaften. Dabei wurde uns immer gruseliger.

Ursprünglich hatte das Netzwerk mit einer handgeschriebenen Kartei in einer Privatwohnung begonnen. Als die Mitgliederzahl jedoch rasant stieg, wurde bei der Rundbriefverschickung zunächst auf das Rena-Verfahren (Handroller) umgestellt. Später wurde die Verschickung über den Computer der taz abgewickelt. „Als wir die Verwaltung in die taz verlegten, da war niemand von der taz bereit, die Daten einzugeben, weil das nur am Sonntag ging. Während der Woche war der Computer ausgelastet. Das habe ich dann später ein- bis zweimal monatlich am Sonntag gemacht. Eine stinklangweilige Tätigkeit, das Eingeben und Überprüfen von Daten".

Inzwischen hatten sich Monas Bedenken gegen die Einführung von EDV im Netzwerk verfestigt, vorwiegend aus politischen Gründen und eigener Erfahrung. „Da war der Datenschutz und die Diskussion darum, die Abhängigkeit gegenüber den Hard- und Software- Herstellern. Du hängst in ihren Fängen und die Preise haben sich ja auch nicht verringert. Die Reparaturanfälligkeit, die Einarbeitungszeit von ein bis zwei Jahren... Es entsteht ein hoher Kostenfaktor, da die Arbeit während dieser Zeit blockiert wird und u.U. jemand zusätzlich eingestellt werden muß. Dann die Umstrukturierung der Arbeit. Damals wurde in der gesamten Alternativszene darüber diskutiert. Wir waren gegen jegliches Spezialistentum, weil im Gefolge des Spezialistentums die Lohndifferenzierung befürchtet wurde. Der Computer hätte die Einstellung eines Programmierers erfordert, den Netzwerk bei dem damaligen Einheitslohn nicht bekommen hätte. Dieser hätte aufgrund der Kompetenzkonzentrierung die qualifizierten Tätigkeiten übernommen, und für die Frauen wären die einseitigen geblieben. Wir hörten überall, wenn EDV kommt, dann kommt die Arbeitsintensivierung, Erhöhung der Arbeitsgeschwindigkeit. Das war bei den damaligen Arbeitsstrukturen schwierig. Wir saßen damals ab 9 Uhr im Büro und alle zwei Minuten kam jemand ins Zimmer und wollte etwas wissen, oder wir mußten zwischendurch mit Leuten etwas besprechen. Es wäre schwierig gewesen, die EDV in den Tagesablauf einzugliedern. Die Geräte hätten aufgrund ihrer Reparaturanfälligkeit in einem besonderen Raum aufgestellt werden müssen, mit einer speziellen Temperatureinstellung. Bei zwei Räumen hätten wir nicht gewußt, wohin damit. Während eine Person vollständig abgeschirmt am Bildschirm hätte arbeiten müssen, hätte die andere den Publikumsverkehr abwickeln und gleichzeitig das Telefon bedienen müssen. Dann die Gesundheitsrisiken: Augen-, Nacken-, Rückenschmerzen, Übermüdung, Hautschäden. Das haben wir geltend gemacht und auch, daß bei der taz die Leute an den Geräten die von den Gewerkschaften zugelassene Arbeitszeit am Bildschirm überschritten. Da gab's keine Pause, da wurde durchgeackert. Der Druck zur Selbstausbeutung stieg, ohne die Notwendigkeit eines Betriebsrats in einem kleinen Betrieb."

EDV – nein danke! Sollte die Arbeit tatsächlich zunehmen, dann plädierte Mona für die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle.

Go stop run

Wenn Männer Computerbücher für Frauen klauen

Jetzt ist das Buch weg. Einfach verschwunden. Andreas hat es gelesen. Josef muß es unbedingt noch einmal haben. Bernhard steht auf der Warteliste.

Das Buch hat alle Chancen, zum Renner der Redaktion zu werden. Also habe ich es ihnen weggenommen und noch einmal darin geblättert, um dann aufzuschreiben, warum es ein Buch ist, daß frau allen in die Hand drücken kann, die dem Begriff Computer bisher ehrfurchtsvoll begegnet sind, weil angeblich nur Kinder und Informatiker damit wirklich etwas anfangen können. Frau? Na klar. „Go Stop Run" ist das „Frauen Computerbuch" aus dem Berliner Orlanda Frauenverlag, geschrieben von der Amerikanerin Deborah L. Brecher, mit dem jedeR etwas anfangen kann, der schon einmal ein Schokoladenkuchenrezept erfolgreich gelesen und umgesetzt hat.

Die Autorin geht davon aus, daß es unterschiedliche Lernstile gibt. Man kann regelorientiert lernen, das heißt, Schüler folgen Regeln ohne deren Herkunft, Logik usw. zu verstehen. Das Verständnis ergibt sich aus der Erfahrung bzw. aus Versuch und Irrtum – bzw. Erfolg. Es ist aber auch möglich, ganzheitlich zu lernen, also vom allgemeinen Verständnis einer Sache zu einzelnen Regeln zu gelangen. Schon mal gesehen, wie Neulinge mit Computern umgehen? Mann drückt auf die Tasten und wartet ab, was passiert. Frau wartet auf Anweisungen. Wir haben vor fünf Monaten bei uns feststellen können, daß das stimmt. Und daß es ein Unterschied ist, ob ich jemandem vorführe, auf welche Tasten er drücken muß oder ihm erkläre, warum er das tun soll. Mit diesem Buch begreift Mann/Frau zwangsläufig, wie ein Computer funktioniert – nicht, wie er bedient wird.

Leute, die Computerkurse besuchen, sind frustriert, wenn sie solange Fachausdrücke hören, die ihnen praktisch unbekannt sind, bis sie dem Kurs nicht mehr folgen können. In diesem Buch wird kein technischer Begriff verwendet, bevor er nicht erklärt wurde. Fachbegriffe werden analog zu Dingen eingeführt, die mensch kennt – bis zu der Erkenntnis, daß es sich beim Computer nicht um ein hochkompliziertes technisches Gerät handelt (wie sollten es Zwölfjährige dann auch beherrschen?) sondern nur um eine Mehrzweckmaschine, die lediglich zwei Dinge kann: addieren und vergleichen. Damit ist sie nicht komplizierter als ein Heizungsthermostat. Egal mit welchem Programm oder Rezept mensch arbeitet, ob es darum geht, Texte zu verarbeiten, Bücher zu führen, Grafiken anzufertigen, ob jemand wissen will, was für einen Computer er/sie braucht, falls sie einen braucht – alle Fragen werden so einfach beantwortet, daß es eigentlich eine Gemeinheit ist, daß dieses Buch erst 1988 aus dem Amerikanischen übersetzt worden ist.

Gisela Duddée

Go Stop Run hat 260 Seiten, ist gebunden und kostet 44 DM. (Orlanda Verlag)
(aus Hamburger Rundschau, 2. März 1989)

Beilage NRW

Forschungsergebnisse

Neue Ergebnisse aus dem Selbstverwaltungsbereich liegen vor. Die „Forschungsgruppe selbstverwaltete Betriebe in NRW“ an der Universität- Gesamthochschule Wuppertal hat untersucht, wie es um die alternative Ökonomie in Nordrhein- Westfalen bestellt ist. Auftraggeberin war die Gemeinnützige Landesberatungsgesellschaft zur Information und Beratung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen.

Wolfgang Helmstädter

Die Bestandsaufnahme „Selbstverwaltete Betriebe in NRW 1988“ ist nach der von 1984 die zweite Untersuchung, die versucht, für Gesamt-NRW die Anzahl und Verteilung selbstverwalteter Betriebe zu bestimmen. Für die Regionen Ostwestfalen und Köln/Bonn/Achen liegen regionale Bestandsaufnahmen vor, die jedoch noch nicht veröffentlicht sind.

Neben der Forschungsgruppe an der Universität-Gesamthochschule Wuppertal waren die „Forschungs- und Beratungsgruppe örtliche Beschäftigungsinitiativen“ des Bonner Instituts für Demokratieforschung und das „Netzwerk Selbsthilfe Ostwestfalen“ beteiligt. So konnte ein direkter Kontakt zu den in selbstverwalteten Betrieben arbeitenden Personen hergestellt werden und die berechtigte Skepsis gegenüber statistischen Erhebungen gemildert werden.

514 selbstverwaltete Betriebe

Insgesamt wurden 1300 Betriebe angeschrieben. Nach zweimaliger Versendung des Fragebogens und telefonischer Nachfrage sind 514 selbstverwaltete Betriebe in NRW gezählt worden. Es kann davon ausgegangen werden, daß es insgesamt ca. 550-560 Betriebe gibt. Das sind solche Betriebe, die eine eindeutige Markt- und Erwerbsorientierung aufweisen und in denen außerdem die Entscheidungsstrukturen und Eigentumsverhältnisse nach demokratischen Prinzipien gestaltet sind. Etwa die Hälfte der Betriebe wurde 1984 und später gegründet. Durchschnittlich sind die selbstverwalteten Betriebe zum jetzigen Zeitpunkt rund 5 Jahre alt.

Die Vorläuferstudie von 1984 zählte auch Sozial- und Kulturprojekte, die nicht diese eindeutige Marktorientierung aufwiesen . Deswegen ist ein Vergleich der Ergebnisse beider Untersuchungen nur bedingt zulässig.

Zunächst läßt sich feststellen, daß dreiviertel der Betriebe in zwei Hauptbranchen angesiedelt sind. Im Handel sind es 192 und in der Dienstleistung 195. Die Anzahl der Betriebe, die im Produktionssektor arbeiten, beträgt 98 (19%). 13 Betriebe sind in der Landwirtschaft tätig, 11 im Transport und Verkehr und nur 5 in der Reparatur. Aber die Verteilung wird noch aussagekräftiger, wenn die Einzelbranchen hinzugezogen werden. Danach befinden sich 50% aller Betriebe in nur 7 von 50 Wirtschaftsgruppen. Die gängigen Selbstverwaltungsbetriebe sind: Naturkostläden (87), Buchläden (40), Schreinereien (32), Kneipen etc. (30), Druckereien (27), Bildungswerke (22), Fahrradläden (21).

Zuwachs gekoppelt mit Qualifikation

Obwohl Aussagen über die Entwicklung der letzten 4 Jahre vorsichtig getroffen werden müssen, sind einige Branchen zu erkennen, in denen sich die Zahl der Betriebe erhöht hat. Es gibt z.B. mehr Schreinereien, Vollkornbäckereien, Fahrradläden oder Betriebe, die in der Beratung tätig sind. Die Betriebe, die stärkere Zuwächse aufweisen, haben zwei Gemeinsamkeiten: Zum einen erfordern die Tätigkeiten dort eine bestimmte handwerkliche oder technische Qualifikation. Zum anderen haben die Betriebe meist eine ausgeprägte ökologische und sozialverträgliche Stoßrichtung.

Stark vermindert haben sich die Wirtschaftsgruppen Reparatur, Buchläden, Medien, Kneipen etc., Musik/Theater/Tanz, sozialpädagogische Projekte. Ein Grund für die Verminderung liegt zunächst im Untersuchungsansatz. Viele Projekte wurden nicht mitgezählt, weil sie fast vollständig auf öffentliche Zuschüsse angewiesen sind. Darüber hinaus wird in der Studie die Auffassung vertreten, daß der relativ niedrige Qualifikationsgrad in einem Teil dieser Branchen die Selbstverwaltung erschwert. Die Gefahr, daß mit der Zeit Hierarchien entstehen, der Betrieb geschlossen wird oder als normaler „Chefbetrieb“ weiterlebt, wird dort als besonders groß eingeschätzt. Für den Selbstverwaltungsbereich heißt dies zugespitzt, daß die Erfahrungen der letzten Jahre den Schluß nahelegen, daß in einigen Wirtschaftsgruppen Neugründungen überwiegend zur Kurzlebigkeit verurteilt sind.

Marktorientierung

Die meisten Betriebe (435) erwirtschaften ihre Einnahmen ausschließlich über den Markt. In der Landwirtschaft, Reparatur und im Transport und Verkehr sind das alle Betriebe. Im Handel sind 96% und in der Produktion 88% von öffentlichen Zuschüssen unabhängig. Nur in der Dienstleistung gibt es mehrere Betriebe, die auf öffentliche Betriebs- oder Personalkostenzuschüsse angewiesen sind. Dazu zählen insbesondere Bildungswerke und Kommunikationszentren, die oft sogar vollgefördert werden. Diese Betriebe, die häufig öffentliche Aufgaben erledigen, haben die Marktorientierung oft deshalb entwickelt, da die notwendigen staatlichen Fördermittel nicht ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Die meisten Betriebe, die einen gewissen Anteil an öffentlicher Unterstützung erhalten, sind eingetragene Vereine.

4757 MitarbeiterInnen in den 514 Betrieben

In den selbstverwalteten Betrieben in NRW arbeiten insgesamt 4757 Personen. Durchschnittlich sind das ca. 9 Personen pro Betrieb. Die Gesamtzahl der arbeitenden Personen verteilt sich auf 2478 MitarbeiterInnen, die mehr als 18 Stunden in der Woche arbeiten und 2279 MitarbeiterInnen, die weniger als 18 Stunden arbeiten.

Auf die Dienstleistungsbranche entfallen die meisten Beschäftigten. Insbesondere die Kommunikationszentren und Bildungswerke schlagen dabei zu Buche. Nimmt man die Gastronomie noch dazu, ist jedoch festzustellen, daß in diesen drei Branchen 63% der geringfügig Beschäftigten arbeiten.

Demgegenüber fällt auf, daß in allen Branchen der Produktion der Anteil der MitarbeiterInnen, die unter 18 Stunden arbeiten, sehr gering ist.

Frauen in den Betrieben

Von den 4757 Personen, die in den 514 Betrieben arbeiten, sind 2330 Frauen. Das entspricht einer Quote von 49%. Somit ist der Frauenanteil in selbstverwalteten Betrieben höher als der Anteil in der gesamten Erwerbsbevölkerung (39%). Doch ist dieser Anteil auf die große Zahl von Frauen zurückzuführen, die weniger als 18 Stunden arbeiten. Wenn auch die Benachteiligung von Frauen in selbstverwalteten Betrieben nicht so stark ausgeprägt ist, wie im privatwirtschaftlichen Bereich, so schlagen doch auch hier die Bedingungen einer patriarchalisch geprägten gesellschaftlichen Arbeitsteilung durch.

Lebensunterhalt

In der Untersuchung wurde nach der Lebensunterhaltssicherung für die MitarbeiterInnen gefragt, die mehr als 18 Stunden in der Woche im Betrieb arbeiten. Dabei wurde bewußt darauf verzichtet, Einkommensuntergrenzen vorzugeben. Die Einschätzungen, welcher Lohn und sonstige betriebliche Leistungen für den Lebensunterhalt ausreichen, gehen zu weit auseinander. Ungefähr die Hälfte aller Betriebe sichert für alle MitarbeiterInnen den vollen Lebensunterhalt. 16,5% sichern dies gegenwärtig für kein/e MitarbeiterIn, streben dies aber an. Die restlichen 151 Betriebe erreichen für einen Teil der Personen dieses Ziel. Insbesondere Betriebe in der Produktion erwirtschaften meist genügend hohe Löhne, bei den Druckereien sind es 92%. Im Handel und der Dienstleistung ist das Bild nicht so einheitlich. Im Handel tragen die Buchläden am wenigsten zur Lebensunterhaltssicherung bei; nur 39% können dies für alle Mitarbeitenden. Hingegen sichern 13 von 21 Fahrradläden für alle Mitglieder die Reproduktion. Insgesamt können im Handel 23% und in der Dienstleistung 17% den Lebensunterhalt für keine/n MitarbeiterIn sichern.

Großstädtisches Phänomen

Die Untersuchung wurde in 8 Erhebungsregionen gegliedert. Die Ergebnisse zeigen, daß der Unterschied zwischen eher ländlichen und städtischen Regionen nicht so bedeutend ist. Statt dessen wurde festgestellt, daß alternativ-ökonomische Betriebe ein großstädtisches Phänomen sind. 80% der Betriebe befinden sich in Städten mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen, obwohl dort nur 45% der Gesamtbevölkerung wohnen. Die Oberzentren Aachen, Bonn, Bielefeld, Köln, Münster und Wuppertal mit zusammen knapp 18% der Bevölkerung NRW's sind Standorte von 48% der selbstverwalteten Betriebe von NRW. In den Städten Aachen, Bonn und Köln sind es allein 154 Betriebe. Auch in den ländlichen Regionen konzentrieren sich die Betriebe auf die größeren Städte. Die Ausbreitung selbstverwalteter Betriebe hängt im wesentlichen mit den neuen sozialen Bewegungen vor Ort zusammen. Gemeinsames Merkmal der selbstverwaltungsaktiven Oberzentren ist die Existenz einer alternativen Zeitung. Vielfach gibt es dort BetriebsberaterInnen, die selbstverwaltete Betriebe gezielt beraten können.

Demokratie in den Betrieben

Alle Betriebe, die in die Untersuchung aufgenommen wurden, haben regelmäßige Treffen aller ständigen MitarbeiterInnen. Die Plena sind meist mindestens alle 2 Wochen oder zumindest einmal im Monat. Zudem ist herausgekommen, daß in über 70% der Betriebe alle wichtigen Entscheidungen von allen MitarbeiterInnen getroffen werden. In den anderen selbstverwalteten Betrieben gibt es darüber hinaus nach eigener Angabe Abstufungen. So kann es sein, daß diejenigen, die finanzielle Risiken tragen, bei relevanten Entscheidungen mehr Entscheidungsbefugnis besitzen. Auch unterschiedliche Betriebszugehörigkeiten oder verschiedene formale Qualifikationen können dazu führen, daß die Entscheidungen nicht vollkommen gleichberechtigt getroffen werden. Außerdem weisen die Ergebnisse darauf hin, daß die „volldemokratischen“ Betriebe in der Regel kleiner sind.

In der betriebsinternen (demokratischen) Organisation und der fachlichen und persönlichen Qualifizierung liegen wichtige Ansatzpunkte, die Form des demokratischen Wirtschaftens weiterzuentwickeln.

Bei der G.I.B. erscheint eine Langfassung im Sommer; Vorbestellungen an Udo Schramm, c/o Muta, Huckarder Str. 12, 4600 Dortmund – ca. 25,– DM

Inhalt

Wolfgang Beywl

Diese Sonderbeilage der CONTRASTE basiert auf der Bestandsaufnahme selbstverwalteter Betriebe in Nordrhein-Westfalen. Einige Ergebnisse dieser empirischen Untersuchung sind in der Beilage dokumentiert. Mit der Veröffentlichung der Adressen soll die Kontaktaufnahme zu und zwischen selbstverwalteten Betrieben erleichtert werden.

In dieses Adressenverzeichnis sind abweichend von den halbjährlichen „Bunten Seiten“ der CONTRASTE ausschließlich solche Betriebe aufgenommen, die folgenden Merkmalen entsprechen:

a) sie sind **marktorientiert**, d.h. sie erzielen ihre Einnahmen ganz oder zum großen Teil durch Verkäufe von Gütern-/Dienstleistungen.
b) sie sind **erwerbsorientiert**, d.h. sie sichern den Lebensunterhalt für ihre MitarbeiterInnen (oder streben dies zumindest an).
c) in ihnen arbeiten regelmäßig **drei oder mehr Personen**.
d) die wichtigen Entscheidungen werden **gemeinsam von allen** regelmäßig Mitarbeitenden getroffen.

Diese demokratischen, markt- und erwerbsorientierten Gruppenunternehmen sind nur ein Teil der selbstorganisierten Projekte und Betriebe, Beschäftigungsinitiativen, EinzelunternehmerInnnen... der Szene , von denen es einige tausend gibt. Dieser Ausschnitt ist durch die Bestandsaufnahme der Wuppertaler Forschungsgruppe relativ vollständig erhoben worden. Von den ca. 560 in NRW existierenden Selbstverwaltungsbetrieben haben sich ca. 300 bereiterklärt, ihre Adresse in der CONTRASTE veröffentlichen zu lassen.

Darüber hinaus werden ca. 40 Adressen von **Vernetzungseinrichtungen** aufgeführt, die z.T. über den Selbstverwaltungsbereich hinausgehen und als AnsprechpartnerInnen dienen können. Diese sind zur besseren Übersicht nach den drei Rubriken „Finanzierung“, „Beratung“ und „Kooperation“ geordnet.

Die **Adressen der Betriebe** sind nach Branchen geordnet, um Branchenvernetzungen zu erleichtern. Die Branchengliederung umfaßt vier Hauptbranchen: „Landwirtschaft“, „Produktion“, „Handel“ und „Dienstleistung“. Mit Ausnahme der „Landwirtschaft“ sind diese in häufig vorkommende Wirtschaftsgruppen unterteilt. Die Betriebe, die nicht in die Gliederung paßten, sind als „Sonstige“ zugeordnet worden.
Wegen ihrer „Einzigartigkeit“ seien zwei Betriebe besonders hervorgehoben: Unter den „Transporten“ ist die Kfz- Werkstatt „Zündfunke“ zu finden. Die einzige in NRW. Ebenfalls in Duisburg ist der Friseursalon „Kahlschlag“ angesiedelt, der unter den „sonstigen Dienstleistungen“ aufgeführt ist.

Die **Übersichtskarte von NRW** soll helfen, die Betriebe in den Regionen schneller aufzufinden: Darauf sind alle Orte mit Punkten markiert, in denen selbstverwaltete Betriebe angesiedelt sind. Mit Hilfe der Postleitzahlen-Tabelle kann herausgefunden werden, welche Wirtschaftsgruppen in der Region vertreten sind. Die einzelnen Betriebe mit Anschriften finden sich dann im Adressenverzeichnis.

Es ist derzeit noch nicht entschieden, ob und wann dieses Verzeichnis in neuer Auflage erscheint. Falls Selbstverwaltungsbetriebe neu in ein späteres Verzeichnis aufgenommen werden wollen, oder falls sich bei bereits abgedruckten Adressen Veränderungen ergeben, kann dies durch Ausfüllen und Zusenden des Coupons auf der nächsten Seite mitgeteilt werden.

Register

1 Landwirtschaft

2 Produktion
20 Bäckereien
21 Druck/Satz/Grafik
22 Schreinereien
23 Bau/Elektro
24 sonstige Produktion

3 Handel
30 Baubedarf
31 Buchläden
32 Fahrradläden
33 Naturkosthandel
34 Spielw./Kunsthandw.
35 sonstiger Handel

4 Dienstleistung
40 Beratung
41 Bildungswerke
42 Kneipen, Restaurants
43 Kultur & Kommunikation
44 Medien
45 Reisen
46 Soziales
47 Tagungshäuser
48 Transporte
49 sonstige Dienstleistungen

Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen

Red. Bonn Die Wirtschaftsförderung für Selbstverwaltungsbetriebe in NRW läuft unter der Überschrift „Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen". Sie geht einerseits zurück auf die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Diskussion auf EG- Ebene, zum anderen auf die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Anstöße der alternativen Ökonomie und der neuen sozialen Bewegungen. Die Förderlandschaft in NRW weist inzwischen mehrere Vorgehensweisen und Instrumente auf. Eine Einführung in dieses sich weiterentwickelnde System und die Nennung der wichtigsten Anlaufstellen soll interessierten Projekten und Betrieben die Orientierung erleichtern.

Die landesspezifische Wirtschaftsförderung für selbstverwaltete Betriebe in NRW, die sich zusammensetzt aus
- finanziellen Hilfen,
- Beratung,
- Fort- und Weiterbildung

muß im Zusammenhang gesehen werden mit der „Entdeckung" der örtlichen Beschäftigungsinitiativen Anfang der 80- er Jahre auf EG-Ebene. Dort wurden Initiativen, die von Arbeitslosigkeit betroffene oder bedrohte Personen einbeziehen und die sich an lokalen Ressourcen und Bedarfen orientieren, als förderungswürdig anerkannt. Hinter der Wortneuschöpfung „Örtliche Beschäftigungsinitiative" verbergen sich verschiedene gesellschaftspolitische Entwicklungslinien: die Herausbildung eines alternativökonomischen Sektors ebenso wie die Verbreitung und Differenzierung von Beschäftigungsprojekten und Selbsthilfeinitiativen.

In dem Maße, wie Arbeitslose in diesen Projekten eine Perspektive suchten und z.T. auch fanden, entstand ein verstärktes Interesse nach öffentlicher Anerkennung und finanzieller Förderung dieser Ansätze. Mitte der 80-er Jahre nahm in Anlehnung an die europaweite Orientierung die Unterstützung unkonventioneller Betriebe und regionaler Ansätze zur Beschäftigungsförderung in NRW Gestalt an. Unter diese Kategorie fallen u.a.:
- Selbstverwaltete Betriebe
- Neue Produktiv- und Konsumgenossenschaften
- Unternehmen, die von Arbeitslosen als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit gegründet werden
- Frauenbetriebe

Dies sind vor allem Unternehmensformen, die in der traditionellen Wirtschaftsförderung benachteiligt oder strukturell ausgeschlossen werden.

In NRW existieren z.Zt. ca. 550 selbstverwaltete Betriebe mit ca. 5.000 Beschäftigten, ca. 400-450 neuartige Existenzgründungen mit ca. 1.500-2.000 Beschäftigten (deren Produkte und Dienstleistungen zwar sozial und ökologisch orientiert sind, bei denen Selbstverwaltung jedoch kein explizites Strukturelement ist und 1.800- 2.000 öffentlich finanzierte Beschäftigungsinitiativen, die mit Arbeitslosen in verschiedenen Qualifizierungs- und Beschäftigungssektoren tätig sind.

Das Land NRW startete 1986 eine Reihe von Wirschaftsförderungsmaßnahmen für örtliche Beschäftigungsinitiativen. Die nordrhein-westfälische Förderungskonzeption umfaßt für den erwerbswirtschaftlichen Teil der örtlichen Beschäftigungsinitiativen folgende Schwerpunkte:
- verbilligte öffentliche Kredite für Existenzgründung und -aufbau, incl. öffentlicher Bürgschaften
- Beratungsförderung
- Fort- und Weiterbildung

Die o.a. Zahlen verdeutlichen, daß die verkürzte Prognose von Mitte der 80er Jahre, eine Ausbreitung alternativ-ökonomischer Projekte werde spürbare Arbeitsmarkteffekte mit sich bringen, der Realität nicht standhielt. Die im Folgenden skizzierten Förderungsmaßnahmen orientieren sich in erster Linie an einer -völlig zu Recht- geforderten Gleichbehandlung mit den traditionellen Wirtschaftsbetrieben. Probleme in selbstverwalteten Betrieben, die auch die NRW-Studie von Wolfgang Beywl u.a. verdeutlicht, wie z.B. die Notwendigkeit fundierter handwerklicher und technischer Qualifikationen, die Gleichstellung von Frauen hinsichtlich der Tätigkeitsbereiche und Lebensunterhaltssicherung sowie die Auseinandersetzung mit Fragen der sozialen Absicherung und der tariflichen Entlohnung, werden durch die landesspezifischen Förderungsmaßnahmen nicht gelöst. Nur über eine langfristige ökonomische Konsolidierung können Selbstverwaltungsstrukturen und damit auch die innovative Ausstrahlungskraft der Betriebe gefestigt werden. Aspekte der Weiterbildung und der Optimierung der Wirtschaftlichkeit stehen dabei im Mittelpunkt.

Landeskreditprogramm für örtliche Beschäftigungsinitiativen (LKB)

Das LKB wurde in Anlehnung an das hauptsächlich auf den Mittelstand ausgerichtete „Beschäftigungsorientierte Förderprogramm" (BFP) entwickelt, um solchen Personen zu helfen, die aufgrund fehlender Perspektiven in ihrem ursprünglich angestrebten Beruf eine Betriebsgründung anstreben. Damit steht ein Kreditprogramm zur Verfügung, das für das gesamte Spektrum der erwerbswirtschaftlichen Beschäftigungsinitiativen, insbesondere für selbstverwaltete Betriebe und Genossenschaften genutzt werden kann.

Das LKB zielt nicht, wie oft von der gewerblichen Wirtschaft kritisiert, auf eine Sonderstellung von selbstverwalteten Betrieben ab, sondern auf deren Gleichstellung mit traditionellen Existenzgründern. Das Programm eröffnet nämlich Konditionen, wie sie durch die Kombination der traditionellen Programme vor allem der Eigenkapitalhilfe des Bundes, der ERP-Existenzgründungshilfe und des o.g. BFP, für die traditionelle Wirtschaft bereits üblich sind.

Da Unterkapitalisierung ein spezielles Problem selbstverwalteter Betriebe ist, können diese mit Hilfe des LKB Investitionen im Rahmen von Existenzgründung oder -festigung bis zu 85 % finanzieren. Die Zinsen betragen 5,75 %, in den Arbeitsmarktregionen Duisburg/Oberhausen, Dortmund und Bochum 3,25 %. Die Laufzeit der Kredite beträgt 12 Jahre, von denen die ersten zwei Jahre tilgungsfrei sind.

Förderbar sind u.a. der Grunderwerb, bauliche Investitionen, der Erwerb von selbstgenutzten Gebäuden, die Anschaffung notwendiger Maschinen, Einrichtungen und eines ersten Material- und Warenlagers sowie ein Teil des ersten Bedarfs an Betriebsmitteln. Nicht förderbar sind u.a. Ersatzbeschaffungen, Mehrwertsteuer, Umschuldungen.

Seit Februar 1989 ist auch die Förderung von Einzelpersonen möglich.

Das Landeskreditprogramm wird über die Hausbank beantragt und abgewickelt. Flankierend zu den zinzgünstigen Darlehen ist im LKB eine Haftungsfreistellung vorgesehen, die den gleichen Zweck wie die Bürgschaft einer Kreditgarantiegemeinschaft bei traditionellen Existenzgründern erfüllt. Damit wird die Hergabe von Krediten durch die Banken in den Fällen ermöglicht, in denen ausreichende Sicherheiten fehlen. Soweit bankübliche Sicherheiten vorhanden sind, wird die Haftungsfreistellung nicht gewährt. Weitere Informationen zum LKB können bei der G.I.B. angefordert werden.

Das Gesamtvolumen des Programms lag für 1988 bei 3 Mio DM bei ca. 30 Förderfällen.

Modellförderung des MWMT für Übergangsprojekte

Mit einer Anteilsfinanzierung von max. 50 % der Kosten über einen Zeitraum von 2 Jahren soll hier gezielt für markt- und tragfähige erwerbswirtschaftliche Projekte, die etwas Neues und Exemplarisches umsetzen wollen, ein Landeszuschuß für die Start und Anlaufphase gegeben werden. Gefördert werden in diesem Programm Zuschüsse zu Personalkosten, Investitionen, Stoffen und Sachleistungen. Ähnlich wie beim LKB ist die Modellförderung ein Versuch der „Gleichstellung", die es dem Projekt ermöglichen soll, nach einer Anlaufphase eine wirtschaftliche Tragfähigkeit zu erreichen, denn die innovativen Ziele der Initiativen stehen häufig im Gegensatz zur Notwendigkeit, bereits in der Anfangsphase wirtschaftlich tragfähig zu arbeiten.

Berücksichtigt wird dabei eine derartige Starthilfe besonders, wenn neben der wirtschaftlichen Tragfähigkeit z.B.
- die Integration benachteiligter Gruppen
- die Wiedereingliederung von Frauen
- die Verbindung erwerbswirtschaftlicher Tätigkeit mit betriebsinterner Weiterbildung

angestrebt wird. Dieses Programm des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hat ein Gesamtvolumen von 2 Mio DM und fördert z.Zt. 4 Projekte.

Neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik

Das Land NRW stellte 1988 insgesamt 1,3 Mio DM für modellhafte, neue und unkonventionelle Ansätze im erwerbswirtschaftlichen und öffentlich finanzierten Bereich zur Verfügung. Dadurch soll die modellhafte Erprobung von Einzelmaßnahmen z.B. in den Feldern:
- neue Produkte und Dienstleistungen
- Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung
- Koordination und Vernetzung

gefördert werden.

Zwar ist die finanzielle Einzelfallförderung im Rahmen der oben genannten Programme wichtig, es fehlt jedoch an einer gezielten Förderung sektorspezifischer Strategien. Im Bereich der Bio-Produkte z.B. müssten Institute, Forschungsgruppen usw. Strategien erarbeiten, wie in diesem vielversprechenden Sektor gewinnbringend gewirtschaftet werden kann. Die Entwicklung von zentralen Planungselementen und eine gezielte Datenauswertung muß das Ziel haben, geeignete Sektoren zu identifizieren und Formen vertikaler und horizontaler Kooperation zu entwickeln. Auch für den Bereich der Produktions- und Produktentwicklung, sowie hinsichtlich einer lebendigen und lukrativen Betriebsorganisation ist die sozial- und wirtschaftswissenschaftlich gestützte Ausarbeitung innovativer Konzepte erforderlich.

Beratungsförderung für Beschäftigungsinitiativen (BeFöBi)

Neben dem LKB als öffentlichem Investitionshilfeprogramm wird mit Mitteln des Landes und der EG die Beratung von Beschäftigungsinitiativen gefördert. Die Beratungsförderung bietet eine gute Möglichkeit, die Hilfe von UnternehmensberaterInnen in Anspruch zu nehmen, in dem sich jeder Betrieb eine/n Berater/in seiner Wahl suchen kann, wobei die Beratungskosten bezuschußt werden.

In den Stahlstandorten Duisburg/Oberhausen, Dortmund/Unna und Bochum wird die Beratungsförderung durch die örtlichen Wirtschaftsförderungsämter angeboten. Für die anderen Regionen in NRW ist die G.I.B. zuständig.

Für Existenzgründungen werden i.d. Regel vier Tagewerke bezuschußt, für Existenzaufbauberatungen können je nach Bedarf weitere Beratungen bezuschußt werden. Der öffentliche Zuschuß in den Stahlstandorten beträgt pro Tagewerk 600 DM, in den übrigen Regionen 450 DM.

Bezuschußt wird die Beratung und Begleitung von Projekten in Fragen der finanziellen Planung z.B. Kostenplanung, Umsatzplanung, Zuschußbedarf usw. und in organisatorischen Fragen z.B. Entscheidungsstrukturen, Rechtsformen, EDV-Einsatz, Öffentlichkeitsarbeit usw.

Die G.I.B. (Gesellschaft zur Information und Beratung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen)

Komplexere Beratungen werden auch von der Mitte 1989 gegründeten landeseigenen Beratungsgesellschaft G.I.B. durchgeführt. Die Entwicklung von adäquaten demokratischen und effektiven Organisationsmodellen für größere selbstverwaltete Betriebe hat sich in der letzten Zeit als ein Schwerpunkt des G.I.B.-Beratungsangebotes herausgestellt.

Die Beratung für selbstverwaltete Betriebe umfaßt u.a. konzeptionelle, arbeitsorganisatorische, wirtschaftliche und rechtliche Fragen. Dabei beginnt die Beratung der G.I.B. bereits im Stadium der Konkretisierung der Projektidee, der Mithilfe bei der Erstellung des konkreten Konzepts und der Planung der Gesamtfinanzierung. Im Vordergrund steht die Einbeziehung der Projektidee in Strategien zur sozialen und umweltverträglichen Gestaltung und der Unterstützung bei der Erprobung neuer Arbeitsfelder, Organisations- und Leistungsstrukturen. Die G.I.B.-BeraterInnen, die über einen betriebs- bzw. volkswirtschaftlichen Studienabschluß verfügen und die spezifischen Probleme selbstverwalteter Betriebe aus der eigenen Praxis kennen, helfen bei der Entwicklung der finanziellen Planung: der Kosten-, Umsatz-, Mindestumsatz und Investitionsplanung, der Kapitaldienste und der laufenden Kosten.

Neben dem Beratungsangebot informiert die G.I.B. über rechtliche Fragestellungen, Förderprogramme und Finanzierungsmöglichkeiten, empirische Untersuchungen und Statistiken, lokale und regionale Strukturdaten sowie die offizielle und „graue" Fachliteratur. Die G.I.B. bietet ein Fort- und Weiterbildungsangebot für Beschäftigungsinitiativen an, das z.B. in Richtung Projektmanagement und Existenzgründung qualifiziert.

Fort- und Weiterbildung

Das Fort- und Weiterbildungsangebot für selbstverwaltete Betriebe ist dezentral gewachsen und hat kontinuierlich zugenommen. Veranstaltungen werden sowohl von den Branchenzusammenschlüssen und selbstverwalteten Bildungseinrichtungen als auch von den Wirtschaftsförderungsämtern und der G.I.B. angeboten. Dort können auch die aktuellen Fort- und Weiterbildungsanbote angefordert werden.

Eine Gleichstellung mit den traditionellen Betrieben im Bereich der Wirtschaftsförderung ist u.a. auch deshalb erforderlich, da von selbstverwalteten und demokratischen Unternehmen eine kulturelle und ökonomische Innovationskraft ausgeht, die auf die gewerkschaftliche und gesellschaftspolitische Diskussion einwirkt. Dabei muß ebenfalls berücksichtigt werden, daß in diesem Bereich, so bescheiden sein arbeitspolitischer Effekt auch sein mag, der eigene Verdienst in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen und bei menschenwürdigen Arbeitsbedingungen erarbeitet wird und sich von daher qualitativ abhebt von einer staatlichen Alimentierung erzwungener Untätigkeit für eine zunehmende Anzahl von Menschen.

Nähere Informationen bei:
Gesellschaft zur Information und Beratung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen gGmbH
G.I.B.
Essener Straße 255-257
4250 Bottrop
Tel.(02041) 6 70 71

außerdem bei:
Wirtschaftsförderung der Stadt Bochum
Rathaus
Postfach 10 22 69 / 10 22 70
4650 Bochum

Wirtschaftsförderung der Stadt Dortmund
Ostwall 907
4600 Dortmund

Amt für Beteiligungen der Stadt Duisburg -AFAG-
Königstr. 63-65
4100 Duisburg 1

sowie beim:
Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation NRW
c/o Reinhard Vogel
Postfach 8234
4400 Münster
Tel. (0251) 6 77 60

Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation NRW
Kaiserstr. 21-23
4600 Dortmund 1

Literaturhinweise:

„Landeskreditprogramm für Beschäftigungsinitiativen", herausgegeben von der WestLB, zu beziehen bei Westdeutsche Landesbank, Girozentrale Düsseldorf Münster, Zentralbereich Landeskredite und Kreditaktionen, Herzogstr. 15, 4000 Düsseldorf, bzw. über die G.I.B. in Bottrop

Bottroper Dokumente 1/87: Dokumentation der Fachtagung „Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen im Ländervergleich", herausgegeben durch die G.I.B., Essener Straße 255-257, 4250 Bottrop, 1987, Schutzgebühr 7 DM

Bottroper Dokumente 5/88: „Selbstverwaltete Betriebe in Nordrhein-Westfalen - Ergebnisse einer empirischen Bestandsaufnahme von Wolfgang Beywl u.a., G.I.B., Bottrop 1988 (Hrsg.), Schutzgebühr 6 DM

G.I.B.-Reader: „Neue Wege und Modelle der Arbeitsmarktpolitik in NRW, G.I.B. (Hrsg.), Bottrop 1988, Schutzgebühr 6 DM

Antwortcoupon
an Forschungsgruppe SVB in NRW
Universität/GHS Wuppertal FB1
Gausstr. 20
5600 Wuppertal 1

O Neuaufnahme O Adressänderung

In das Verzeichnis selbstverwalteter Betriebe in Nordrhein-Westfalen

Name .....

Straße .....

PLZ, Ort .....

Branche .....

Datum .....

1 Landwirtschaft

M. Merholz
Römerstr. 84
4172 Straalen
☎ (02834) 86 12

Naturgarten Kollektiv
Buddenholz 14
4400 Münster
☎ (0251) 1 38 25

Bella Donna
(Gartenbau)
Düppelstr. 19
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 6 01 24

Naturwuchs
(Gartenbau)
August-Bebel-Str. 16-18
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 6 40 23

Gärtnerei Klenburg
Dorfstr. 89
4972 Löhne
☎ (05732) 7 28 48

Demeter-Gemüse- und Obstanbau
Waltraut Hoven
Steinkaulplatz 8-8a
5100 Aachen-Kornelimünster
☎ (02408) 31 55

Zeidlerhof
Auf der Rott 43
5305 Alfter
☎ (02222) 48 68

2 Produktion

20 Bäckereien

Vollkorn- Bäckerei Blockhaus
Kupferdreherstr. 152
4300 Essen
☎ (0201) 48 05 82

Schleifmühle
Eschenstr.14
4300 Essen 1
☎(0201) 25 32 67

Naturwurzel
Bäuminghausstr. 46
4300 Essen 12
☎ (0201) 31 45 45

Riesenbecker Steinofenbrote
c/o Reinhard Laukemper
Brumleystr.171
4446 Riesenbeck
☎ (05454) 78 30

Hutzel-Mühlenbäckerei
Hattinger Str. 188
4630 Bochum 1
☎ (0234) 45 05 90

Pustekuchen
Cafe & Vollkornbäckerei GmbH
Gehrenberg 18
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 17 81 86

Farina
Getreideprodukte GmbH
Engerstr. 102
4900 Herford
☎ (05221) 5 88 20/6 53 10

Biologische Mühlenbäckerei
Kornstube GmbH
Neusser Str. 319
5000 Köln 60
☎ (0221) 76 36 91

Biologische Mühlenbäckerei
Kornstube GmbH
Rheinstr. 207
5047 Wesseling-Urfeld
☎ (02236) 51 07

Bio-Vollkornbäckerei
Im Kappelleneck 5
5531 Kerpen
☎ (06593) 14 95

Lembas
Kollektive
Muehlenbaeckerei
Rödigerstr.122
5600 Wuppertal 2

„Es gaert voran"
Kollektive Frauen
Vollkorn Baeckerei
Am Diek 9
5600 Wuppertal 2
☎ (0202) 52 73 67

21 Druck/Satz/Grafik

Basisdruck
Springwall 4
4100 Duisburg
☎ (0203) 2 31 34

Stattwerke e.G.
Hilgerstr.8
4300 Essen 1
☎ (0201) 32 26 48/32 69 56

Gegendruck
(Satz)
Reuenberg 82
4300 Essen 11
☎ (0201) 69 00 14

Druckwerkstatt Hafen
Hafenweg 26a
4400 Münster
☎ (0251) 66 10 19/10

Zebra Druck GmbH
Dülmener Str. 25
4420 Coesfeld
☎ (02541) 8 22 02

Centrum
(Satz)
Schwanenwall 46
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 52 58 81

Montania-Druck
Lübecker Str. 28
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 52 10 39

Druckladen
Dorstener Str. 40
4630 Bochum 1
☎ (0234) 68 17 77

Druckerei EigenArt
Ringstr.38
4650 Gelsenkirchen
☎ (0209) 2 86 07

satzbau
Pütten & Co oHG
Weststr.95
4800 Bielefeld
☎ (0521) 13 07 97

Druckerei im Umweltzentrum
August-Bebel-Str. 16-18
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 6 39 32

Prima Print
Brüsseler Platz 22
5000 Köln 1
☎ (0221) 52 47 25

Druckbetrieb am Niehl
Merkenicher Str.99
5000 Köln 60
☎ (0221) 712 16 06

Klenkes Druck- und Verlag GmbH
Oranienstr. 9
5100 Aachen
☎ (0241) 50 77 66

Myhlstein Druck & Verlag
Höferstrasse
5240 Betzdorf
☎ (02741) 2 43 33

Umbruch
Graphische Weiterverarbeitung
Hofaue 51
5600 Wuppertal 1
☎ (0202) 44 67 33

Winddruckkollektiv
Siegtalstr. 20
5900 Siegen-Eiserfeld
☎ (0271) 35 57 02

22 Schreinereien

Bric + Brac
Pulverweg 33
4100 Duisburg
☎ (0203) 33 82 92

Holzmanufaktur GmbH
Tischlereikollektiv
Werkstaetten 78
4150 Krefeld
☎ (0251) 54 39 55

Tischlerei Kollektiv Legno
Krueserstr. 22
4150 Krefeld 29
☎ (02151) 73 52 60

Alinea-Möbeldesign
Gudulastr. 5
4300 Essen 1
☎ (0201) 77 35 99

Holzwerkstatt Werden
Hardenbergufer 62
4300 Essen 16
☎ (0201) 40 59 67

Holz und Form GmbH
Ibbenbürener Str.12
4542 Tecklenburg
☎ (05482) 2 27

Kreischsäge
Frauentischlerei
Bochum GmbH
Munscheider Str. 188
4630 Bochum 6
☎ (02327) 7 66 28

Arcuna-Holzwerkstatt
Ludwigstr. 18
4790 Paderborn
☎ (05251) 73 02 22

Holzbau und Planung „Biber" GmbH
Johanneswerkstr. 9
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 8 30 81

Pfiff
Luise-Hensel-Str. 74a
4830 Gütersloh 11
☎ (05209) 58 24

Holzwerk GbR
Bielefelder Str. 242
4837 Verl
☎ (05246) 85 18

„Die Tischlerei"
- Ein Betrieb der
Mülheimer Selbsthilfe
Berliner Strasse
5000 Köln
☎ (0221) 62 61 64

Engershauser Werkstatt GbR
Engershauser Str. 16a
4994 Pr. Oldendorf
☎ (05742) 51 51

Schreinerei und Restaurierwerkstatt Bayer-Kober GbR
Freiligrathstr. 10
5000 Köln 41
☎ (0221) 430 24 03

SELKET
Design & Schreinerei
Gleuelerstr. 68
5020 Frechen-Bachen
☎ (02234) 5 75 86

Glashaus GmbH
Alexanderstr. 69-71
5100 Aachen
☎ (0241) 2 32 27 o. 2 92 48

Holzcoop
Innenausbau
Messebau GmbH
Brabantstr. 73
5100 Aachen
☎ (0241) 50 49 38

ENKOSCH
Handwebgerätebau
Im Steckenborn 67
5107 Simmerath
☎ (02473) 35 06

Werkhof Witten
Ar.-Imhausen-Str. 25
5810 Witten
☎ (02302) 8 55 61

Formholzer Werkstatt
Vormholzer Str.22
5810 Witten 3
☎ (02302) 7 76 22

23 Bau/Elektro

Erdwerk GbR Lehmbau
Borsigstr. 30
4000 Düsseldorf
☎ (0211) 77 42 77

Stromer GmbH
Goldschmidtstr.33
4300 Essen 1
☎ (0201) 20 22 60

Muta GmbH
Huckarder Str.12
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 16 18 22

Plus-Minus Elektrobau Handwerkskollektiv Maler GmbH
Grisarstr. 8
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 83 09 77

Comuna-metall
Uhlandstr. 17
4900 Herford
☎ (05221) 5 55 51

Renova
Horather Str.135
5600 Wuppertal 1
☎ (0202) 77 13 82

Solent GmbH
Forststr.51
5650 Solingen 11

Siegel & Heinings GbR
Hasencleverweg 15
5840 Schwerte
☎ (02304) 4 43 73

J + J Elektrofirma
Nordstr. 7
5900 Siegen
☎ (0271) 5 47 95

Baubude
Dieter Riedel
Königswall 5
4950 Minden
☎ (0571) 8 48 54

Inco – Ingenieurkollektiv
Alexanderstr. 69-71
5100 Aachen
☎ (0241) 2 73 03

Kölner Energieladen
Kattowitzer Str.37
5000 Köln 80
☎ (0221) 69 76 78

Baufirma für ökologisches Bauen
Franz Arend
Senserbachweg 220
5100 Aachen
☎ (0241) 17 28 72

Alterna
Rastenweg 15
5300 Bonn 2
☎ (0228) 444 42 44

Pro Natura
Baubedarf und
Naturtextilien
Nordstr. 7
5900 Siegen
☎ (0271) 5 39 51

24 sonstige Produktion

Hemm-Baubetriebe
(Werkschule Konsum e.V.)
Hannibalstr.10
4100 Duisburg
☎ (0203) 58 18 64

Metallwerkstatt hib
Virnkamp 25
4400 Münster
☎ (0251) 32 54 24

Hella Christen Lucia Barth GbR
(Seidenfärberei)
Humboldtstr. 45
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 14 76 00

AMoK
Alternatives
Montagekollektiv
Auf dem Pfade 50
4630 Bochum
☎ (0234) 49 31 85/6

Der Töpferladen
August-Bebel-Str. 16-18
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 17 76 36

W. Souvignier GmbH
(Maschinenbau)
Trierer Str. 683
5100 Aachen
☎ (0241) 52 61 62

3 Handel

30 Baubedarf

Biohaus
Otto-Stadtler-Str. 23
4790 Paderborn
☎ (05251) 52 46

Bauladen GmbH
Hainteichstr. 18
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 89 27 83

31 Buchläden

BiBaBuZe
Buchhandlung
Aachenerstr. 1
4000 Düsseldorf
☎ (0211) 34 00 60

Kinderbuchladen
Birkenstr. 86
4000 Düsseldorf
☎ (0211) 67 88 25

Der andere Buchladen
z.H. A. Kurschat
Dionysiusstraße
4150 Krefeld
☎ (02151) 6 68 42

Rhinozeros
Bücher + Spiele
Viehofer Platz 1
4300 Essen 1
☎ (0201) 23 41 86

Büchergarten KG
Hahn und Robic
Auerstr. 8
4330 Mülheim
☎ (0208) 47 07 70

Buchladen Attatroll
Paulusstr.2/Herner Str.16
4350 Recklinghausen
☎ (02361) 1 70 02

Chrysalis
Frauenbuchladen
Dortmunderstr.11 HH
4400 Münster
☎ (0251) 66 58 49

Rosta – Buchladen
z.Hd. Katharina Frievert
Aegidiistr. 12
4400 Münster
☎ (0251) 4 49 26

Buchladen Pentagramm
Alexanderstr. 1
4600 Dortmund
☎ (0231) 14 01 47

Buchladen Litfass
Münsterstr.107
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 83 47 24

Kinderbuchladen Mafalda
Schillingstr. 36
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 13 60 81

Frauenbuchladen
Schmidtstr.12
4630 Bochum 1
☎ (0234) 68 31 94

Eulenspiegel Buchladen
Karo-Buchvertriebsges. mbH
Hagenbruchstr. 9
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 17 50 49

Provinzbuchladen GmbH
Hämelinger Str. 10
4900 Herford
☎ (05221) 5 87 65

Felix Fechenbach Kooperative
Reimund Neumann
Heidensche Str. 3a
4937 Lage
☎ (05232) 6 45 40

Lavendelschwert
– der schwule Buchladen
Bayardgasse 3
5000 Köln 1
☎ (0221) 23 26 26

Nora - Frauenbuchladen
Wolfstr. 30
5300 Bonn 1
☎ (0228) 65 47 67

Bücherladen
Hünefeldstr. 85
5600 Wuppertal 2
☎ (0202) 8 83 53

Quadrux
Lange Str. 21
5800 Hagen
☎ (02331) 33 40 58

32 Fahrradläden

Rad ab
Friedrichstr. 112
4000 Düsseldorf
☎ (0211) 33 66 61

Fahrradladen Radwerk
Oberstr. 42
4100 Duisburg 1
☎ (0203) 2 40 32

Rückenwind
Alte Linnerstr. 85
4150 Krefeld
☎ (02151) 2 42 19

Rudi Mach Ma
Lerchenstr. 17
4300 Essen
☎ (0201) 44 24 05

Tretopratze
Mechtildisstr.7 (Webermarkt)
4300 Essen
☎ (0201) 23 44 10

Frauenfahrradladen
Dortmunder Str.11
4400 Münster
☎ (0251) 66 57 61

Radius
Frie Vendt Str. 16
4400 Münster
☎ (0251) 5 61 70

Das Rad
Matthias Mühr u.a.
Stiftstr. 21
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 52 93 24

Fahrradladen
Herner Str. 125
4630 Bochum 1
☎ (0234) 58 28 26

Radhaus
Fahrrad
Bismarckstr.89
4650 Gelsenkirchen
☎ (0209) 81 76 32

Freilauf
August-Bebel-Str. 16-18
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 6 38 11

Powerslide
Goldbach 27
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 13 35 33

Radlager Nirala
Fahrradladen GmbH
Siebachstr. 57-59
5000 Köln 60
☎ (0221) 73 46 40

Flizz – Fahrradladen
Pontstr. 133
5100 Aachen
☎ (0241) 2 51 96

Stahlross
Loherstr. 5
5600 Wuppertal 2
☎ (0202) 8 88 11

Fahrradladen Fahrtwind
Spandauer Straße
5900 Siegen 1

33 Naturkosthandel

Kraut und Rüben
Brunnenstr. 9
4000 Düsseldorf
☎ (0211) 34 82 87

Ökokolonialwaren
Kirchfeldstr. 59-61
4000 Düsseldorf
☎ (0211) 34 32 42

Birkenbaum
z.H. Kaetzler/Bille
Birkenstr. 49
4000 Düsseldorf-Flingern
☎ (0211) 680 31 64

Lebenswurzel
Neustr. 6
4040 Neuss
☎ (02101) 2 35 35

Ökohaus Eicken
(Großhandel)
Eickenerstr. 193
4050 Mönchengladbach
☎ (02161) 18 37 17

Natürlich-Ökomarkt
R. Kiefer u. K. Schiffel
Wallstr. 15
4050 Mönchengladbach
☎ (02161) 2 23 87

Naturkostladen
z.Hd. L. Emerton
Lange Str. 67
4060 Viersen-Duelken
☎ (02162) 5 13 84

Kornkraft e.G.
(Großhandel)
Westpreussenstr. 32
4150 Krefeld 12 (Linn)
☎ (02151) 57 30 44/5/6

Grüner Zweig
Hartstr. 19
4170 Geldern
☎ (02831) 8 78 78

Lebensgarten
Vossstr. 28
4180 Goch
☎ (02823) 8 05 60

Der Laden
z.Hd. B. Jacobs
Herzogstr. 15
4190 Kleve
☎ (02821) 2 78 77

Bioladen Wildblüte
Sterkrader Str. 241
4220 Dinslaken
☎ (02134) 9 57 16

Lindenblatt
Naturwarenhandel GmbH
Weselstr. 4
4224 Hünxe
☎ (02858) 12 34

Grüne Welle
(Großhandel)
Empelerstr. 89
4242 Rees
☎ (02851) 10 07-9

Unsere Arche
Beckingsweg
4280 Borken
☎ (02861) 6 14 74

Keimling
Walter Schneider Platz 7
4320 Hattingen
☎ (02324) 5 35 35

Leos Laden
Leostr. 23
4600 Dortmund
☎ (0231) 77 94 39

Kornhaus
Neuer Graben 78
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 10 20 41

Löwenzahn-Naturkost
Hohe Luft/Brückstr.20-26
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 57 71 25

Cooperative Occitanien
Weinhandel GmbH
Zum Nubbental 14
4600 Dortmund 50
☎ (0231) 10 20 41

Ökowein
Wümmer/Bohle GbR
(Großhandel)
Zum Nubbental 14
4600 Dortmund 50
☎ (0231) 10 20 41

Arche
Oskar-Hoffmannstr.109
4630 Bochum 1
☎ (0234) 30 04 73/70 72 31

Unsere Erde
Gabelsberger Str.11
4650 Gelsenkirchen
☎ (0209) 20 06 50

Wurzelwerk e.G.
Friedrichstr. 9
4830 Gütersloh
☎ (05241) 1 46 28

Laubfrosch
Der Naturwaren-Laden
Feldstr.19
4830 Gütersloh 1
☎ (05241) 1 69 94

Kuckuck
Naturkostladen
Ringstr. 27
4835 Rietberg 2
☎ (05244) 36 99

Naturkostladen
Großer Wall 62
4840 Rheda-Wiedenbrück
☎ (05242) 4 60 08

Bioladen Soja
Helenenwallstr. 5a
5000 Köln 21
☎ (0221) 81 08 17

Wildblüte
Lindenstr. 2
5021 Würselen
☎ (02405) 2 12 55

Es schmeckt wieder
Pastoratsstr. 2
5040 Brühl
☎ (02232) 1 22 37

Einhorn
Bäckerei und Großhandel
Belenburgerstr. 50
5064 Rösrath
☎ (02205) 8 44 13

Gesund Leben
Sauerbruchstr. 112
5090 Leverkusen
☎ (0214) 7 49 00

Bioladen Flax
Ponstr. 137
5100 Aachen
☎ (0241) 3 46 10

Bioladen Flax
Schloßstr. 5
5100 Aachen
☎ (0241) 51 35 50

Bioladen Flax
Marktplatz 26
5100 Aachen

Bioladen Flax
Kapellenstr. 50
5100 Aachen
☎ (0241) 60 23 84

Fortsetzung auf Seite 16

Nordrhein-Westfalen

Eingezeichnet sind die Abgrenzungen der acht Untersuchungsgebiete in NRW. In allen Orten, die durch einen orangefarbenen Punkt gekennzeichnet sind, gibt es mindestens einen selbstverwalteten Betrieb.

PLZ	Ort	Branchennummern
4000	Düsseldorf	23 31 32 33 35 40 43
4040	Neuss	33
4050	Mönchengladbach	33
4060	Viersen	33
4100	Duisburg	21 22 24 32 42 45 48 49
4150	Krefeld	22 31 32 33 42 46
4152	Kempen	42
4170	Geldern	33
4172	Straelen	1
4180	Goch	33
4190	Kleve	33 41 43
4220	Dinslaken	33
4224	Hünxe	33
4240	Emmerich	41
4242	Rees	33
4280	Borken	33
4300	Essen	20 21 22 23 31 32 40 43 44
4320	Hattingen	33 35
4330	Mülheim	31
4350	Recklinghausen	31
4400	Münster	1 21 24 31 32 35 40 41 43 48
4420	Coesfeld	21 35
4446	Riesenbeck	20
4542	Tecklenburg	22
4600	Dortmund	21 23 24 31 32 33 40 41 42 43 44 45 49
4630	Bochum	20 21 22 24 31 32 33 40 41 45
4650	Gelsenkirchen	21 32 33
4690	Herne	35
4714	Selm	40
4790	Paderborn	22 30 34
4800	Bielefeld	1 20 21 22 24 30 31 32 42 44 46 47 48
4830	Gütersloh	22 33 44
4835	Rietberg	33
4837	Verl	22
4840	Rheda-Wiedenbrück	33
4900	Herford	20 23 31 43 49
4902	Bad Salzuflen	35 44
4920	Lemgo	45 46
4930	Detmold	34
4937	Lage	31
4950	Minden	
4972	Löhne	1
4973	Vlotho	42
4994	Pr. Oldendorf	22
5000	Köln	20 21 22 30 31 32 33 34 35 40 41 43 44 46 48
5020	Frechen-Bachen	22
5021	Würselen	33
5040	Brühl	33
5042	Erftstadt-Liblar	33
5047	Wesseling-Urfeld	20
5064	Rösrath	33
5090	Leverkusen	33
5100	Aachen	1 21 22 24 30 31 32 33 34 40 41 43 44 49
5107	Simmerath	22
5108	Monschau	41
5200	Siegburg	49
5205	St. Augustin	41
5231	Eichen	47
5240	Betzdorf	21
5300	Bonn	30 31 33 34 35 40 41 43 44 49
5305	Alfter	1
5358	Bad Münstereifel	47
5378	Blankenheim-Ahrdorf	47
5531	Kerpen	20
5600	Wuppertal	20 21 23 31 32 33 34 40 42 43 44
5650	Solingen	23 33 43
5760	Arnsberg	33 42
5778	Meschede	33
5800	Hagen	31 33 40 43
5810	Witten	22
5840	Schwerte	23
5860	Iserlohn	41
5900	Siegen	21 23 30 32 33 40
5910	Kreuztal	33

öko-markt
mute gmbh huckarder str. 12
46 dortmund 1 tel. 0231-16 18 22

UMWELTSCHUTZ
FÄNGT
IM HAUS AN
TAPETEN
FARBEN
LACKE
KORKPARKETT
LINOLEUM
REINIGUNGS-
MITTEL

Stärkt den Genossenschaftsgedanken

Ziel
des Vereins ist die praktische Neubelebung des Genossenschaftsgedankens.

Mitglied
können alle werden, die uns dabei mit Ideen, Tatkraft und/oder finanziell unterstützen wollen.

Service
erhalten unsere Mitglieder durch regelmäßige Zusendung der Zeitung CONTRASTE und des Mitglieder-Rundbriefes; sie können an Seminaren und Facharbeitskreisen teilnehmen. Vorzugspreise gibt es für unsere

Handbücher
Band 1: „Gründungshilfen für Neue Genossenschaften" und **Band 2:** „Leitfaden für gemeinschaftliche Wohnprojekte". Preis: Jeweils 12,– DM (10,– DM für Vereinsmitglieder). Darüber hinaus leistet die Verbundstelle des Vereins

Beratung
bei Konzipierung, Gründung, Aufbau und Stabilisierung Neuer Genossenschaften und genossenschaftsähnlicher Betriebe:

- Planung
- Organisationsentwicklung
- Kontakte zu Prüfungsverbänden
- Umwandlung in die genossenschaftliche Rechtsform
- Vermittlung von Beratern vor Ort.

Informationen
über den Verein und darüber, wie Sie Mitglied werden können, schicken wir Ihnen gerne zu.

Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
☎ (0228) 21 52 90

AUSSTELLUNGS BÖRSE
ANNOSTR. 27-33
D-5000 KÖLN 1
02 21/32 47 69

Die AUSSTELLUNGSBÖRSE ist eine Börse für Ausstellungen aus dem Bereich Stadtkultur und Stadtpolitik. Sie vermittelt zwischen Leuten, die Ausstellungen gemacht haben und Leuten, die gemachte Ausstellungen zeigen wollen oder können. Damit möglichst viele Leute möglichst viele interessante Ausstellungen sehen können. Jeder, der zu den Bereichen

- Städtische Selbsthilfe-Initiativen aller Art
- Geschichte und Kultur städtischer sozialer Bewegungen

Ausstellungen bereits erstellt hat und jeder, der Interesse hat, Ausstellungen zu diesem Thema zu zeigen, melde sich bitte bei uns.

Informationen und Seminarprogramm anfordern

selbstverwaltete
Tagungsstätte
direkt am Rhein

Estermannstr. 204
5300 Bonn 1
0228 – 67 46 63

Werkstatt für Demokratie und ÖFFentlichkeit

versiko
Versicherungsvermittlung

Finanzdienstleistungen und Versicherungen für Personen, Gruppen, Betriebe, Sachen, Projekte und vieles mehr.

Telefon
02 11 - 27 70 11

Versiko GmbH
Vennhauser Allee 245
4000 Düsseldorf 12

Betrieb in Selbstverwaltung

Außerdem wollen wir unsere Dienste Solidaritäts- und Dritte-Welt-Projekten anbieten:
– Wir beschaffen Werkzeug und Maschinen für Werkstätten in der Dritten Welt.
– Wir kümmern uns um den Transport.
– Wir haben bereits Erfahrungen mit Zimbabwe und Nicaragua.

Walter Souvignier GmbH
im Besitz der Belegschaft
Maschinelle Bearbeitung von Metallen und Kunststoffen
Handel mit Werkzeugen und Maschinen
Trierer Straße 683
Tel. 0241/526162
5100 Aachen

Fortsetzung von Seite 13

33 Naturkosthandel

Frankenberger Buchladen
der Cobra GmbH
Schloßstr. 12
5100 Aachen
☎ (0241) 54 10 79

Naturkostladen „Lindenblüte“
Kirchstr. 41
5100 Aachen-Forst
☎ (0241) 57 35 68

Bioladen Bonner Talweg
Bonner Talweg 180
5300 Bonn 1
☎ (0228) 21 51 46

Lebensbaum
Sophienstr. 18
5600 Wuppertal 1
☎ (0202) 30 72 11

Stilbruch
Wiesenstraße
5600 Wuppertal 1
☎ (0202) 493 82 75

Grüner Laden
Fingscheid 20
5600 Wuppertal 2

Naturkostladen Queerbeet
Huenefeldstraße
5600 Wuppertal 2

„Septemberweizen“
K.-Adenauer -Str. 5
5650 Solingen
☎ (0212) 20 79 86

„Regenbogen“
Helmut Bolle
Apothekerstr. 44
5760 Arnsberg 1
☎ (02932) 2 24 24

„Regenbogen“
Helmut Bolle
Gutenbergstr. 10
5778 Meschede
☎ (0291) 15 13

Wega-Naturprodukte
Lange Str. 32
5800 Hagen 1
☎ (02331) 33 02 45

Schwarzwurzel
Marburger Tor 35
5900 Siegen
☎ (0271) 5 25 04

Schwarzwurzel
Moltkestr. 22
5910 Kreuztal
☎ (02732) 2 19 15

34 Spielw./Kunsthandw.

Werkstatt im Hinterhof
Krämerstr. 5
4790 Paderborn
☎ (05251) 2 37 58

Tummetott
Spielzeug
Schülerstr. 33
4930 Detmold
☎ (05231) 2 30 70

Kölner Werkladen
Eifelwall 56
5000 Köln 1
☎ (0221) 41 98 84

Bilderwaren
Brabantstr. 46
5100 Aachen
☎ (0241) 50 35 39

Rapunzel
Weberstr. 109
5300 Bonn 1
☎ (0228) 22 97 98

Lindwurm
Friedrich Ebert Str.81
5600 Wuppertal 1

35 sonstiger Handel

Fabrikmaschinensommer
Kuthsweg 5
4000 Düsseldorf
☎ (0211) 229 19 87

Keimling -Großhandel
(Papier)
Walter-Schneider-Platz 7
4320 Hattingen
☎ (02324) 2 74 76

Arbeitslosen-Selbsthilfekreis Münster
Servatiiplatz 35
4400 Münster
☎ (0251) 5 76 66

König Wilhelm
(Autoteile)
Friedrich-Ebert-Str. 129
4400 Münster

Möbel/Trödel
Träg. Chance e.V.
Bohlweg 68 a
4400 Münster
☎ (0251) 4 22 02/3

Venceremos
(Umweltschutzpapier, 3.-Welt-Produkte)
Dülmener Str.25
4420 Coesfeld
☎ (02541) 8 16 84

Schau ins Land
Medien GmbH
Mozartstr.4
4690 Herne 2
☎ (02325) 79 78 00

Kas e.V
(Arbeitslosenzentrum)
Auf der Dannen 7
4902 Bad Salzuflen
☎ (05222) 2 05 46

Mülheimer Möbellager
Berliner Str. 77
5000 Köln
☎ (0221) 62 61 64

Ökozentrum
(u.a. Ökoliteratur)
Heerstr. 20a
5300 Bonn 1
☎ (0228) 69 22 20

4 Dienstleistung

40 Beratung

EDe Vaul
Kiefernstr. 1
4000 Düsseldorf
☎ (0211) 733 47 99

Versiko GmbH
Versicherungs-Vermittlung
Vennhauserallee 245
4000 Düsseldorf 12
☎ (0211) 27 70 11

Fairsicherungsladen
Rolf-Peter Sollmann
Alfredstr. 67 d
4300 Essen 1
☎ (0201) 78 07 97

Anwälte Engels, Nagel,Rothfahl
Altenessener Str. 445
4300 Essen 12
☎ (0201) 3 49 61

Energum GmbH
Hafenstr. 16a
4400 Münster
☎ (0251) 66 38 01

Fairsicherungsladen Jupp Wiechers
Schillerstr.56
4400 Münster
☎ (0251) 66 28 48

Gesellschaft für Strahlenmeßtechnik G.f.S. mbH
Goldstr. 60
4400 Münster
☎ (0251) 230 27 36

Ries, Riese & Co
(EDV)
Achtermannstr. 10-12
4400 Münster
☎ (0251) 5 53 43

architrav 99
(Architektur)
Breite Gasse 1
4400 Münster
☎ (0251) 51 13 78

Combi (EDV)
Huckarderstr.12
4600 Dortmund
☎ (0231) 14 93 29

Krisenfest
(Betriebsberatung)
Große Heimstr. 62
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 10 33 06

Plan-Lokal
(Architektur, Umweltplanung)
Bovermannstr.8
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 52 69 59

IMK Institut für Medien und Kommunikation
Friederikastr.111
4630 Bochum 1
☎ (0234) 33 64 24/33 64 77

Ingenieurbüro Radial
Alsenstr. 30
4630 Bochum 1
☎ (0234) 31 11 23

Projekt Gesundes Stadthaus
Kortumstr. 5
4630 Bochum 1
☎ (0234) 6 60 77

Sesam-Mikrocomputer GmbH
Industriestr. 40
4630 Bochum 7
☎ (0234) 2 81 51

Archplan
(Architektur)
Kreisstr.43
4714 Selm
☎ (02592) 59 59

Katalyse – Institut für angewandte Umweltforschung
Engelbertstr. 41
5000 Köln 1
☎ (0221) 23 31 97 o. 23 29 23

Arbeitsgemeinschaft Hydrogeologie & Umweltschutz
Bachstr. 62-64
5100 Aachen
☎ (0241) 50 93 64

Gesellschaft für Abfallwirtschaft u. biolog. Technik mbH
Bachstr. 22
5100 Aachen
☎ (0241) 53 24 03

Büro für ökologische Bau- und Umweltplanung
Brabantstr. 73
5100 Aachen
☎ (0241) 54 11 44

Wissenschaftsladen Bonn e.V.
Quantiusstr. 2
5300 Bonn 1
☎ (0228) 63 39 38

Olaf Steins
(Betriebsberatung)
Wortmannstr. 37
5600 Wuppertal 1

Rechtsanwaltsbüro Fuhrmann, Hohenstein, Theissen
Hochstr. 134
5800 Hagen
☎ (02331) 1 40 25

Projektberatung
Joachim Schmidt
Johanneshütte 7
5900 Siegen 1

41 Bildungswerke

Bildungswerk Bildung und Leben
(Tagungshaus)
Schloss Gnadenthal
4190 Kleve
☎ (02821) 2 90 80

Aktion Bildungshilfe
Alte Reeser Landstr. 51
4240 Emmerich
☎ (02822) 33 14

Projektwerkstatt
Achtermannstr. 10-12
4400 Münster
☎ (0251) 5 81 45

SOBI
Achtermannstr.10-12
4400 Münster
☎ (0251) 51 11 77

Werkstatt für Bildung und Kultur
Achtermannstr.10-12
4400 Münster
☎ (0251) 51 11 64

asb
Rothenburg 35
4400 Münster
☎ (0251) 5 12 48
Mo-Do 13-17 Uhr

Nachbarschaftshaus Wambel
Koerstr. 1
4600 Dortmund
☎ (0231) 51 36 45

Kommunikatives Bildungswerk e.V.
Lange Str. 79 a
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 14 31 23

Grüne Schule
Alte Hattinger Str. 22
4630 Bochum 1
☎ (0234) 3 70 01

Bürgerzentrum des Vereins für „Kultur u. Kommunikation“
Seidenbeutel 1
4950 Minden
☎ (0571) 2 39 39

Friedensbildungswerk Köln e.V.(FBK)
Roonstr. 71
5000 Köln 1
☎ (0221) 24 57 57

Verein zur Weiterbildung für Frauen e.V.
Venloerstr. 405-407
5000 Köln 39
☎ (0221) 54 21 39 o. 54 16 46

Bildungswerk für Friedensarbeit
Adalbertsteinweg 257
5100 Aachen
☎ (0241) 51 27 22

Bildungswerk Eiszeit
Am alten Garten 7
5108 Monschau
☎ (02472) 15 79

Öko-Bildungswerk
Friedhofstr. 2a
5205 St. Augustin
☎ (02241) 33 47 87

Bildungswerk für Friedensarbeit
Berliner Platz 33
5300 Bonn 1
☎ (0228) 63 41 42

Werkstatt Friedenserziehung
Sternenburgstr. 58
5300 Bonn 1
☎ (0228) 67 72 92

WDÖFF - Werkstatt f. Demokratie und Öffentlichkeit
(Tghs.)
Estermannstr. 204
5300 Bonn 1
☎ (0228) 67 46 63
siehe Anzeige

Frauenmuseum
Im Krausfeld 10
5300 Bonn 1
☎ (0228) 69 13 44

Je-Ka-Mi Bildungswerk
Im Wintergarten 10
5860 Iserlohn
☎ (02371) 2 92 77

42 Kneipen, Restaurants

Finkenkrug
Sternbuschweg 71/73
4100 Duisburg 1
☎ (0203) 37 32 00

Cafe Pic
Am Dyck 69
4100 Duisburg 18
☎ (0203) 49 51 49

Caprice
z.H. L. Kamper
Nordwall 124
4150 Krefeld

Kulturbahnhof Kempen e.V.
Bahnhofsplatz 7
4152 Kempen

Cabaret QUEUE
Hermannstr.74
4600 Dortmund
☎ (0231) 41 31 46

Checoolala
Heyden-Rynsch-Str. 2
4600 Dortmund
☎ (0231) 17 81 45

Bailar Cafe u.Tanzhaus
Schürufer Str.119
4600 Dortmund 30
☎ (0231) 45 60 39

Znüni
August-Bebel-Str. 16-18
4800 Bielefeld
☎ (0521) 6 38 16

Pappelkrug
Struck- Seeger GBR
Wertherstr. 311
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 10 31 28

Cafe Klatsch
Lange Str. 57
4973 Vlotho
☎ (05733) 51 79

Frauencafe
Am Broegel 1
5600 Wuppertal 2
☎ (0202) 8 77 07

Kassiopeia
Friedrich-Engels-Allee 184
5600 Wuppertal 2
☎ (0202) 8 83 66

Hagelstein GbR
Goethestr. 44
5760 Arnsberg 1
☎ (02932) 2 44 44

43 Kultur/Kommunikation

(wenn nicht anders angegeben: Zentrum)

Werkstatt e.V.
z.Hd. Christa
Boernestr. 10
4000 Düsseldorf
☎ (0211) 36 03 91

ZAKK Zentrum für Aktion Kultur u. Kommunikation
Fichtenstr. 40
4000 Düsseldorf
☎ (0211) 733 66 44

Laut und Lästig
(Musikgruppe)
Haus am Damm
4190 Kleve
☎ (02821) 96 14

Zeche Karl
Hömannstr.10
4300 Essen 12
☎ (0201) 35 79 22

Musikwerkstatt
Achtermannstr. 10-12
4400 Münster
☎ (0251) 4 37 36

Fletch Bizzel
(Theatergruppe)
Humboldtstr. 45
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 14 25 15/14 25 25

Verein für Sozial- und Kulturarbeit e.V
Eimterstr. 4
4900 Herford
☎ (05221) 8 25 22

Initiative Kölner Jazz Haus
Venloer Str.40
5000 Köln 1
☎ (0221) 51 60 39

Schulz
Schwulen-und Lesbenzentrum
Bismarckstr.17
5000 Köln 1
☎ (0221) 52 02 06

Werkstatt für Musik, Kunst, Tanz, Theater
Herwarthstr. 12
5000 Köln 1
☎ (0221) 51 64 00

Mobile
Kölner Bewegungstheater
Kieskaulerweg 161
5000 Köln 91
☎ (0221) 89 28 74

Kölner Spielewerkstatt e.V.
Wißmannstr. 38
5000 Köln 30
☎ (0221) 51 41 44

Frauen helfen Frauen e.V.
Horreskamp 56
5100 Aachen
☎ (0241) 3 59 17

Rockbüro Bonn
Verein Bonner Rockmusiker
Moltkestr. 41
5300 Bonn 1
☎ (0228) 35 16 38

Mind the Gap
Kim von Kothen
(Tanztheater)
Wesedonkstr. 11
5600 Wuppertal
☎ (0202) 59 75 98

Börse
Viehhofstr. 125
5600 Wuppertal 1

Ittertal GmbH
(Freizeitanlage)
Forststr.51
5650 Solingen 11
☎ (0212) 31 13 04

Kulturzentrum Pelmkeschule
Pelkestr. 14
5800 Hagen
☎ (02331) 33 69 67

44 Medien

Medienzentrum Ruhr
c/o Zeche Carl
Hömannstr. 10
4300 Essen 12
☎ (0201) 36 72 72

Roxy Kino GmbH
Münsterstr.95
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 81 63 79/82 27 38

Germinal-Verlag
Friederikastr.38
4630 Bochum 1
☎ (0234) 33 03 29

StadtBlatt Verlags-GmbH
Siechenmarschstr. 21
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 12 10 33/12 24 76

Bambi (Kino)
Postfach 1339
4830 Gütersloh 1
☎ (05241) 5 99 91

Leinwand Filmwelt
Asperstr. 1
4902 Bad Salzuflen 1
☎ (05222) 8 20 01

Frauenpress
Sachsenring 2-4
5000 Köln 1
☎ (0221) 31 40 33-34

Jugendfilmclub Köln e.V.
Medieninformationszentrum
Hansaring 82-86
5000 Köln 1
☎ (0221) 12 00 93

Rheinisches Journalistenbüro
Spichernstr.8
5000 Köln 1
☎ (0221) 51 30 29

Zeilensprung
Victoriastr. 15
5000 Köln 1
☎ (0221) 12 29 36

Laif -Fotoagentur
Luxemburger Str. 72
5000 Köln 41
☎ (0221) 38 60 06

Auslöser Bildagentur
Templergraben 43
5100 Aachen
☎ (0241) 3 47 03/54 33 02

De Schnüss
(Stattmagazin)
Wolfstr. 41
5300 Bonn
☎ (0228) 65 07 66

TAG (Programmkino)
Gathe 83
5600 Wuppertal 1
☎ (0202) 44 13 24

Wupper Nachrichten
Marienstr. 30
5600 Wuppertal 1
☎ (0202) 30 34 35

Wuppertaler Stadtzeitung
c/o Die Börse
Viehhofstr. 125
5600 Wuppertal 1
☎ (0202) 30 11 54

45 Reisen

Mitfahrzentrale Reiseladen
Grabenstr.87
4100 Duisburg 1
☎ (0203) 35 56 56

Mitfahrzentrale Dortmund
Grüne Str.3
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 82 00 33

Mitfahrzentrale Bochum
Ferdinandstr.20
4630 Bochum 1
☎ (0234) 3 77 94-6/3 73 00

Ragazzi Reisen GmbH
Steinweg 7
4920 Lemgo
☎ (05261) 35 55

46 Soziales

Emmaus e.V.
Hochstadenstr. 5
4150 Krefeld-Uerdingen
☎ (02151) 47 72 55

Verein Freie Altenarbeit Ambulante Hilfen e.V.
Friedrichstr. 18
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 13 38 81

Freie Altenhilfe e.V.
Helle 9
4920 Lemgo
☎ (05261) 59 53

Zentrum für Gruppenstudien und Gemeinwesenarbeit e.V.
Blumenstr. 9
5000 Köln 1
☎ (0221) 13 52 66

Mülheimer Selbsthilfe Teestube e.V.
Tiefentalstr. 14
5000 Köln 80
☎ (0221) 64 22 10

Zu Huss e.V.
Tiefenthalstr. 18
5000 Köln 80
☎ (0221) 62 25 61

47 Tagungshäuser

(siehe auch Bildungswerke)

Begegnungsstätte
Zweischlingen e.V
Osnabrücker Str. 200
4800 Bielefeld 14
☎ (0521) 45 19 28

Ferienhaus „Auf der Freiheit“
5231 Eichen
☎ (02685) 78 00 o. 79 53

Haus Regenbogen
Auf dem Schülen 2-4
5358 Bad Münstereifel
☎ (02257) 1 66 45

Bahnhof Ahrdorf Begegnungsstätte Ahrdorf e.V.
5378 Blankenheim-Ahrdorf
☎ (02697) 4 56

48 Transporte

Zündfunke
(KFZ-Werkstatt)
Hochfeldstr.136
4100 Duisburg
☎ (0203) 6 95 85

Pegasus
H. Buckmann (Umzüge)
Grevener Str. 67
4400 Münster
☎ (0251) 2 25 25

Zapf
(Umzüge)
Hammer Str. 160
4400 Münster
☎ (0251) 7 36 63

Bielefelder Selbsthilfe
(BiS e.V.)
Ernst-Rein-Str. 25
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 12 25 49

Quick Line Transportdienste
Barbarastr. 3-9
5000 Köln 60
☎ (0221) 760 74 75

49 sonst. Dienstleist.

Kahlschlag
(Friseusen)
Dellplatz 6
4100 Duisburg 1
☎ (0203) 2 36 85

Mitwohnzentrale
Heiliger Weg 60
4600 Dortmund 1
☎ (0231) 57 57 75

Arbeitskreis Recycling
Heidestr. 7
4900 Herford
☎ (05221) 1 53 49

Ausbildungswerkstatt Aachen e.V.
Brabantstr. 73
5100 Aachen
☎ (0241) 5 46 41

Fabrik Siegburg e.V.
Lindenstr. 58-60
5200 Siegburg
☎ (02241) 6 21 36

Kontaktbrücke 64 e.V.
Maxstr. 73
5300 Bonn 1
☎ (0228) 63 39 38

Netze, Lobbies, Interessenvereinigungen, Beratungsprojekte.....

Die nachfolgenden 40 Adressen stellen Knotenpunkte selbstorganisiert-kooperativer Arbeit in NRW dar. Die Liste ist dringend ergänzungsbedürftig (bitte eine Postkarte an die Forschungsgruppe SVB in NRW, Wuppertal). An alle Anschriften wurden kurze Fragebögen versandt mit der bitte, Angaben zu machen zu:
- Zielen
- Leistungen/Tätigkeiten
- Mitgliedern/Aufbau.

Einige haben geantwortet; die Transparenz des selbstorganisierten Bereichs wird dadurch erhöht, Kooperation und gemeinsame Initiativen werden erleichtert.

Finanzierung

Netzwerke Selbsthilfe

Die Netzwerke-Selbsthilfe e.V. sind Zusammenschlüsse von Leuten, die monatlich feste Beiträge zahlen, mit denen der Aufbau und die Konsolidierung selbstorganisierter Projekte und Betriebe unterstützt wird, entweder durch Kredite oder durch Zuschüsse. Die Netz werke bemühen sich um die Verbesserung der Kommunikation zwischen den Projekten; teilweise leisten sie Unterstützung in Verhandlungen mit Arbeitsämtern oder Verwaltungen. Jedenfalls ist hier meist viel Know-How vorhanden.

Netzwerk-Selbsthilfe Münster
Achtermannstr. 10
4400 Münster
☎ **(0251) 51 19 29**

Netzwerk-Selbsthilfe Dortmund
Kaiserstraße 21-23
4600 Dortmund 1
☎ **(0231) 52 77 05/06**

Netzwerk-Selbsthilfe Herford
Uhlandstr. 17
4900 Herford
☎ **(05221) 5 11 35**

Netzwerk Selbsthilfe Köln
Melchiorstraße 14
5000 Köln
☎ **(0221) 739 37 21**

Netzwerk Selbsthilfe Aachen
c/o Ökozentrum
Charlottenstr. 6
5100 Aachen
☎ **(0241) 50 87 32**

Netzwerk-Selbsthilfe Bonn
Wolfstr. 10
5300 Bonn
☎ **(0228) 63 48 80**

Ökobank

Regionaladressen

Die Ökobank will Geld fü Forschung, Entwicklung und Anwendung umweltfreundlicher Produkte und Produktionsprozesse oder mehr Geld in Betriebe, die neue Formen der Zusammenarbeit und der gesellschaftlichen Verantwortung proben, geben.

Ökologische Finanzberatung
Kirchfeldstr. 11
4000 Düsseldorf
☎ **(0211) 31 91 36**

Ökofinanz Münsterland
Schillerstr. 56
4400 Münster 1
☎ **(0251) 66 42 50**

Ökonanz e.V.
c/o Umweltzentrum
August-Bebel-Str. 16-18
4800 Bielefeld
☎ **(0521) 17 20 68**

Freundinnen und Freunde der Ökobank im Raum Köln
Melchiorstr. 14
5000 Köln 1

Regionalfirma Bonn
c/o Winfried Damm
Straßburger Weg 26
5300 Bonn 1
☎ **(0228) 23 82 78**

Beratung

Gesellschaft zur Information und Beratung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen G.I.B.
Essener Str. 255-257
4250 Bottrop
☎ **(02041) 6 70 17**

WohnBund

WohnBund-Beratung NRW e.V.
Essener Str. 255-257
4250 Bottrop
(mit Regionalbüros in Aachen, Dortmund, Münster) WohnBund-Beratung hilft Projekten, die gemeinschaftsorientierte Ziele (sogenannte 'Bindungen') verfolgen. Wesentliches Ziel ist dabei die möglichst dauerhafte Sicherung preiswerten Mietwohnraums; Durchsetzung weitreichender Mitbestimmungsrechte der Bewohner bei der Bewirtschaftung ihrer Wohnungen; enge und kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Bewohnern – sowohl in der Planungs- wie in der Erprobungsphase der Projekte.

Genossenschaftlich Wohnen e.V.
Jöllenbecker Str. 123
4800 Bielefeld 1
☎ **(0521) 88 95 54**

Genossenschaftliches Wohnen e.V.
Annostr. 27-33
5000 Köln 1
☎ **(0211) 32 38 29**
Dokumentation: Sammlung und Auswertung historischen Archivmaterials mit vielen Orginaldokumenten, zahlreiche eigene Publikationen. Ausstellungsbörse und -verleih: Angebot von Diaserien, Videofilmen, komplette Ausstellungen zu den Themen Stadtpolitik - und kultur, anders leben, Arbeitersiedlungen usw. Forschung, Gutachten und Konzeptentwicklung in den Gebieten Wohnungswirtschaft, -politik, Gemeinwirtschaft usw. Stellung und Vermittlung von Fachreferenten.

Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens
Am Hofgarten 20
5300 Bonn 1
☎ **(0228) 21 52 90**
(siehe Anzeigentext)

Verbraucherinitiative Bonn
Breitestr. 51
5300 Bonn
☎ **(0228) 65 90 44**

Verbund der ProjektberaterInnen
c/o Olaf Steins
Wortmannstr. 37
5600 Wuppertal 1
☎ **(0202) 493 60 05**

Ökofonds NRW
Wolfstr. 10
5300 Bonn 1
☎ **(0228) 69 45 69**
Der Ökofonds der GRÜNEN NRW ist ein Fördertopf für die Bewegungen. Er unterstützt modellhaft Projekte, die – sich gegen die fortschreitende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen einsetzen, Ansätze zu einer Neugestaltung unserer Gesellschaft entwickeln. Über die Anträge entscheidet ein Vergabeausschuß aus InitiativenvertreterInnen und Grünen. Es werden in erster Linie Kredite vergeben, um Projekten eine Starthilfe zu geben. Der Ökofonds wird gespeist aus grünen Parteigeldern.

Paritätische Geldberatung e.G.
Loherstr. 7 5600 Wuppertal 2
☎ **(0202) 8 98 20**

Fernuni GH Hagen
(Wieland Jäger)
Postfach 940
5800 Hagen

Forschungsgruppe SVB in NRW
Uni-GH Wuppertal FB 1
Gausstr. 20
5600 Wuppertal 1
☎ **(0202) 439-23 19**
Durchführung der Bestandsaufnahme selbstverwalteter Betriebe in Nordrhein-Westfalen; Pflege der Adressdatei

Kooperation

Branchenübergreifend

CONTRASTE-Redaktion Bonn
Am Hofgarten 20
5300 Bonn
☎ **(0228) 21 52 90**
Derzeit einzige Regionalredaktion der CONTRASTE – Zeitung für Selbstverwaltung in Nordrhein-Westfalen. Dokumentation aktueller Entwicklungen in der Selbstverwaltungswirtschaft; Vorstellung von Projekten und Kooperationen; **Redaktionsschlüsse:** aktuelle Meldungen, Veranstaltungshinweise bis 10.eines Monats. Längere Artikel und Dikussionsbeiträge spätestens bis einen Monat vor Erscheinungstermin zuschicken, um Rückfragen, Kürzungsvorschläge usw. zu ermöglichen.

Westerwälder Initiativen und Betriebe Netz
Heimstr. 4
5230 Altenkirchen
☎ **(02681) 38 70 o. 60 01**
Regionaler Zusammenschluß von politischen und sozialen Initiativen und genossenschaftlich und ökologisch arbeitenden Betrieben. Diskussionsforum für ländliche Regionalentwicklung, Veranstalter von Projekte- /-Betriebemessen, Sammeln von Informationen und Verteiler für ökologisch wirtschaftende/selbstverwaltete Betriebe.

Ökowerk e.V.
Vennhauser Allee 245
4000 Düsseldorf 12

Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation NRW
c/o Reinhard Vogel
Postfach 8234
4400 Münster
☎ **(0251) 6 77 60**
und
c/o Gabi Elias
Melchiorstraße 14
5000 Köln 1
☎ **(0221) 739 37 21**
und
c/o Maria Icking
Benderstr. 27
4000 Düsseldorf 12

Gewerbliches

Verband selbstverwalteter Tagungshäuser
Schloss Gnadenthal
4190 Kleve
☎ **(02821) 2 90 80**
Förderung des Selbstverwaltungsprinzips, Kooperation und gegenseitige Unterstützung, Erfahrungsaustausch, Qualifikation und Mitarbeiterweiterbildung. Regelmäßige Treffen (mindestens 2 x jährlich), Öffentlichkeitsarbeit, Interessensvertretung. Die Mitglieder sind die selbstverwalteten Tagungshäuser in NRW. Die Aufgaben und Aktivitäten werden jeweils bei den Treffen besprochen.

Bundesverband der Natur(kost)-waren-einzelhändlerInnen
Voßkuhlstr. 4
4630 Bochum
☎ **(0234) 79 73 32**

transfer e.V.
Verein SV grafischer Betriebe Kontakt NRW
August-Bebel Str. 16-18
4800 Bielefeld
☎ **(0521) 6 39 32**

Verband SVB-Fahrradläden (Kontakt NRW)
c/o Max Dorando
Hauffstr. 16
5000 Köln 30
☎ **(0221) 550 65 41**
Förderung des Produktes Fahrrad, Orientierung an Qualität und Benutzerfreundlichkeit, Erfahrungsaustausch und Vernetzung, Recycling. Bindeglied zwischen den Mitgliedsläden, dem Großhandel und der Manufaktur, Öffentlichkeitsarbeit, berufliche Fortbildung. Mitglieder sind Fahrradläden, die nach dem Prinzip der Selbstverwaltung organisiert sind.

Baufachfrau e.V.
Adlerstraße 81
4600 Dortmund 1
(Bundesverband;
auch Anschrift
Regionalgruppe NRW)
Fördert die Auftragsvergabe an Handwerkerinnen und Architektinnen; informiert über Frauenbetriebe, -projekte, Fort- und Weiterbildung; Ausbildungsmöglichkeiten.Unterhält Adresskartei, verschickt Rundbriefe, organisiert Treffen und Weiterbildung; fördert die Zusammenarbeit in Regionalgruppen; in Zusammenarbeit mit dem Frauenbildungshaus Osteresch Kurse in den Bereichen Bau und Ökologie. Selbstorganisation von Handwerkerinnen und Architektinnen ibs. aus den planenden und ausführenden Bauberufen.

Sozialpolitisches

AG SPAK Stadtteilarbeit
Regionalbüro
Kopernikusstr 53
4000 Düsseldorf
☎ **(0211) 31 97 44**
Vernetzung wohnpolitischer Aktivitäten und Herausgabe des „Ziegelbrenner", unregelmäßig erscheinendes Traktat zur Wohnungs- und und Sozialpolitik.

LAG der ambulanten Altenpflegeinitiativen NRW
Weidenauerstr. 260
5900 Siegen
Schaffung und Konzeptionierung von neuen Modellen in der Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen und Behinderter nach dem Prinzip der „Ganzheitspflege". Beratung und Fortbildung von Mitarbeitern der Initiativen, regelmäßiger Erfahrungsaustausch, Weitergabe von relevanten Informationen. Mitglieder der Altenhilfe aus NRW sind Initiativen, die nach dem Prinzip der Ganzheitspflege arbeiten und einen kollektiven Arbeitsansatz haben.

Koordinierungsausschuß der Arbeitsloseninitiativen
Rochusstr. 44
4000 Düsseldorf 30
☎ **(0211) 361 03 22 -262**

Feministisches

(siehe auch Baufachfrau e.V.)

AG der autonomen Frauenhäuser
c/o Dagmar Hämisch
Möserstr. 4
4300 Essen

Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V. (Kontakt NRW)
Severinstr. 92-96
5000 Köln
☎ **(0221) 31 58 77**
Autonome Initiative erwerbsloser Frauen, die von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, miesen und/oder befristeten Jobs leben. Machen Beratung, Kurse, Arbeitsgruppen, Aktionen, Kongresse, Unfug, Schulden. Wehren sich gegen fast alles, was ihnen in die Quere kommt, besonders gerne jedoch gegen das Patriarchat.

Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen
Neugasse 2
5630 Remscheid
☎ **(02191) 66 24 66**
Kontaktadresse für die Notrufgruppen in NRW

Kulturelles

LAG sozio-kulturelle Zentren
Achtermannstr. 10
4400 Münster
☎ **(0251) 5 48 92-51 84 75**

Ziel ist, die Zusammenarbeit zwischen allen Einrichtungen zu fördern, die eine alternative und soziale Kulturarbeit betreiben, neue Initiativen zu unterstützen, die Öffentlichkeit über die geleistete Arbeit zu informieren und die Interessen der soziokulturellen Einrichtungen gegenüber öffentlichen Stellen in NRW zu vertreten (u.a. Forderung und Durchsetzung eines eigenen Etats im Haushalt NRW). Erfahrungsaustausch, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Koordination gemeinsamer Projekte, Veranstaltungsaustausch bzw. Programmabsprache. Mitglieder sind 38 soziokulturelle Zentren und Initiativen in NRW; Treffen mindestens zweimal jährlich.

Büro für freie Kulturarbeit
Ruhrallee 86
4600 Dortmund
☎ **(0231) 12 27 45**
Vernetzung von Kultur Kooperativen und freien Gruppen in NRW; Durchführung künstlerischer Gemeinschaftsprojekte. Vergabe von Fördermitteln; Durchführung landesweiter Festivals; Beratung von Künstlern und Kulturgruppen in künstlerischen, organisatorischen und finanziellen Fragen; Transfertätigkeit zwischen offizieller Kulturpolitik und – verwaltung und freier Kulturszene. Das Büro ist eine Einrichtung der nordrhein-westfälischen Kultur Kooperativen.

LAG Kulturpädagogische Dienste Jugendkunstschulen NRW e.V.
Massenerstr. 37
4750 Unna
☎ **(02303) 1 68 08**

Interessenverein gemeinnütziger Rundfunk in NRW
Horbacherstr. 336
5100 Aachen-Horbach
Dachverband aller gemeinnützigen Rundfunkvereine in NRW, Förderung des lokalen Rundfunks durch medienpädagogische Arbeit, umfangreiches Fort- und Weiterbildungsprogramm.

Landesarbeitsgemeinschaft lokale Medienarbeit NRW
Hansaring 82-86
5000 Köln 1
☎ **(0221) 12 00 93**

Bildendes/Wissenschaftliches

Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung e.V.
Uhlandstr. 17
4900 Herford
☎ **(05221) 5 05 77**
Umfassendes Dienstleistungsangebot für kulturpädagogische Initiativen und Einrichtungen u.a.: inhaltliche und wirtschaftliche Beratung; Herausgabe eines Informationsdiensts, der in programmierter Form Kurzhinweise und Tips vermittelt; Publikationen; Beratung von Kommunen, Parteien und Politikern. Interessenvertretung gegenüber den Kommunal- und dem Landesparlament; Tagungen. Zusammengeschlossen sind in dieser Landesarbeitsgemeinschaft u.a.: Jugendkunstschulen u.ä.; Kulturpädagogische Initiativen und Dienste; Spielmobile und spielpädagogische Initiativen

Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinstitute e.V.
(Sitz Bremen)
Sprecher mit Sitz in NRW:
Katalyse e.V.
Institut für angewandte Umweltforschung
Engelbertstraße 41
5000 Köln 1
☎ **(0221) 23 59 63**
und
Rheinisches Institut für Ökologie
Melchiorstraße 14
5000 Köln 1
☎ **(0221) 73 00 59**
Gesucht IngenieurInnen der Fachricht. Nachrichtentechn, Techn. Informatik, Elektrotechn. mit ca.3 Jahren Berufserfahrung, die den Drang zum freien Unternehmertum verspüren und diesen auch noch in selbstverwalt. Strukturen im Raum Stuttgart ausleben wollen! Es wäre von Vorteil, wenn man/frau sich schon über so ein Vorhaben Gedanken gemacht hätte (Eigenkapital ist notwendig). Das Vorhaben startet im Juli 1989, es besteht aber die Möglichkeit später einzusteigen. Die vorhandenen Räume reichen für max. drei Menschen, sind aber im Gebäude erweiterbar.
Jürgen Kemmler
☎ (0711) 57 16 55 (abends)

Alles neu macht der Mai... Genau.

Und deshalb gibt's in unserer nächsten Ausgabe wieder die brandheißen BUNTEN SEITEN - der bundesweite Branchenführer durch Wirtschaft, Kultur und Soziales - dieses Mal mit fast 8.000 Adressen. Echt alternativ, versteht sich!

Unsere Leistungen

G.I.B.
Gemeinnützige Gesellschaft
zur Information und Beratung
örtlicher Beschäftigungsinitiativen
Essener Straße 225-257
4250 Bottrop 1

Beratung

Die G.I.B. berät landesweit in NRW Personengruppen und Initiativen...

- deren Produkte und Dienstleistungen ökologisch- bzw. sozial orientiert und gesellschaftlich nützlich sind.
- die an genossenschaftliche Traditionen anknüpfen und demokratische Betriebsstrukturen realisieren.
- die eine Alternative zur Arbeitslosgkeit, besonders für schwer vermittelbare Arbeitskräfte entwickeln.

Die G.I.B. nimmt gutachterliche Stellung zu Kreditanträgen, Modellen und komplexen Antragsvorhaben örtlicher Beschäftigungsinitiativen.

Die G.I.B. berät erwerbswirtschaftliche Projekte, wie z.B.

- selbstverwaltete Betriebe, Genossenschaften und andere Unternehmen mit demokratischen Betriebsstrukturen.
- Gruppen, die über marktorientierte Erwerbsarbeit Auswege aus der Arbeitslosigkeit suchen.

Die G.I.B. berät gemeinnützige Projekte, wie z.B.

- soziale Beschäftigungsinitiativen, die langfristige Perspektiven für ihre MitarbeiterInnen entwickeln.
- Selbsthilfeprojekte, die sich in Richtung Beschäftigung und Arbeitsmarkt entwickeln.

Die G.I.B. berät komplexe Vorhaben, wie z.B.

- Mischprojekte, die z.B. im frei gemeinnützigen Bereich agieren, jedoch wirtschaftliche Geschäftsbetriebe unterhalten.
- Übergangsprojekte, die an der Schwelle vom gemeinnützigen in den marktorientierten Bereich stehen.
- Entwicklungs- und Beschäftigungsgesellschaften, die zukunftsorientierte Arbeitsplätze, Produkte und Produktionsabläufe entwickeln.

Wen beraten wir nicht?

Die G.I.B. berät keine Einzelpersonen. Dafür sind die Kammern bzw. freie Berater zuständig. Die G.I.B. berät keine erwerbswirtschaftlichen Projekte in den Standorten (Dortmund, Bochum, Duisburg/Oberhausen). Dort sind die BeraterInnen bei den Wirtschaftsförderungsämtern zuständig. Die G.I.B. berät außerdem keine Angehörigen der freien Berufe.

Kooperation mit verbandlichen und freien BeraterInnen

Beschäftigungsinitiativen, die verbandlich organisiert sind, werden vorrangig von den Fachberatungsdiensten und den ProjektentwicklerInnen der Verbände und des Netzes für Selbstverwaltung beraten.

Außerdem besteht grundsätzlich die Möglichkeit, daß die G.I.B. unter bestimmten Voraussetzungen auch freie UnternehmerInnen beauftragt und finanziert, um einzelne Beratungen durchzuführen.

Zentrale Aufgaben

Information und Dokumentation

Die G.I.B. arbeitet die Informationsflut in den vielfältigen Arbeitsbereichen und Zusammenhängen von Beschäftigungsinitiativen auf, informiert und dokumentiert zu rechtlichen, finanziellen, organisatorischen und arbeitsmarktpolitischen Themen.

Recht

Die G.I.B. hilft und informiert örtliche Beschäftigungsinitiativen in rechtlichen Grundsatzfragen.

Fortbildung

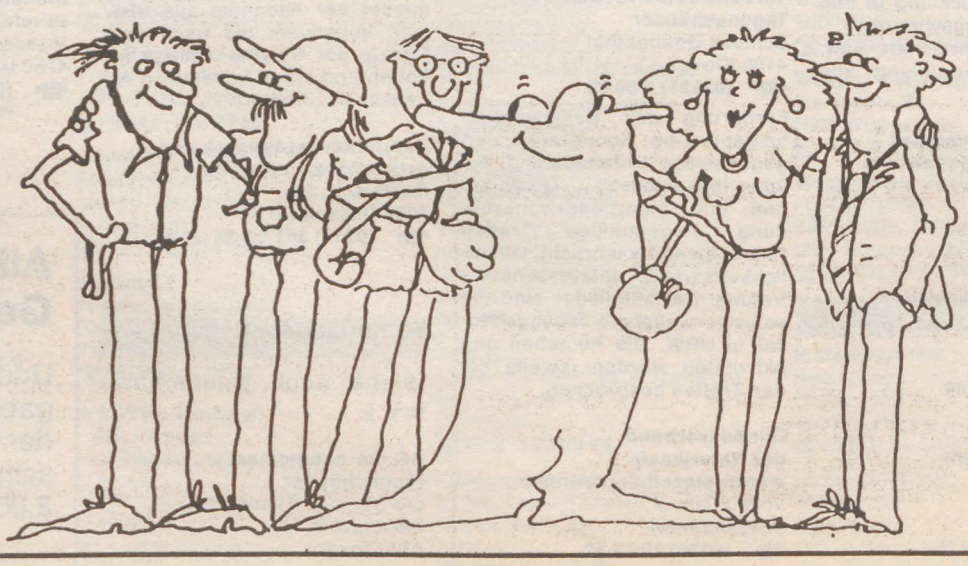
Die G.I.B. entwickelt ein Fort- und Weiterbildungsprogramm für Beschäftigungsinitiativen, das z. B. in Richtung Projektmanagement und Existenzgründung qualifiziert.

Wie erreichen Sie uns?

Sie rufen uns an, wenn Sie beraten werden wollen. Anfragen nach Sachinformationen werden an die Informations- und Dokumentationsabteilung weitergegeben.

Als ersten Schritt auf dem Wege zu einer Beratung erhalten Sie von uns den „Arbeitsbogen als Grundlage zur Beratung" und allgemeine Informationen über die G.I.B.. Ihr Fragebogen wird spätestens eine Woche nach Eingang von uns bearbeitet und gemeinsam ein erster Termin vereinbart. Bei bereits bestehenden Projekten kommen die FachberaterInnen auch zu Ihnen. Ansonsten findet das erste Gespräch in der Regel in der G.I.B. in Bottrop statt.

Wenn Sie über die laufenden Informationen, Publikationen und Veranstaltungen der G.I.B. informiert werden wollen, lassen Sie sich bitte telefonisch oder schriftlich in den zentralen Informationsverteiler aufnehmen.



Berechtigte Skepsis?

Red. Heidelberg Zwei Studien über die südniedersächsische und bremische Alternativökonomie relativieren alternative Ansprüche.
Auch GeografInnen wenden sich inzwischen dem Thema Alternativökonomie zu. Ihr Metier ist die räumliche Betrachtung: „Alternative Ökonomie – Modelle und Regionalbeispiele" heißt ein Heft der Reihe „Praxis Kultur- und Sozialgeographie" aus Göttingen. Es stellt zwei im letzten Jahr erstellte Examensarbeiten vor, um einem „Forschungsdefizit" zu begegnen. Trotz verschiedener Fragestellung kommen beide Regionalstudien zum gleichen Ergebnis: Politische Erwartungen, daß Selbstverwaltete Betriebe (SVB) Träger einer Gegenökonomie mit systemsprengenden Eigenschaften werden könnten, sind zu enttäuschen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen
leider nicht online gezeigt werden.

Thomas Hardwig

Die „Strukturanalyse im südlichen Niedersachsen" mit dem Titel „Alternative Ökonomie und selbstverwaltete Betriebe" von Werner Sperschneider nimmt – nach einer Reihe theoretischer Vorklärungen, die einige zentrale Fragen der Diskussion zusammenfassen – eine Bestandsaufnahme alternativer Ökonomie des Raumes Göttingen/Northeim/Osterode vor unter Berücksichtigung der Entwicklungsgeschichte alternativ-ökonomischer Ansätze und vor allem der arbeits- und beschäftigungspolitischen Relevanz des gesamten Spektrums. Die nachfolgende Strukturanalyse beschränkt sich dann auf die SVB. Dreizehn der sechzehn bekannten Betriebe werden interviewt. Bei der Strukturanalyse bezieht sich der Autor auf einen produktivgenossenschaftlichen Begriff von SVB (Demokratieprinzip, Identitätsprinzip, Kapitalneutralisierung, Förderungsprinzip im Sinne von Subsistenzprinzip). Bei der Regionalanalyse arbeitet er mit einem sehr offenen Begriff von Alternativbetrieb, der eine klare Abgrenzung z.B. gegenüber „Neuen Selbständigen" nicht erlaubt.

Bestandsaufnahme

Der Gründungsboom der Alternativszene fand in Südniedersachsen zwischen 1983 und 1985 statt. Die beschäftigungspolitische Bedeutung der Szene ist gering: Gerade 0,44 % (= 850 Arbeitsplätze) der Beschäftigten arbeiten in Alternativbetrieben, sofern die MitarbeiterInnen der Sozialdienstleistungsprojekte mit hinzugerechnet werden. Es gibt 73 alternative und selbstverwaltete Betriebe mit zusammen 517 Arbeitsplätzen, davon sind 200 Vollzeitplätze. Der Anteil an Teilzeitstellen ist somit ziemlich hoch.

Die Ausführungen zu Branchenverteilung und räumlicher Verteilung bestätigen (u.a.) die Annahmen, Alternative Ökonomie orientiere sich auf Marktnischen, d.h. auf Bereiche mit hoher Arbeits- und geringer Kapitalintensität. Drei Viertel aller Betriebe seien Kleinstbetriebe, nur 9 hätten mehr als 11 MitarbeiterInnen.

Die räumliche Verteilung zeige eine deutliche Ausrichtung auf die Unistadt Göttingen. Damit folge die Alternativökonomie einem bestehenden ökonomischen und räumlichen Strukturmuster. Interessant für die Einschätzung der Möglichkeit endogener Regionalentwicklung sei die geringe überregionale Absatzorientierung der Alternativbetriebe.

Strukturanalyse

Nur 16 Betriebe entsprechen den Kriterien von Selbstverwaltung, da die restlichen entweder weniger als drei erwerbstätige Mitglieder haben oder durch öffentliche Mittel bezuschußt werden. Die Interviews versuchen, Beschäftigungsverhältnisse, Rechtsformfragen, Betriebsgröße, Lohnformen und -höhe, Arbeitszeiten, Gründungsmotive, Selbstverständnis und Probleme der inneren Struktur zu erfassen. 13 Betriebe wurden befragt, was die Reichweite der Schlußfolgerungen ziemlich begrenzt. Doch einige Ergebnisse erscheinen recht interessant: Sperschneider stellt beispielsweise fest, daß die Betriebe keineswegs „Konsumverzicht" propagieren, sondern mit den erreichten Löhnen (die Mehrheit verfügt über Nettolöhne zwischen DM 1.200 und DM 1.500) durchaus etwas unzufrieden waren. Die Arbeitszeiten werden insgesamt als zu hoch bezeichnet (nur ca. 30 % der Vollerwerbstätigen liegen unter 40 Stunden), jedoch werden die Möglichkeiten flexibler Arbeitszeitgestaltung besonders positiv bewertet. Ausdruck für die Anpassung an ökonomische Zwänge sei der weitgehende Verzicht auf das Rotationsprinzip. Auch der hohe Eigenfinanzierungsanteil sei nicht politisch motiviert, sondern von außen erzwungen.

Der Zeitraum des alternativen Gründungsbooms legt nahe, Arbeitslosigkeit sei das treibende Motiv gewesen, doch die Betriebe äußern, daß die Gründung aus Streben nach „solidarischer Praxis" erfolgt sei. Dies drücke sich im Selbstverständnis aus. Demokratie und Gleichberechtigung rangierten an oberster Stelle.

Neben den Konflikten um die Herausbildung informeller Hierarchien sei vor allem die Fluktuation – verursacht durch den hohen Anteil studentischer Teilzeitkräfte und durch den Widerspruch zwischen Anspruch auf Selbstbestimmung und geringer Verantwortungsfähigkeit – ein drängendes internes Problem.

Resümee: „Die Betriebe sind von den in der Gründungsphase artikulierten politischen und gesellschaftlichen Zielsetzungen weitgehend abgerückt." Alltagsbewältigung rangiere an erster Stelle. Der pessimistischen Einschätzung bezüglich ökonomisch bedingter Transformationsprozesse steht eine optimistische entgegen, die den Wert der SVB in ihrem Experimentalcharakter sieht. Die Qualität liege in der Heterogenität.

Vielfalt nonkonformer Sicht- und Lebensweisen

Der Entstehungshintergrund der Alternativbetriebe sei die Form der Vergesellschaftung im fortgeschrittenen Kapitalismus. Mit Bezug auf das „Fordismus-Konzept" der Regulationstheorie, deren exponierteste Vertreter in der BRD Joachim Hirsch und Roland Roth sind, betrachtet Sperschneider die alternative Ökonomie als Ausdruck des Protestes gegen die Mehrheitsgesellschaft - ihre Vertreter seien Kinder des „Fordismus", aber auch Vorreiter für „veränderte Werthaltungen der Menschen in einer arbeitsteiligen Gesellschaft, für neue soziale Standards und damit für neue soziale Phänomene". Für Sperschneider ist daher die marginale beschäftigungspolitische Bedeutung der Alternativökonomie kein Problem, auch Transformationsgefahren sind zweitrangig. Alternativökonomie sei unter dem „Gesichtspunkt der Verbreitung sozialer Innovation von Bedeutung", die Innovation und ihr Gegensatz zur „Mehrheitsgesellschaft" liege in „kooperativen demokratischen Organisations- und Partizipationsstrukturen".

Wo ist da was alternativ?

Die zweite Untersuchung ist von Anke Uhlenwinkel. Sie betrachtet die „Alternativökonomie in der Region Bremen" unter der Fragestellung „Inwieweit sind die Kritiker des Fordismus bereits zu Akteuren eines Postfordismus geworden und was ist daran noch alternativ". Diese provozierende Frage zielt auf den Nachweis, daß die alternative Ökonomie, wenn sie neue regionale Wirtschaftsstrukturen mit neuen selbstbestimmten Formen des Zusammenarbeitens und Zusammenlebens propagiert, letztlich hilft, ein neues Kapitalakkumulationsmodell voranzutreiben.

Auch in dieser Arbeit ist der gesellschaftstheoretische Bezug das Fordismuskonzept. Beide Untersuchungen sehen dieAlternativökonomievordem Hintergrund der Krise der bisherigen kapitalistischen Gesellschaftsformation. Während Sperschneider die Rolle der alternativen Ökonomie als widersprüchlich bestimmt, interpretiert Uhlenwinkel sie als Produkt mangelnder Kapitalverwertungsmöglichkeiten und als Propagandistin für einen neuen kapitalistischen Zyklus.

Dieser Provokation sollten sich FreundInnen der Alternativszene einmal stellen. Die Autorin führt eine Reihe guter Argumente an. Auch wenn alles etwas zu geradlinig gesehen wird, sind sie nicht vom Tisch zu wischen:

Zunächst, der empirische Beleg ihrer Argumentation ist eine Befragung von 32 (aus 46) alternativen Betrieben in Bremen. (Über Methode und Fragenkatalog erfahren wir leider nichts, hoffentlich wegen editorischer Kürzungen) Die theoretischen Vorklärungen stimmen die LeserInnen bereits ein: Ein alternativer Betrieb unterscheide sich von einem kapitalistischen im Kern darin, daß er ökologische Produkte herstelle, ein SVB sei eben selbstverwaltet. Die „Ideologie vom Kostendeckungsprinzip" verhülle, daß im Kern Kapitalakkumulation betrieben werde, Kapitalneutralisierung schaffe Kapital nicht ab, sondern löse es von der Person, mache es zum sachlichen Verhältnis: Kollektive agierten als kollektive Kapitalisten, die neutralisierten Kapitale konkurrierten auf dem Markt wie andere.

Alternativökonomie Armutsökonomie

Das Konzept der endogenen Regionalentwicklung, das ist ein auf die interne Entwicklung der Region orientiertes ökonomisches Konzept, biete keine antikapitalistischen Impulse. Die „Krise der Region" bedeute ja keineswegs eine Krise der Kapitalakkumulation, sondern lediglich die profitable Umstrukturierung der Ökonomie. Als Problem verblieben die dabei entstandenen Arbeitslosen. Alternative Ökonomie solle nun die Aufgabe übernehmen, die Kosten für die Reproduktion (grob: Lebensunterhalt) dieser Arbeitslosen zu senken. Ziel sei die Umwandlung von Transfereinkommen (Sozialhilfe, Gelder der Arbeitslosenversicherung etc.) in Lohneinkommen aus schlechtbezahlter Arbeit. Anhand der Entwicklung der bremischen Alternativszene versucht die Autorin zu zeigen, daß die alternativen Institutionen letztlich alle in dieses staatliche Konzept eingebunden werden und selbst gar nichts anderes mehr wollen.

Die Branchenanalyse ergebe ein klares Zwei-Klassen- Modell: Auf der einen Seite alternative Betriebe zur „Regulierung der Marginalität", auf der anderen Seite richtiggehende „High-Tech-Betriebe". Die Erhebung der Einkommen zeigt dann, daß sich die beiden Klassen nochmal untergliedern lassen. So macht Uhlenwinkel fünf Betriebe mit Einkommen unter 900 DM aus; zwischen 900 und 1.500 DM liegen die „typischen" Alternativbetriebe (Naturkost, Buchhandel, Fahrräder), zwischen 1.500 und 2.000 DM findet sich kein Betrieb. Dieser armen Alternativökonomie steht die „reiche" gegenüber, z.T. alternative High- Tech-Betriebe mit Löhnen von über DM 2.000.

Alternativbetriebe wirtschafteten unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt, seien weniger produktiv, aber sie entwickelten neue Formen, um die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten: „Ökologisches Marketing" (Flieger), flexible Arbeitszeiten und untertariflicher Lohn. Selbst die Vernetzung der Betriebe erfolge nicht aus politischen Gründen, sondern wenn sich Monopolbildung ökonomisch lohne. Die Absatzstruktur zeige, daß Alternativbetriebe keineswegs regional orientiert seien. Dies beweise die auf den BRD-Markt orientierte Fahrradmanufaktur, eine Art alternatives Technologiezentrum, in dem in Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten andere Formen der Arbeitsorganisation ausprobiert würden.

Örtliche Beschäftigungsinitiativen zeigten andererseits auch nur, daß sie ein bloßes arbeitsmarktpolitisches Instrument seien. Gelernt werden solle Eigeninitiative, Risikobereitschaft, unkonventionelle Arbeits-, Leistungs- und Produktvorstellungen mit der Absicht, daß Beteiligte dazu gebracht werden, sich Arbeitsplätze selbst zu schaffen, statt dem Staat auf der Tasche zu liegen: Lohnarbeit statt Transfereinkommen.

So zugespitzt, bleibt dann nur noch das Resümee, daß Alternative Ökonomie weder theoretisch noch praktisch ein antikapitalistisches Modell sei. Ihr besonderes Verdienst liege in der Ideologie, sie beziehe sich auf eine Unternehmensphilosophie der Selbsthilfe – flexible Arbeit, unkonventionelle Lohn- und Leistungsvorstellungen auf der Basis einer niedrigen Reproduktion. Alternativökonomie werde Teil einer Art Armutsökonomie, wichtiger Grundstein eines postfordistischen Akkumulationsmodells.

Wehren wir uns gegen die Tendenz, Alternativbetriebe politisch und kapitalistisch zu vereinnahmen. Wehren wir uns gegen die Durchsetzung einer neuen kapitalistischen Gesellschaft. Führen wir den praktischen Nachweis, daß die beiden StudienabsolventInnen unrecht haben!

Praxis Kultur- und Sozialgeographie 2
Alternative Ökonomie – Modelle und Regionalbeispiele
Hg.: Geographisches Institut der Universität Göttingen, 1988, Goldschmidtstr. 5, 3400 Göttingen
163 S., DM 14,–.

Anzeige

FLENSBURGER HEFTE
Anthroposophie im Gespräch mit dem Zeitgeschehen

Interviews, Artikel, Berichte zu aktuellen Schwerpunktthemen. Anthroposophie undogmatisch und konkret!

Zu beziehen über den Buchhandel oder beim Verlag:
FLENSBURGER HEFTE-Verlagsgesellschaft
Wolfgang Weirauch & Partner GbR,
Holm 64, D-2390 Flensburg
Fordern Sie unseren Verlagsprospekt an.

Anzeige

Ein bißchen mehr
Betriebs-organisation und Management
sollte sich jeder Betrieb leisten. Das bringt mehr Übersicht über Produktionsablauf, Produktionseffektivität, Absatzchancen – für alle MitarbeiterInnen.
Sand des Verderbens von **Peter Vermeulen** befaßt sich als vierter Band der Leitfadenreihe speziell mit den Fragen des kollektiven Managements für Büroorganisation, Buchhaltung, Personal- und Finanzwesen im Computer-Zeitalter.
Für 18 DM in jeder guten Buchhandlung

STATTBUCH VERLAG
Gneisenaustraße 2a, 1000 Berlin 61
☎ 030 – 691 30 94/95

Rezension

Sysiphos hatte es auch nicht leichter

Theorien zum informellen Sektor, Produktivgenossenschaft, Eigenarbeit, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe, Haushaltsproduktion, internationaler Vergleich – beim Bemühen, den Ertrag für die Selbstverwaltungswirtschaft herauszuarbeiten, stoße ich neben einer Vielzahl von wirklich Lesenswertem auf Mißverständnisse, die auf ungenügend präzise Definitionen von „Selbstverwalteten Betrieben" oder „Alternativer Ökonomie" zurückgehen. – Begriffswirrwarr erzeugt Gedankenverknäulung. *Volker Teichert* ordnet die Alternativökonomie (er meint Alternativbetriebe?) dem zwischen Markt– und Eigenarbeit stehenden intermediären Sektor zu, der durch das Spannungsfeld von Kapitalverwertungsinteresse und Bedürfnis geprägt ist (*Heller* dagegen löst die Alternativökonomie schlicht im informellen Sektor auf).

H.G. Nutzingers Beitrag (eine Doublette desselben im Zögu Beiheft 10/88) ist der politisch–theoretisch–praktisch interessanteste. Im Anschluß an *Webbs* und *Oppenheimer* schließt er, daß Produktivgenossenschaften wegen „fehlerhafter Zuweisung von Eigentumsrechten an die Genossen" scheitern. Kapitalneutralisierung in Kombination mit gesellschaftlichen/öffentlichen Startzuschüssen deutet Nutzinger als Lösungsweg an (mit Verweis auf Mondragon), ohne sich jedoch ganz für diese Perspektive einer selbstverwaltungsfreundlichen staatlichen Ordnungspolitik zu entscheiden. *Christian Personn* schiebt wider willen die Alternativökonomie aufs Abstellgleis. Seine 'empirisch belegte' (aber nicht nachprüfbare, da Design und Fragebogen fehlen) These, daß in 3 Jahren 50 % der Hamburger Projektmitglieder ausschieden und diese nur zu 20 % wieder in ein Projekt einstiegen, ist Heißwasser für die Rede vom „Durchlauf–Erhitzer Alternativprojekt". Da bei *Personn* unklar bleibt, was er unter „Projekten" bzw. „Betrieben" versteht, ist die Präsentation der Ergebnisse unter der Überschrift „Selbstverwaltete Betriebe" problematisch. *Gerhard Fröhlich* räumt – endlich – mit der von ihm 1984/85 in die Welt gesetzten Mär auf, daß im Alternativprojekt mehrere Personen ehrenamtlich arbeiten müssen, um nur einen Erwerbsarbeitsplatz zu sichern: „83 % der in alternativen Projekten geleisteten Arbeit ist Erwerbstätigkeit, nur 17 % ist ehrenamtliche Tätigkeit". *Michael Wiedemeyer* gibt am britischen Beispiel handfeste Anhaltspunkte für eine erfolgversprechende Förderpolitik von Produktivgenossenschaften, die jedoch abhängig bleibt von Wahlerfolgen selbstverwaltungsfreundlicher Parteien. *Uterwedde* erlaubt uns den Einblick in die fremde „economie sociale" Frankreichs, in der alternative Ansätze mitlaufen, wenn auch unter 'ferner'! Unter Gütekriterien der Sozial– und Wirtschaftswissenschaft betrachtet, ist das Buch äußerst wertvoll; aus der Praxis heraus gesehen wirkt es nicht durchgängig überzeugend, da nicht alle Kritik wirklich den richtigen Gegenstand trifft. Dem Rezensenten bleibt nichts anderes, als das Wertvolle zu loben und die Mißverständnisse zu entsorgen; derweil andere schon wieder ihrer Beseitigung harren. Auch Sysiphos...

Wolfgang Beywl

Volker Teichert (Hg.): Alternativen zur Erwerbsarbeit. Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung 111, Westdt. Verlag, Opladen 1988

Das Zins-Nullsummen-Spiel

Durchschnittszahlen verschleiern die Zunahme der Verteilungsunterschiede

Red. Heidelberg *Jeder* bundesdeutsche Privathaushalt hatte 1987 ein Geldvermögen von DM 91.000,– und ein Zinseinkommen von rund DM 4.000,–. So hat es das Statistische Bundesamt ermittelt und in diesen Wochen kundgetan. Vielleicht hat auf diese Meldung hin manch eine/r ins Sparbuch – falls vorhanden – geschaut und festgestellt, daß er nur über einen Bruchteil dieser Summen verfügt. Und auch Rückfragen bei Verwandten und Bekannten erbrachten meist ähnliche Ergebnisse. Das ist auch nicht erstaunlich, denn bei den genannten Zahlen handelt es sich um Durchschnittswerte.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Helmut Creutz

Zieht man die statistisch erfaßten Unterscheidungen heran, so lag das Zinseinkommen der Arbeitnehmer im Durchschnitt bei DM 3.200,– das der Selbständigen bei DM 11.600. Aber auch mit diesen Durchschnittswerten wird vieles in der Wirklichkeit verdeckt. So z.B. der Tatbestand, daß zu den Arbeitnehmern auch die Manager in den Direktions- und Konzernetagen gehören, die häufig über Millionenvermögen verfügen. Umgekehrt gehören zu den Selbständigen nicht nur Unternehmer, Ärzte und Spitzensportler, sondern hunderttausende von kleinen Bauern, Händlern und Handwerkern, die oftmals keinen Pfennig auf der hohen Kante haben, sondern nur Schulden.

Die *tatsächlichen* Unterschiede sind beträchtlich, wie ein Blick in die Vermögenssteuerstatistik zeigt: Etliche tausend Privathaushalte haben *Kapital*einkünfte von mehr als DM 500.000 im Jahr, also 160mal soviel wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt. Dabei tauchen - wie bekannt - nur Bruchteile der Zinseinkommen in den Steuererklärungen auf, der Hauptgrund für die Einführung der Quellensteuer.

Zieht man bekannt gewordene Einzelfälle heran, klettern die Vermögenseinkommen ins Astronomische. So lag nach einer Meldung des *Spiegel* das Zinseinkommen Helmut Hortens bereits 1984 bei 300.000.000 DM im Jahr, tagtäglich also bei rund DM 800.000. Und das Zinseinkommen der englischen Königin wurde vor einigen Jahren auf mindestens 2,7 Millionen DM pro *Tag* geschätzt.

Warum keine genaueren Übersichten?

Während es über viele weniger wichtige Bereiche genaueste Statistiken gibt, fehlen diese auf dem Vermögenssektor, zumindest was die Verteilung der Bestände auf die Haushaltsgruppen angeht. Anhaltspunkte über die Verteilung bieten lediglich die Stichprobenerhebungen des Statistischen Bundesamtes, die alle fünf Jahre bei etwa 50.000 Haushalten auf freiwilliger Basis durchgeführt werden. Neben den Ausgaben und Einkommen werden dabei

auch die wichtigsten Geldvermögensarten und Privatverschuldungen erfragt. Aus den beiden letzten Größen errechnet man dann als Differenz das sogenannte „Nettogeldvermögen" für die einzelnen Haushalte. Unterteilt auf 26 Haushaltsgruppen nach ihrem jeweiligen Vermögensstand, ergab die letzte Erhebung 1983 folgende Verteilung: Acht Prozent aller Haushalte hatten ein „negatives Nettogeldvermögen", das bis zu DM 72.000 ins Minus reichte. Das heißt, bei diesen Haushalten waren die Konsumentenschulden deutlich höher als die Guthaben, bzw. sie hatten nur Schulden und keinen Pfennig auf der hohen Kante.

Bei fünf Prozent der Haushalte war der Saldo zwischen Schulden und Vermögen ausgeglichen.

Die übrigen 87 Prozent verfügten über ein „positives Geldvermögen", das allerdings bis weit über die Mitte aller Haushalte nur sehr zögernd zunahm. Erst im letzten Drittel der Haushalte beschleunigte sich die Geldvermögenszunahme, um bei den letzten Haushaltsgruppen steil in die Höhe zu schießen (bis 340.000 DM).

Zählt man die Nettogeldvermögen zusammen, dann verfügte die eine Hälfte der Privathaushalte nur über 4 (vier!) Prozent der gesamten Bestände, die andere Hälfte über 96 Prozent. Dabei konzentrierte sich auch dort das Gros der Vermögen bei dem letzten wohlhabendsten Haushalts-Zehntel.

Doch in Wirklichkeit ist auch diese Verteilung noch „geschönt", denn bei der Auswertung der Befragung hat man die Haushalte *mit einem Monatseinkommen von* mehr *als DM 25.000 außer Acht gelassen.* Würde man sie in die Verteilung mitaufnehmen, ginge deren Vermögenssäule um das Zehn- bis Hundertfache über die letzte erfaßte von rund DM 340.000 hinaus.

Die Verteilung der Zinseinkünfte ist jedoch noch krasser als die der Geldvermögen. Denn während der Sparbuchbesitzer sich zumeist mit zwei bis drei Prozent Verzinsung zufriedengeben muß, erhält man für größere und langfristig angelegte Ersparnisse einen zweibis dreimal höheren Satz. Als Folge dieser Zinseinkünfte schwellen darum die großen Vermögen immer schneller an.

Woher kommen die Zinseinkünfte?

Wie jeder weiß, erhält man die Ersparniszinsen am Jahresende von der Bank gutgeschrieben. Die Bank wiederum holt sich diese Zinsen – erhöht um den Vermittlungsaufschlag – von jenen, die sich die Ersparnisse ausleihen, also von den Kreditnehmern. Woher aber nehmen diese die Zinsen?

Nun, soweit es sich bei den Kreditnehmern um Konsumenten handelt, läßt sich diese Frage leicht beantworten: Sie müssen für die Zinsen arbeiten. Diese Konsumentenkredite machten im Durchschnitt aller Haushalte Ende 1987 DM 8.200 aus. Umgerechnet auf die tatsächlich verschuldeten Haushalte lag der Betrag etwa bei DM 25.000. Bezogen auf die *Gesamt*verschuldung unserer Volkswirtschaft liegen diese Konsumentenschulden jedoch nur bei 6 Prozent. Die Verschuldung der **öffentlichen** Haushalte – also des Staates – war mit 24 Prozent **viermal** größer als die der Privathaushalte. Die Verschuldung der **Wirtschaft** lag bei **70 Prozent** der Gesamtverschuldung und war damit rund **zwölfmal** größer.

Woher nehmen Staat und Wirtschaft aber nun die Zinsen, die sie an die Banken und andere Geldgeber abführen müssen?

Für die Unternehmen sind Zinsen Kosten so wie Ausgaben für Materialien und Löhne. Alle Kosten aber muß ein Unternehmen über die Preise an die Endverbraucher weitergeben, wenn es überleben will. Nicht anders kann auch der Staat alle Kosten letztlich immer nur über Steuern und Gebühren bei den Bürgern abkassieren, also am Ende wieder bei Otto Normalverbraucher.

Im Durchschnitt war also rechnerisch jeder Privathaushalt im Jahr 1987 nicht nur mit rund 700 DM Zinsen für Konsumentenschulden belastet, sondern zusätzlich mit 2.300 DM Zinsen für die Staatsverschuldung und rund DM 6.000 für die der Unternehmen. Zusammen also mit etwa DM 9.000.

Vergleicht man diese Summe mit dem verfügbaren Einkommen je Haushalt (1987: DM 49.000), sind das rund 18 Prozent. Nimmt man die Zinsen für das schuldenfreie Sachkapital hinzuk, kommt man ungefähr auf die doppelte Summe. Das heißt konkret: **Jede dritte ausgegebene Mark ist eine Zinsmark, die anderen ohne Gegenleistung in die Tasche fließt.**

Beispiele: Nach öffentlichen Kalkulationen stecken in den Müllabfuhrgebühren 12 % Zinsen, im Trinkwasserpreis 38 %, in den Abwassergebühren 47 % und in der Kostenmiete rund 75 %. Das aber heißt nichts anderes, als daß der Normalbürger sich die Zinsen selber zahlt, die er auf dem Sparbuch erhält. Ja, er zahlt in der Mehrzahl aller Fälle viel mehr an Zinsen, als ihm selber gutgeschrieben wird.

Wer profitiert vom Zinssystem?

Das Zinssystem bevorteilt alle, die mehr Zinsen erhalten als sie zahlen müssen. Geht man davon aus, daß jede dritte ausgegebene Mark eine Zinsmark ist, kann jeder leicht errechnen, was er im Jahr für diesen Kostenposten aufzubringen hat.

Vergleicht er diese Summe mit seinen gesamten Zinserträgen, dann zeigt sich, ob er zu den Gewinnern oder Verlierern des Zins-Nullsummen- Spiels gehört. Ausgeglichen sind die Größen bei allen Haushalten, die mindestens das **Sechs- bis Siebenfache ihrer gesamten Jahresausgaben zinsbringend auf der hohen Kante haben.** Das dürften etwa 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung sein. Mit anderen Worten: 85 bis 90 Prozent der Haushalte zahlen drauf. Das umso mehr, je weniger sie haben. Und durch diesen zinsbedingten Einkommenstransfer von der Arbeit zum Besitz werden die bereits Reichen „von alleine" immer reicher, während die Habenichtse langsam immer ärmer werden.

Diese **verdeckte** Umschichtung der Einkommen macht erklärbar, warum es selbst in stabilen Wachstumsgesellschaften zu einer „neuen Armut" kommt. In der Bundesrepublik ist diese Entwicklung noch im Anfangszustand. In Ländern wie England und noch mehr in den USA bereits deutlicher erkennbar, von den „Entwicklungsländern" nicht zu reden. Hier profitieren wir als eines der großen Gläubigerländer noch von den Zinstransfers, was sich indirekt auch zum Vorteil der Arbeitleistenden auswirkt, wenngleich mit abnehmender Tendenz.

Die Zinsströme in aller Welt nehmen also beständig zu, schneller als die Leistung und die Arbeitslöhne. Mit ihnen wachsen die Diskrepanzen zwischen arm und reich, zwischen Arbeit und Besitz. Sie nehmen jedoch nicht nur zwischen den armen und reichen Ländern zu, sondern auch innerhalb aller Volkswirtschaften.

Fazit

Statistische Zahlen und statistisch erfaßte Entwicklungen werden uns auch in den kommenden Jahren eine Zunahme unserer Geldvermögen verkünden, ohne auf die dahinter verborgenen sich aufbauenden Unterschiede einzugehen. Dies gilt besonders für die Angaben und Vorgänge im Geldvermögensbereich. Eine Zunahme der Sachvermögen spiegelt im allgemeinen einen Wohlstandsanstieg wider, auch wenn er unterschiedlich verteilt ist. Eine Zunahme der Geldvermögen signalisiert jedoch immmer eine **gleichhohe** Zunahme der Verschuldung, zunehmende soziale Spannungen, Firmenüberschuldungen und Firmenkonzentrationen. Am Ende einer solchen Entwicklung kann immer nur ein Zusammenbruch der Wirtschaft stehen.

Anzeige

Bitte unterstützen Sie die Arbeit der organisierten Tiefflug-Gegner mit einer

Spende gegen Tiefflug

zur Finanzierung von Prozessen, gewaltfreien Aktionen und verstärkter Öffentlichkeitsarbeit

auf das Spendenkonto der **Bundeskoordinationsstelle der Tiefflug-Gegner**

Spar- u. Kreditbank Gau-Odernheim
BLZ: 553 622 88
Kto.: 510 831

Den Spendenaufruf unterstützen als Erstunterzeichner/innen:

Olaf Achilles
Hacko Bernzott
Christoph Bornebusch
Jochen Lange
Werner May
Bärbel Stechel
Klaus Vack

1992: Die Vielfalt ließe sich wiederbeleben

Reform des Genossenschaftssektors durch EG-Recht?

Red. Genossenschaften Während die Ernüchterung über die Auswirkungen eines EG-Binnenmarktes größer und die politischen Folgen sichtbarer werden, gibt es auch positive Aspekte. Dazu gehört eine Rechtsvereinheitlichung im EG-Rahmen, die auf Rechtsnormen und -strukturen in der Bundesrepublik Einfluß nehmen wird, die hier erstarrt oder gar Relikte einer nicht oder nicht ganz bewältigten Stunde Null der post-nationalistischen Ära sind.

Gert Behrens

Der Genossenschaftsbereich gehört sicher zu den Rechtsgebieten, in denen die Zwangsvereinigungen und -enteignungen der Nazis nicht in einem Maße entflochten wurden, der ihrem Status in den 20er Jahren entsprach. Das mag daran gelegen haben, daß nach 1945 nicht genug Menschen da waren, die diese Pluralität hätten leisten können. Das mag auch an einem Hang zum Zentralismus gelegen haben und der Überlegung, daß eine notwendige Aufbauleistung nur mit gesammelten Kräften möglich sei. Was auch immer die Gründe waren: die Vielfältigkeit, die Buntheit einer Genossenschaftsbewegung, wie sie vor dem 2. Weltkrieg vorhanden war, ging verloren.

So bieten die anstehenden EG-Rechtsreformen die Chance einer Wiederbelebung der Genossenschaften in der Bundesrepublik und gleichzeitig die einer Strukturanpassung an neue gesellschaftliche Schwerpunkte (Wertewandel).

Genossenschaften, die im vergangenen Jahrhundert und bis Ende der 20er Jahre gegründet wurden, waren überwiegend konsumentenorientierte (abnehmerorientierte) Einrichtungen zur Beseitigung von Defiziten im Warenverkehr. Schwerpunkte ihrer Tätigkeiten lagen in der Verbesserung des Verhältnisses von Qualität und Preis, der Schaffung von Wohnraum sowie der Beschaffung von zingsgünstigen bzw. zinsangemessenen Krediten. Außerdem gab es viele landwirtsachftliche Ein- und Verkaufszusammenschlüsse. Produktionsgenossenschaften haben in Deutschland dagegen weniger Tradition.

Der innere und äußere Wertewandel kommt bei den neuen genossenschaftlichen Zusammenschlüssen durch die Art ihrer Tätigkeit zum Ausdruck und den Anspruch auf „Selbstverwirklichung" ihrer Mitglieder auf außermateriellen Gebiet. Die „neuen" Handwerker-, Dienstleistungs- und Wohnkollektive knüpfen zwar hinsichtlich ihrer Ansprüche auf die Qualität der von ihnen erzeugten Produkte, erbrachten Dienstleistungen und bevorzugten Wohnformen (umweltverträglich, hoher Gebrauchswert, preisgünstig etc.) an die Grundlagen der alten Genossenschaftsbewegung an. Dies gilt aber nicht im Sinne eines allgemeinen Mangels an Dienstleistungen und von Gütern, sondern als Alternative zu einer „Ex–und–Hopp–Verbrauchermentalität". Zudem gründen sie sich in großem Umfang auch als Selbsthilfe-Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.

Bei den Genossenschaften alter Prägung war „Kultur" eher im Sinne eines sozialdemokratischen Bildungsansatzes („Bildung macht frei") angesiedelt. Sie hatte (damals) einen hohen Stellenwert. Dagegen ist der Kulturbegriff in der Selbstverwaltungswirtschaft im Streben nach persönlicher Autonomie zu sehen und damit auf der Suche nach dem individuellen Interessenausgleich zwischen der Notwendigkeit, den Lebensunterhalt zu verdienen und dem Bedürfnis nach Befriedigung außermaterieller Interessen. Ein konventionelles Bildungsbedürfnis besteht allein schon wegen des überdurchschnittlichen Prozentsatzes von Hochschulabsolventen in der Selbstverwaltungswirtschaft nicht.

Zwei gesetzgeberische Wege

Dies mußte vorausgeschickt werden, um den Konflikt deutlich zu machen, der in einer EG-Reform der Genossenschaften angelegt ist. Für ihn gibt es nach meiner Auffassung nur zwei gesetzgeberische Lösungsstrategien:

a) die Schaffung eines EG-einheitlichen Genossenschaftsgesetzes, das die Ländergesetze ersetzt bzw. in einigen EG-Länder erst schafft oder
b) die Schaffung einer übergeordneten Rechtsnorm, die lediglich Strukturmerkmale festschreibt und es den einzelnen Ländern überläßt, diese Strukturmerkmale auf die unterschiedlichsten in den jeweiligen Ländern existierenden Rechtsformen anzuwenden.

Die Vorschläge, die das „Sages Conceils" in einem Statut für eine „Europäische Cooperative" gemacht hat, gehen in die Richtung einer übergeordneten Rechtsnorm. Von mir – allein aus pragmatischen Gründen – befürwortet. Sie entspricht dem Verfahren, wie es in Frankreich mit dem Gesetz vom 19. Juli 1978 über die „Cooperative Ouvrieres de Production" (S.C.O.P. = Arbeiterproduktionsgenossenschaft) gefunden wurde.

Die Schaffung einer übergeordneten Rechtsnorm für eine e.C. hat für **EG-Ländern mit einem Genossenschaftsrecht** den Vorzug, mehrfache Wahlrechte zu ermöglichen, beispielsweise könnten dann in der Bundesrepublik gewählt werden:

1. eine Organisation in der Rechtsnorm des Genossenschaftsgesetzes **ohne** E.C.-Grundsätze oder
2. eine Organisation in der Rechtsnorm des Genossenschaftsgesetzes **mit** E.C.-Grundsätzen oder
3. eine Organisation in einer anderen Norm des Zivilrechts (Gesellschaft bürgerlichen Rechts, GmbH etc.) mit E.C.-Grundsätzen.

Den Interessenten in **EG- Ländern, die über kein Genossenschaftsrecht verfügen**, bietet eine solche Gesetzgebung die Möglichkeit, vorhandene Rechtsformen unter Bezug auf diese EG-Rechtsnorm genossenschaftlich zu organisieren.

Struktur einer „Europäischen Cooperative"

Als grobe Struktur der Inhalte eines solchen „Gesetzes über die e.C." schlage ich für die grundsätzliche Organisation vor, daß die Mitglieder zunächst in der Satzung **eine Entscheidung zugunsten der „Rechtsnorm e.C."** treffen. In einem zweiten Schritt müßte die **weitere Entscheidung** gefällt werden, ob sie sich als a) **verbraucherorientierte e.C.** oder als b) **beschäftigungsorientierte e.C.** organisieren wollen. Je nach Satzungsanordnung müssen die Mitbestimmungsgrundsätze in der e.C. anders geregelt werden:

Bei der verbraucherorientierten e.C. ist durch die Satzung eine paritätische Mitbestimmung aller im Unternehmen Beschäftigten sicherzustellen. Hier wird der Tatsache Rechnung getragen, daß die Anzahl der Beschäftigten weitaus geringer ist als die Anzahl der Unternehmenseigner (Genossen/Gesellschafter/Aktionäre etc.).

In der beschäftigungsorientierten e.C. müssen die Beschäftigten mindestens 51% der Stimmrechte erhalten. Den Gesellschaftern steht es frei, einen höheren Anteil des Mehrheitsbesitzes festzulegen. Durch zusätzliche Vereinbarung von Satzungszielen eröffnet sich die Möglichkeit (z.B. Auflagen der Bundesanstalt für Arbeit) diese e.C.-Form für bestimmte öffentliche Förderungen zugangsberechtigt zu gestalten oder bei der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen mit steuerlichen Privilegien auszustatten.

Ein Wechsel von der verbraucher- zur beschäftigungsorientierten e.C. soll durch Satzungsänderungsbeschluß jederzeit möglich sein.

Weitere festzulegende Einzelfragen sind:

1. Die Gesellschafter haften nur mit dem Zeichnungskapital, d.h. eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts e.C. ist – ohne dadurch zur juristischen Person zu werden – eine GbR mit beschränkter Haftung.
2. Ein eingezahltes Mindestkapital ist vorzuschen (z.B. DM 10.000 bei Personengesellschaften, DM 25.000 bei Genossenschaften und damit Ersatz der Wirtschaftlichkeitsprüfung gem. §11 Abs. 2 Nr. 4 GenG).
3. Die Mindeszahl der Gründungsgesellschafter ist 3.
4. Die Rückzahlung von stimmrechtsfähigen Anteilen erfolgt nach dem Nominalwertprinzip.
5. Prüfungsverbände für e.C.'s können neu gegründet werden.
6. Prüfungspflicht gib es nur bei Rechtsformen, die das ausdrücklich vorsehen (Aktiengesellschaften bzw. die Vorschriften des Bilanzrichtliniengesetzes). Bei Genossenschaften e.C. besteht eine Vorlagepflicht der Jahresabschlüsse beim Prüfungsverband. Die Prüfung des Genossenschaftsverbandes erfolgt nur hinsichtlich bestimmter Formteile (die Vorschriften des Bilanzrichtliniengesetzes sind zu beachten), wie:
   a) Übereinstimmung des Genossenschaftskapitals laut Jahresabschluß mit der von der Genossenschaft geführten Mitgliederliste,
   b) Überprüfung der ordnungsgemäßen Besetzung der Vertretungsorgane,
   c) Einhaltung der Vorschriften über die Gliederung des Jahresabschlusses,
   d) formelle Überschuldungsprüfung,
   e) Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit einer vom Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft abzugebenden Erklärung über die Einhaltung handelsrechtlicher Vorschriften bei der Aufstellung des Jahresabschlusses.
7. Verschiedene Formen der Beteiligung mit stimmrechtslosem Eigenkapital sind möglich (z.B. auch die Beteiligung nach § 230 HGB (Stille Gesellschaft) bei der BGB-Gesellschaft und der Genossenschaft).
8. Mehrfachstimmrecht ist ausgeschlossen.
9. Notarielle Beurkundung der Gründung, der Satzungsänderung und des Gesellschafterwechsels gibt es nur dort, wo die Einzelrechtsform dies vorschreibt. Eine Eintragung der GenossInnen einer e.G./e.C. im Genossenschaftsregister wird nicht vorgeschrieben.

Das andere deutlich machen

Regelungen dieser Art hätten zunächst den Vorteil, nicht zu tief in die zivilrechtlichen Normen vorhandener Gesetze einzugreifen. Aber auch das von den Genossenschaftsverbänden zur Verteidigung ihrer restriktiven Zugangsvoraussetzungen häufig gebrauchte Argument der „Solidität qua Rechtsform" greift dann nicht mehr, wenn das Unterscheidungsmerkmal „e.C." deutlich macht, daß es sich hier (z.B. bei Zusammenschlüssen in einer Genossenschaft) um eine „andere" Genossenschaft handelt.

Genossenschaftsförderung

Buchtip

Die *Mietergenossenschaft Heimat iG* in Frankfurt hat eine Dokumentation über „60 Jahre Heimatsiedlung" herausgegeben. Sie enthält zahlreiche Bilder aus der wechselvollen Geschichte der Siedlung und historische Dokumente. Die *Mietergenossenschaft Heimat* kämpft seit Jahren für den Erhalt der gewachsenen Strukturen der Siedlung, die im Besitz der „Neuen Heimat" war und setzt sich für genossenschaftliche Mietermitbestimmung ein. Auch die politischen Anstrengungen um Aufbau und Konsolidierung der Mietergenossenschaft sind dokumentiert. Das Buch kostet DM 24,90 und kann direkt bestellt werden bei:
Mietergenossenschaft Heimat iG
Unter den Kastanien 1 E
6000 Frankfurt/Main 70

Selbstorganisierte Beschäftigungspolitik und Sozialarbeit

Mit diesem Arbeitstitel findet vom 13. bis 16. April 1989 ein internationaler Workshop im *Zentrum für interdisziplinäre Forschung* der Universität Bielefeld statt. Themenschwerpunkt ist der Selbsthilfegedanke und die Zukunft der Genossenschaftsidee. An dem Workshop nehmen Wissenschaftler aus Groß-Britannien, Dänemark, den Niederlanden und der Bundesrepublik teil. Die Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch, alle Beiträge werden simultan übersetzt. Das erste Einführungsreferat hält *Prof. Dr. Klaus Novy*. In insgesamt 5 Arbeitskreisen werden Themenschwerpunkte bearbeitet. Als Referenten bzw. Diskutanten sind u.a. *Wolfgang Beywl, Thomas Schaefers, W. Rehfeld, M. Opielka, Th. Olk* vorgesehen. **Ansprechpartner:** Universität Bielefeld, Dr. Hans-Eckbert Treu, Tel. (0521) 106-2209.

Aus der Verbundstelle

Bis März 1989 lagen der *Verbundstelle* 34 Anfragen von Projekten vor, die beabsichtigen, einen Betrieb in genossenschaftlicher Rechtsform zu gründen. Schwerpunktmäßig entstehen die Projekte in NRW (17 von 34). Zwei Drittel der Projekte streben die Gründung im produktivgenossenschaftlichen Bereich an. Hier sind auch die größten Beschäftigungseffekte zu erwarten. Sehr interessant sind außerdem genossenschaftliche Initiativen, die sich im Bereich „Ökologischer Landbau" und „Regenerativer Energieerzeugung" zunehmend entfalten. Es entstehen wieder hilfsgenossenschaftliche Zusammenschlüsse in neuen, zukunftsträchtigen Arbeitsfeldern, denen sich der Verein verstärkt zuwenden wird. Die Arbeit der *Verbundstelle* zeigt schon jetzt, daß die Rechtsform der Genossenschaft nicht nur für selbstverwaltete/produktivgenossenschaftliche Betriebe an Bedeutung gewinnt, sondern auch für Kooperationen in innovativen Wirtschaftsfeldern eine aktuelle, handhabbare Form darstellt.

Stärkt den Genossenschaftsgedanken
VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
(0228) 21 52 90

Anti-Pädagogik contra Libertäre Pädagogik

Plädoyer für eine Abschaffung fremdbestimmten Lernens

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Red. Heidelberg Pädagogik – der Begriff beinhaltet Führung, auch in ihrer elegantesten Form: der Erziehungskunst. Anti-Pädagogik (hier mit Trennungsstrich, um zu betonen, daß es sich dabei nicht lediglich um eine andere Form von Pädagogik handelt) bedeutet die Verneinung, die Ablehnung und Verweigerung von Pädagogik. Und libertäre Pädagogik – gibt es das überhaupt? Beinhaltet der Begriff „libertär" nicht grundsätzlich die Ablehnung jeder Führung?

Gerhard Kern

Dank intensiver Nachforschungen von WissenschaftlerInnen und FeministInnen steht es inzwischen fest: Diese üble Welt ist ein Kind der VÄTER. Radikale ForscherInnen haben die Tünche der Siegerherren abgekratzt und die Wurzeln freigegraben: Die gleichberechtigte Beziehung von Subjekt und Objekt, eine Voraussetzung der archaischen Gesellschaft, die zu schaffen es erst noch gilt. Seit des revolutionären Sieges der Männerkultur über die Matriarchate war es das Ziel der Sieger, Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung zu unterdrücken. Seither haben Siegerherren Führer- [illegible] erzeugt, die die Welt mit Gewalt und Krieg in grober und sublimer Form regieren. Seither dienen Kriegsbewegung und Erziehungskunst der Erhaltung der patriarchalen Struktur.

...und befreie uns von dem Übel

Heute kann nachgewiesen werden, wie scharfsinnig die „Männerhäuser" (Otfried Eberz) vorgegangen sind und die alten matriarchalen Kulturen assimiliert haben. Es war eine vollkommen geglückte Revolution, die sich, vom alten Ägypten ausgehend, über die gesamte übrige Welt durchsetzte. Sie war deshalb vollkommen, weil von den alten Kulturen fast nichts mehr übrig blieb. Nur noch Mythenkundige (z.B. Bachofen, Eberz, Engels) konnten die Patina der zugekleisterten Geschichtsbilder abkratzen und die Geschichte der Unterdrückten so den Zeitgenossen wieder zugänglich machen. So wurde erkennbar, wie grausam der Verlauf der physischen und psychischen Unterdrückung der weiblichen Hälfte der Menschheit war und ist.

Heute wissen wir, wie der Übergang von der Gewohnheitsgesellschaft zur Rechtsgesellschaft geschah, wie sich aus Brauchtum abstraktes Recht entwickelte. Hier ist vielleicht auch der Übergang zu suchen, der Erziehung und Pädagogik entstehen ließ. Die wahrscheinlich zu „Recht" so genannte Zeitenwende brachte uns die Zeit der Schamanen, Theologen und Pädagogen; Erzieher von Familie, Sippe und Volk. Diese Experten des Hominismus feilen seither am Profil einer männerorientierten Gesellschaft; sie sind die Päpste (Vermittler) eines Vaterwahns oder ihrer Vater-Götter. Die Theologie des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes ist eine Trilogie des Schreckens und hat ihre Entsprechung im heutigen Staat, der auch Ausdruck des Männlichkeitswahns ist. Väterlich werden wir belehrt und bestraft, bis wir sind wie ER, dies gilt selbstverständlich auch für seine weiblichen SchülER. Seither schreiben und bestimmen die Herren und Väter die Geschichte, und nur subkulturell drängt die unterdrückte „Natur" des Menschen ins Hier und Jetzt.

Daher muß eine Bewegung, die die Utopie der Anarchie verwirklichen will, auch ansetzen bei der Befreiung von dem Übel der Herrlichkeit, von jener Norm gewordenen (er ist wirklich Fleisch geworden) Herrenkultur, somit auch bei Führungsansprüchen und Pädagogik.

Freiheit: Kein Dressurakt, sondern Kampf!

Die Anti-Pädagogik versucht z.B. mit den Mitteln der Kritik, den Nachweis zu führen, daß die Zementierung hierarchischer Zustände schon in der Wiege beginnt und den traurigen, aber preisgekrönten Abschluß im staatlichen Altersheim findet. Sie analysiert die Käfighuhnlogik, die der Staat sich zunutzemacht, um seine Bürger zu den verlogensten Wesen auf dem Erdboden zu machen, so verlogen, daß sie schließlich ihren eigenen Bedürfnissen nicht mehr trauen. Das Käfighuhn z.B. (wissenschaftlich erwiesen) ist nach einer gewissen Zeit nicht mehr in der Lage, seinen Käfig mit der Blumenwiese einzutauschen, da es mittlerweile den Käfig für den einzig möglichen Lebensraum hält.

Da es AnarchistInnen und Anti-PädagogInnen nicht um eine „Erziehung zur Freiheit" (Schlagwort reformerischer Pädagogen) geht, müssen sie die alten Lehrgebäude der überfälligen Pädagogik und Erziehungswissenschaften einreißen, damit neue entstehen können. Der Herrschaftswissenschaft muß sich eine „Zukunftswerkstatt" entgegenstellen, die völlig Neues, den konkreten Menschen entsprechendes entwickelt. Nicht andere Schulen, ob „freie" oder „Waldorf" oder sonstige, sind zu entwickeln. Diese orientieren sich allemal an überkommenen Lehrmeinungen. Revolutionär im Sinne der Anarchie wären hier nur Lebensformen, die ein gegenseitiges Lernen aller Beteiligten möglich machen. Dies wird in einigen subkulturellen Gruppen ansatzweise versucht.

Von der Analyse des Gestrigen zur Struktur von morgen

Anarchie und Anti-Pädagogik sind m.E. im wesentlichen deckungsgleich, da eine herrschaftsfreie Gesellschaft nur mit *gegen* Pädagogik eingestellten Menschen erreicht werden kann. Es gibt auch nachweislich eine gemeinsame Vergangenheit: Die Reihe der anti-autoritär eingestellten Menschen reicht von der APO über Bakunin, Rousseau hin zu den Kynikern, Stoikern und Epikureern.

Daniel Ferraro sagt in „Anarchimus in der griechischen Philosophie": „R.D. Dudley weist darauf hin, daß ...Diogenes von Sinope als der wahre Schöpfer der kynischen Lebensweise betrachtet werden muß... Er war kein Sesselphilosoph, kein akademischer Theoretiker, der mit den Erfordernissen des täglichen Lebens nichts zu tun hatte... Eines der berühmtesten Paradoxe Diogenes'ist seine Forderung, die Münze zu entwerten. Damit...verlangte er einen Großangriff auf die herrschenden Konventionen in allen Bereichen des menschlichen Handelns." Und „Julian sagt an einer Stelle, als er von dem Kyniker Oenomaos spricht: Dies ist also sein Ziel, die ganze Ehrfurcht vor den Göttern abzuschaffen, alle Gesetze mit Füßen zu treten, die mit Ehre und Gerechtigkeit gleichgesetzt werden können, und mehr noch, auf allen jenen Gesetzen herumzutrampeln, die durch die Götter in unsere Seelen sozusagen tief eingeprägt worden sind...". „So ist's recht und lustig woll'n wir leben", werden so mancher Anti- Pädagoge und so manche Anarchistin gleichermaßen sagen, „so haben die Freien und Unabhängigen zu allen Zeiten gedacht und gehandelt, haben die Normen ungültig gemacht und sich um Gesetze nicht geschert, wenn die eigene Einsicht die Übertretung gefordert hat."

Das Recht infragestellen

Daß es ohne Gesetz und Staatlichkeit geht, belegen die Arbeiten des Ethnologen Sigrist oder des Juristen Wesel, namhafte Wissenschaftler, die analysiert haben, daß viele frühe Gesellschaften im Gegensatz zu den späteren hierarchisch ausgerichteten Rechtsgesellschaften durchaus anarchisch funktioniert haben. Und zwar auf einer egalitären Basis, die sich an den Gewohnheiten und am Brauchtum der Menschen orientierte, sind doch Recht und Gesetz nicht die einzig denkbaren Regulative im Leben des Menschen in der Gesellschaft.
Die moralisch sehr viel weiter entwickelte Form ist die freie Vereinbarung und die Anerkennung der Andersartigkeit und der damit verbundenen anderen Bedürfnisse von Menschen. Es ist das Prinzip der gegenseitigen Hilfe oder auch der Co-Evolution, welches ganz andere Voraussetzungen für ein gemeinsames Leben schafft, als z.B. das Rechtsprinzip, welches immer das „Recht des Stärkeren" beinhaltet.

Gegen die Verstaatlichung der Lerninhalte

So wie es klar sein dürfte, daß rechtlose Gesellschaften nicht in den Größenordnungen der existierenden Staaten sich entwickeln können, so gilt diese Bedingung auch für die diversen Teilbereiche, in unserem Fall für die Lernmöglichkeiten in der Gesellschaft. Insofern sind unsere „Teilzeitgefängnisse" grundsätzlich abzulehnen und durch anarchische Kommunen und Kleingruppen zu ersetzen, in denen nur die internen Strukturen und die Beziehungen zu den Nachbarn bestimmend für Lernsituationen sind. Es wird gelernt, und zwar von jüngeren und älteren Menschen, was die ganz konkrete Lebensnotwendigkeit der Gruppe, der Kommune, der Region erfordert. Nicht das Abstraktum Staat bestimmt die Lerninhalte, sondern z.B. die Landwirtschaft, die Landmaschinenfabrik der jeweiligen Gemeinschaft. Dies deshalb, weil mit Hilfe der Landmaschinenfabrik die konkreten Bedürfnisse nach Nahrungsmittelherstellung für die Kommune gedeckt werden sollen. Dies ist für die Menschen einsehbar und dient der existenziellen Absicherung, nicht einem Abstraktum, sei es Kapitalstaat oder sozialistischer Staat.

Spätestens an diesem Punkt dürfte klar sein, daß es keine Institution gibt, auch keine „Freie Schule", die dem egalitären Anspruch der AnarchistInnen genügen kann. Jede Institution widerspricht einer freien Beziehung von Menschen und zementiert die hierarchische Gewalt.

Für's Leben lernen

So falsch ist dieser Spruch nicht. Nur muß geklärt werden, was für ein Leben gemeint ist. Geht es um das Leben, das in den Köpfen von Erziehern, auch Volkserziehern, rumspukt? Oder handelt es sich um die Lebensgestaltung jedes/r einzelnen in Selbstbestimmung?

Die Selbstbestimmung der Individuen oder auch die Freiheit aller ist daher der Maßstab, an dem sich Anti-Pädagogik oder auch Anarchie messen lassen müssen. Gemeinschaft und Kollektivität werden dabei nicht ausgeschlossen.

An der Umsetzung dieses Zieles haben sich viele versucht, und es wird auch heute in verschiedenster Weise daran gearbeitet. Zu den Vordenkern gehören Menschen wie Freire, Owen, Tolstoi, Ferer, Holt und andere. Reform- und Alternativschulen, Kinderläden und Kommunen sind Versuche, die in die beschriebene Richtung zielen.

Heute sind Namen wie E.v.Braunmühl, Bertrand Stern, Wolfgang Hinte, Marianne Gronemeyer, Christina Höhr, Alice Miller bekannt. Sie treten genauso für ein freies Lernen ein, wie es andererseits die Nürnberger „Stadtindianer" oder die „Lebensgemeinschaft im Dhrontal" in der Praxis bereits versuchen.

Ob allerdings der Kampf gegen jede Pädagogik jemals erfolgreich sein wird, hängt von der Stärkung der Widerstandskraft schon im zarten Säuglingsalter ab. Hier liegt die Aufgabe von Eltern. An diesem Punkt können sie ansetzen, den Weg für eine menschlichere Gesellschaft anzubahnen!

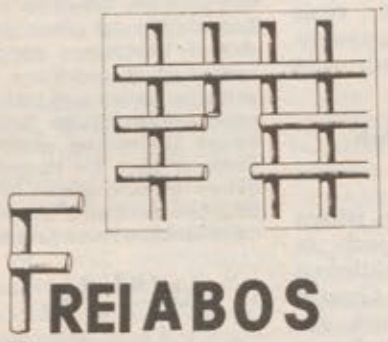
Literatur:

Kinder-Doppel-Beschluß
Schwarzer Faden Nr. 14 u. 15
Nur die Phantasielosen flüchten in die Realität (Karin Kramer Verlag)
Walter Borgius: Die Schule (Verlag der Mackay Gesellschaft)
J.J. Bachofen: Das Mutterrecht (Suhrkamp Taschenbuch)
Otfried Ebertz: Sophia und Logos (Verlag Rombach, Freiburg)
Lernen geht auch anders (AG SPAK, München).

CONTRAST(e) in den Knast!

Knastabos sind billiger – 25,-- DM pro Jahr

Spendet bitte auf das Konto:
Freiabonnements für Gefangene e.V.
Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00
Konto-Nr. 26011604
Kennwort: CONTRASTE



FREIABOS FÜR GEFANGENE E.V.
Domenicusstr. 3, 1 Berlin 62
Telefon 030/784 75 96

Wenn Ihr eine andere Zeitung spenden wollt, bitte entsprechendes Kennwort. Bitte Absender nicht vergessen. Für die Spendenquittung.

Spendet Freiabos!

Jede Zeitungsspende ist steuerlich absetzbar!

An: Freiabonnements für Gefangene e.V.
Domenicusstr. 3, 1000 Berlin 62

Einzugsermächtigung:
Zeitung .....

Kontoinhaber:

Bank:

Kontonummer:

Bankleitzahl:

O Ihr könnt ..... DM monatlich von meinem Konto abbuchen. Diese Erklärung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum und Unterschrift

Zum Beispiel Berlin

Freie Schule auf dem Gelände der UFA-Fabrik

Red. Heidelberg Seit über zehn Jahren kämpfen Eltern, Kinder und Lehrer für eine Freie Schule in Berlin. Das erste Konzept entwickelten Eltern eines Kinderladens, die für ihre Kinder eine freiere Lernsituation schaffen wollten, als es in der Regelschule üblich ist. Die Schulverwaltung räumte ein „besonderes pädagogisches Interesse" ein und erteilte 1979 eine vorläufige Genehmigung, die jedoch in den nachfolgenden Jahren immer wieder in Frage gestellt wurde.

1985 wurde der Schule zum zweiten Mal die Genehmigung entzogen, eine Klage gegen diese Entscheidung vom Oberverwaltungsgericht in letzter Instanz abgewiesen. Trotz dieser ungewissen Situation und gleichzeitiger Streichung der Hortgelder blieben alle Beteiligten standhaft. Durch die Erstellung eines neuen Konzeptes, der Gründung eines neuen Vereins, Bereitstellung eines Beirates und der Einrichtung einer wissenschaftlichen Begleitung konnte ein neuer Genehmigungsantrag eingereicht werden.

Am 27. 7. 88 erteilte die Berliner Ex-Schulsenatorin, Frau Laurien, eine vorläufige Genehmigung für zwei Jahre, allerdings weiterhin ohne finanzielle Unterstützung. Die neun Pädagogen, Erzieher und Praktikanten sind optimistisch, daß sie ihre Energie endlich wieder für die 40 Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren und den Schulalltag einsetzen können.

Interview mit Oskar Voigt, langjähriger pädagogischer Betreuer der Freien Schule (aus: UFAZ, Zeitung der UFA-Fabrik, Nr. 19)

Was sind eure Grundlagen für die Schularbeit in den nächsten Jahren?

Das erste ist, daß den Kindern erfahrbar Respekt, Zuneigung entgegengebracht wird; daß die Kinder wirklich in einem vertrauten Gefühl sich und ihre Vorstellungen weiter entwickeln können, bzw. sich auf Erwachsene bei ihrer weiteren Entwicklung beziehen können; daß sie das Gefühl haben, ernstgenommen zu werden.

Wie äußert sich das konkret?

Zum Beispiel, wenn man sieht, daß sich ein Kind für längere Zeit von irgendetwas fernhält, dann ist das erste, nicht zu sagen, wie kriegen wir das Kind in einen Deutschkursus rein, sondern, was ist da los; und wo kann es sein, daß dieses Kind in seiner Abwehr – wenn es eine Abwehr ist – oder einfach in seinem neutralen Desinteresse, recht hat.

Kümmern sich bei euch bestimmte Erwachsene um bestimmte Kinder?

Eigentlich nein. Wir haben jetzt gerade ein gutes Beispiel. Seit diesem Schuljahr sind einige neue Leute da. Die Kinder sind an diesen Erwachsenen interessiert und gucken genau, wer ist das, und machen ihnen Vorschläge. Diese Leute stellen ja auch Vorschläge dar, und es entsteht ein Prozeß des Kennenlernens. Es ordnen sich nicht etwa nur die Kinder den Erwachsenen zu, sondern auch umgekehrt.

Das geht, was die einzelnen Personen betrifft, quer durch die Jahrgänge. Wir haben Dinge, die jahrgangsübergreifend sind, z.B. wenn wir in bestimmte Ausstellungen gehen, geschichtliche Sachen oder Physik. Natürlich sind die Fragestellungen der Kinder durchaus verschieden, aber genau das kann ungemein fruchtbar sein.

Wenn wir Fragen nicht aus dem Stegreif beantworten können, machen wir das nicht ungefähr, sondern gehen zusammen mit den Kindern dieser Frage nach; sie sehen also, daß wir auch vieles nicht wissen und wir machen uns zusammen kundig.

Was muß ein Lehrer vor allen Dingen mitbringen?

Er muß bereit sein, die Kinder als erstaunliche, junge Menschen zu betrachten und mit ihnen so umgehen. Natürlich ist und bleibt er der Erwachsene; er darf nicht so tun, als wäre er Kind unter Kindern. Diese Distanz wollen unsere Kinder. Das haben wir tausendfach erlebt: Die Leute, die sich an Punkten, mit denen sie nicht einverstanden sind, mit ihnen fetzen, auseinandersetzen, die sind spannend für die Kinder.

Uns hat man des öfteren vorgeworfen, hier ginge alles vom Kind aus. Es geht ganz entscheidend vom Kind aus. Das heißt jedoch gerade nicht „Laissez faire", weil die Kinder auf eine verläßliche Beziehung zum Erwachsenen aus den verschiedensten Gründen heraus großen Wert legen. Ihr Problem ist es, daß sie oft, gerade in der Regelschule, dieses Vertrauensverhältnis nicht entwickeln können, also nicht ernst genug genommen werden. Eigentlich läuft in der Regelschule eine Art „Laissez faire" zugunsten der Erwachsenen, während wir versuchen, eine wirkliche Beziehung zwischen Kind und Erwachsenen zu stiften.

Genauso wichtig ist es, daß die Erwachsenen als Lehrer auch ein eigenes lebendiges Interesse an der Sache haben, die sie den Kindern beibringen wollen; also ein Deutschlehrer nicht nur guckt, daß Rechtschreibung und Grammatik stimmen, sondern die Sprache Deutsch als etwas Lebendiges, Schöpferisches für die Kinder und sich selbst begreift.

Was müssen denn die Eltern mitbringen?

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß sich Kinder, wenn sie an diese Schule kommen, entscheidend verändern können. Diesen Entwicklungsschritten gewachsen zu sein, also ihnen gegenüber offenzubleiben, das denke ich, ist das Allerwichtigste, was die Eltern mitbringen müssen.

Das andere ist, daß bevor die Kinder in die Regelschule kommen, bei den Eltern oft eine Panik entsteht. Wenn sie in den ersten Jahren gesagt haben: „Jaja, mein Kind lernt das alles", und dann doch die Panik kommt...; da ist es manchmal schwierig, mit den Eltern zu reden. Also, wir können uns auch irren. Aber in der Regel, wenn wir gesagt haben, da wird es keine Probleme geben, ist es so eingetroffen. Daß z.B. von den ersten beiden Jahrgängen von 13 Kindern 10 die gymnasiale Weiterempfehlung kriegen, das heißt doch etwas.

Was macht ihr, wenn ein Kind jetzt vom Alter her nur noch ein Jahr auf der Schule bleiben würde und kein Interesse hat?

Das ist auch ein Phänomen, daß die Kinder, wo wir angeblich hier auf einer Insel sind, in der Regel ein glasklares Realitätsbewußtsein haben. Die wissen, das und das wird von mir verlangt, und das muß ich jetzt machen. Sie haben sich ganz offenkundig in den ganzen Jahren vorher hier mit etwas beschäftigt, was sie befähigt, sich mit Dingen auseinanderzusetzen, mit den sie eigentlich von sich aus weniger oder gar nichts zu tun haben möchten, natürlich unterschiedlich. Die Kinder legen dann Wert darauf, daß wir verbindliche Absprachen mit ihnen treffen, also Termine, Stundenpläne. Das Problem, das du beschrieben hast, tritt so nicht auf. Dazu kommt, es sind ja nicht nur wir glorreichen Erwachsenen, sondern in viel stärkerem Maße die anderen Kinder, die da motivieren.

Im Augenblick entstehen große Gruppen, die zusammen lernen, aber es gibt auch Kinder, die lieber zu zweit oder so lernen möchten. Erstaunlich ist, daß sowohl bei den Jüngeren wie auch bei den Älteren jahrgangsübergreifend Gruppen entstehen. Ich habe z.B. bei Mathe eine Zehnergruppe mit bis zu zweieinhalb Jahren Altersunterschied. Das ist eine unheimlich lebendige Geschichte, wo sich die Kinder auch untereinander helfen oder auch mal zusammen den Aufstand gegen den Typ da vorn probieren. Aber zu den Sachen, die unter den Kindern ablaufen: Es gibt Bereiche, wo sie entschieden Wert darauf legen, daß es ihr Eigenes ist, die gestalten sie, z.B. daß sie ihre Zimmer haben, wo es keineswegs selbstverständlich ist, daß ein Erwachsener einfach hereinschneit, sondern das ist ihr Zimmer.

Wie ist das Verhältnis zwischen großen und kleinen Kindern? Also z.B. die Kinder, die kurz vorm Abgehen sind und dann die Neuankömmlinge?

Ja, das war, als es zum ersten Mal passierte, eine ziemlich herbe Geschichte: also, die Auswirkungen für die Kinder, die neu dazukamen; weil die Kinder, die diese Schule vom ersten Tag an miterlebt hatten, sehr eifersüchtig auf die Neuen waren. Denen haben sie es wirklich sehr schwer gemacht. Aber gerade die, die als erste Neuzugänge dieses Neusein hier sehr leidvoll erleben mußten, verhalten sich jetzt bei den Neuen anders.

Greift ihr bei Auseinandersetzungen zwischen den Kindern ein?

Sehr wohl. Da gibt es 1000 Möglichkeiten. Das wichtige ist, daß man nicht mit einer Präventivhaltung alle möglichen Konflikte zu verhindern versucht. Natürlich, wenn es gefährlich wird, wenn sie außer sich geraten, dann mußt du wirklich da sein. Bei diesem Eingreifen begibst du dich mit in die Auseinandersetzungen. Ich hab es oft erlebt, daß ich wohlmeinend in so einen Konflikt reinging, so mit „um Gottes Willen, das arme Würstchen" oder so – und plötzlich hab ich alle gegen mich, das „arme Würstchen" auch.

Du nimmst dem Kind damit praktisch die Möglichkeit, das selbst zu klären?

Ja, das nehmen die anderen ja wahr, wenn sich einer immer hinter den Erwachsenen versteckt. Das wird astrein analysiert und ihm glasklar an den Kopf geworfen.

Was für ein Verhältnis haben Mädchen und Jungen zueinander?

Es ist nicht so, wie man vielleicht erwartet, daß sich die traditionellen Erwartungen und Rollen hier auflösen lassen. Im Gegenteil ist es so, daß sich manches verschärft.

Aber es gibt viele Sachen, die einfach zusammenlaufen. So z.B. die Geschichte mit dem Circus, wo Charlie mit einigen eine Clownsnummer gemacht hat. Die Mädchen sagten, „Toll, machen wir!" und die Jungs, „Paah, Mädchenkram!". Später saßen sie dann mit glänzenden Augen alle vor dem Video und meinten, „das wollen wir auch!"

Oder, wenn einer Hilfe braucht, ist es meist völlig egal, ob Junge oder Mädchen. Wir geben diese Geschichte nicht auf, denn wir wissen, daß die Kinder aus ihrer Lebensgeschichte, von zuhause und der ganzen Umwelt, klare Determinanten mitgeliefert bekommen, und mit denen müssen sie sich erst einmal auseinandersetzen. Sie tun das zunächst mit Abgrenzung nach außen hin weiter, und das ändert sich dann mit zunehmender Zeit.

Freie Alternativschulen in der BRD

Freie Schule Kreuzberg Gneisenaustr. 2a 1000 Berlin 61 Tel. (030) 691 10 71	seit 1980 ohne Genehmigung; Finanzierung über Eltern, Netzwerk, Spenden und GRÜNE	schwankend zwischen 7 und 25	Verfassungsbeschwerde wg. Verweigerung durch Schulverwaltung, VerwOVG und BundesVG; Entscheidung 89; im Laufe der Jahre eine polizeiliche Vorführung eines Kindes; Bußgeld- und Strafverfahren endeten zwischen 0 und 1.600 Mark.
Freie Schule Tempelhof/UFA Viktoriastr. 10-18 1000 Berlin 42 Tel. (030) 752 30 10	seit 1979; bis 86 vorläufige Genehmigung, dann wieder entzogen; neue Genehmigung seit 88 durch Berliner Senat; Finanzierung: max. 300 Mark pro Kind, Hortgelder	1988: 40 Kinder zwischen 6 und 12 Jahren	Schulaufsichtsbehörde wollte Gleichwertigkeit mit Regelschule nicht anerkennen; Genehmigung aufgrund der Hilfe von Glocksee und daran angelehntem Konzept; Kinder wechseln nach 6 Jahren auf öffentliche Gesamtschule.
Kinderschule Hamburg Hildegard Keil Altonaer Poststr. 7 2000 Hamburg 50 Tel. (040) 380 99 17	seit 1984 mit Genehmigung; Finanzierung: Elternbeiträge 100-500 Mark, Räume uns Planstellen durch die Stadt Hamburg	100 Kinder in 5 Klassen, zweizügig	Arbeitet in Kooperation mit der Regelschule; in „fortschrittlicher" Regelschule separate Räume und eigenes Konzept, juristisch aber der anderen Schulleitung unterstellt; war Kompromißweg, da Privatschule mit besonderem pädagogischen Interesse nicht genehmigt.
Freie Kinderschule Harburg c/o Krabbelkiste Beutnerring 2 2100 Hamburg 90 Tel. (040) 760 79 45	seit 1987 mit Genehmigung an Grundschule als „Regelklasse" mit besonderer pädagogischer Prägung; Finanzierung: durch Staat und Elternbeiträge bis 120 Mark	40 Kinder in 2 Klassen 1988: 120 Kinder in den Jahrgängen 1-8	Arbeitet als „Regelklasse" mit besonderer pädagogischer Prägung an Grundschule; Ganztagsbetrieb; einzügig bis zur 4. Klasse geplant; 5 Lehrkräfte, davon 1 „beamtet", 4 ABM-Stellen; starker Druck durch Einbindung in normale Grundschule.
Schülerschule Schenefeld Blankeneser Chaussee 5 2000 Schenefeld Tel. (040) 830 10 78	seit 1985; Genehmigung in S-H als Ersatzschule mit besonderer pädagogischer Prägung; Finanzierung: 85% der Kosten vom Land, Rest vom Verein	1988: 25 Kinder im Vorschul- und Schulbereich	1990 fortlaufend von Klasse 1-10 mit je 2 Pädagogen; Nichtaussonderung von Kindern mit Behinderung; externe Abschlüsse; Halbtagsschule.
Kinderschule Bremen Körnerwall 6 2800 Bremen 1 Tel. (0421) 70 16 36	seit 1980 ohne Genehmigung; Schließungsandrohung seit Sommer 1988, untermauert die „Illegalität"; Finanzierung: Elternbeiträge bis 250 Mark, öffentliche Mittel für Eltern-Kind-Gruppe	210 Kinder in 10 Jahrgängen, 20-25 Kinder pro Klasse	Verschiedene Rechtsstadien, vom Senat als förderungswürdig eingestuft, danach dann doch abgelehnt; Bußgelder für Eltern, Strafanträge gegen Eltern angedroht; Verw. Gerichtsurteil ab Herbst 88 gegen Schließdrohung.
Glockseeschule Am Lindenhofe 14 3000 Hannover 81 Tel. (0511) 168 91 97	seit 1972 staatlicher Modellversuch; Finanzierung: volle Bezahlung durch den Staat	1988: 50 Kinder in 4 Jahrgängen 11 Kinder, davon 6 schulpflichtig	Einige Kompromisse wegen vom sonstigen Freie Schulekonzept wegen Modellversuch, z.B. große Klassen, große Schule; viele wissenschaftliche Veröffentlichungen und Untersuchungen; bis 1982 nur 6 Jahrgänge, danach voller Ausbau bis zur 10. Klasse.
Freie Schule Braunschweig Stettinstr. 5 3300 Braunschweig Tel. (0531) 69 53 86	seit 1985 mit Genehmigung; Finanzierung: Elternbeiträge zwischen 150 und 500 Mark, kein Hort; Halbtagsbetrieb	1988: 20 Kinder zwischen 6 und 8 Jahren in 3 Jahrgängen, 18 Vorschulkinder	Von Anfang an genehmigt; Genehmigung durch Unterstützung des Bürgermeisters; Verpflichtung, Kulturtechniken zu festen Zeiten durchzuführen; Aufbau des Sekundarbereichs.
Freie Schule Kassel Am Marienhof 4 3500 Kassel	seit 1978 ohne Genehmigung; Finanzierung: Elternbeiträge: 300 Mark, Spenden und Netzwerk	1988: 45 Kinder vom 1.-10. Schuljahr	Ökologisches Lernkonzept; noch kein Hauptsacheverfahren; 2 Eilanträge abgelehnt; Bußgeldandrohungen.
Freie Schule Marburg Groß-Seeheimerstr. 12 3550 Marburg Tel. (06421) 4 19 89	seit 1986 genehmigt durch SPD/GRÜNE		Hat 1985 mit Vorschulgruppen begonnen; 4 feste Bezugspersonen; Schulzeit 8.30-16h.
Freie Schule Bochum Liboriusstr. 39 4630 Bochum Tel. (0234) 4 19 89	seit 1981; Genehmigung seit 1986, vorher ohne Genehmigung; Finanzierung: Elternbeiträge zwischen 50 und 200 Mark, Spenden, Landesmittel	1988: 14 schulpflichtige Kinder	Hat 7 Jahre nur im Senkundarbereich gearbeitet; Genehmigung nach gewonnenem Urteil vor Landesverwaltungsgericht vom Kultusministerium bekämpft; jetzt als Gesamtschule anerkannt; kann selbst Abschlüsse vergeben; Ausweitung nach unten (Grundschule) seit 1988.
Freie Schule Wuppertal Langobardenstr. 44 5600 Wuppertal Tel. (0202) 64 91 95	seit 1986 ohne Genehmigung; Verfahren in 1. Instanz verloren, Widerspruch eingelegt; Finanzierung: Elternbeiträge: 200 Mark, Ökofonds	1988: 47 Kinder zwischen 3 und 12 Jahren	1. bis 4. Schuljahr; 3 Lehrkräfte teilen sich in 2 Stellen; Verhandlungen mit dem Mibisterium sind gescheitert, Bußgeldverfahren wurden neu eingeleitet, bisher noch nichts bezahlt; Schulzeit 8.30-14.30h; fester Elterndienst.
Freie Schule Frankfurt Vogelweidenstr. 3 6000 Frankfurt/Main 70 Tel. (069) 63 67 50	seit 1974; 12 Jahre ohne, seit 1986 mit Genehmigung; Finanzierung: bis 1986 anerkannte Kindertagesstätte; Beitrag 300 Mark, 80 Mark für Essen; seit Genehmigung Zuschüsse pro Kind und Jahr 3.000 Mark	1988: 31 Kinder in 3 Jahrgängen	Hat Kampf durch alle Gerichtsinstanzen vor hessischem Verwaltungsgericht nach 10 Jahren gewonnen, trotzdem zunächst keine Genehmigung, nur Duldungsstatus; Genehmigung erst durch SPD/GRÜNE; verhängte Bußgelder wurden nie bezahlt.
Comeniusschule Darmstadt W.E. Failing Rathausstr. 7 6100 Darmstadt 12	seit 1986 genehmigt durch SPD/GRÜNE; Finanzierung: Elternbeiträge bis 300 Mark, Zuschüsse 3.000 Mark pro Kind und Jahr	27 Schulkinder in 3 Jahrgängen, 11 Vorschulkinder	Schule mit klar formuliertem christlich orientiertem Konzept (Bergpredigt); Integration von behinderten Kindern.
Freie Schule Untertaunus Ölmühle 6209 Aarbergen 1 Tel. (06120) 57 67	seit 1986 genehmigt durch SPD/GRÜNE; Finanzierung: Elternbeiträge 150-350 Mark, Zuschüsse vom Land	10 Kinder zwischen 4 und 8 Jahren	Einzige FS auf dem Land; haben 3 volle bezahlte Stellen: 2 Lehrer/1 Pädagoge und 2 halbe Stellen; gemeinwesensorientiert; offenes Nachmittagsprogramm; Schulzeit: 9-14 Uhr.
Freie Schule Stuttgart Rotebühlstr. 88/1 7000 Stuttgart 1 Tel. (0711) 62 12 97	seit 1984 ohne Genehmigung; Finanzierung: Elternbeiträge 250 Mark, Spenden	1988: 7 Schulkinder	2 Anträge wurden bisher abgelehnt; Verfahren läuft weiter; Bußgelder für Eltern wurden teilweise bezahlt; schwierige Situation; starke Elternmitarbeit.
Freie Schule Offenburg Schneckenhaus Friedrichstr. 63 7600 Offenburg Tel. (0781) 3 38 32	seit 1987 ohne Genehmigung; Finanzierung: Patenschaften und Elternbeiträge 200 Mark, genehmigter Kinderladen		Bisher noch nicht im Rechtsstreit; Verhandlungen mit dem Kultusministerium erfolglos; Bußgeldandrohungen.
Temenos Bildungsnetz (ehemals Schule e.V., Egling) Obermarkt 33 8190 Wolfratshausen Tel. (08171) 2 07 41	verschiedene Stadien seit 1984; öffentlicher Kindergarten, mehrere Projekte für Kinder, Erwachsene und Jugendliche; Finanzierung durch eigene Betriebe, Vereins- und Elternbeiträge	3 schulpflichtige Kinder zwischen 6 und 10 Jahren	Keine Absicht mehr, den üblichen Genehmigungspfad für „Schule" einzuschlagen; 1 Kind Schulverweigerer; Bußgeldverfahren mit Widerspruchsklage angelaufen; 2 Kinder zurückgestellt; Hauptpfeiler der Argumentation: Selbstbestimmungsrecht des Kindes und freie Lernkultur ohne Groß-Institutionen.
Freie Schule Würzburg Gneisenaustr. 18 8700 Würzburg	seit 1987 ohne Genehmigung; Finanzierung: Elternbeiträge zwischen 50 und 300 Mark, Ökofonds, Förderkreis	1988: 19 Kinder zwischen 4 und 8 Jahren	Antrag auf Weltanschauungsschule mit „humanistischer Ökologie" gestellt; im Landtag abgelehnt durch CSU-Mehrheit; Klage eingereicht; Bußgeldandrohung; Schulzeit 7.30-16.30h.

Frühlingstage 89:

Soll die Organisationsfrage gestellt werden?

Red. Graf. Betriebe Vom 4. bis 7. Mai treffen sich wieder 70 bis 100 Menschen aus ca. 30 selbstverwalteten grafischen Betrieben in Berlin zu den *„Frühlingstagen 89"*.

Constantin Bartning

Soll die „Organisationsfrage" bei den Frühlingstagen in Berlin erstmals diskutiert werden? Nach der bisherigen Planung war es nicht vorgesehen! Wir wollten wieder Themen wie Technikentwicklung, Betriebsziele und Verfassung, Umweltschutz und Selbstverwaltung zum Gegenstand des Treffens machen. (s.unten)

Inzwischen denke ich anders darüber. Der Anlaß des Zweifels kommt aus völlig unterschiedlichen Richtungen:

1. Die Funktion von „transfer":

1. Der „Verein Selbstverwalteter Grafischer Betriebe", inzwischen umbenannt in *transfer*, hat überwiegend Dienstleistungsfunktionen gehabt und wird sie, betrachtet man die vorliegende Seminarplanung, auch künftig als Schwerpunkt haben. Ist die demokratische Kontrollstruktur eines Vereins dafür erforderlich?

Fördert eine solche nicht stattdessen immer wieder den Verdacht, der „Verein" wolle einen Vertretungsanspruch der selbstverwalteten grafischen Betriebe? Sollte besser eine Firma gegründet werden?

Genügt es, ein solches Projekt über den Markt zu kontrollieren?

2. Die politische Entwicklung in Berlin:

Hier sitzt überraschend die AL im Senat. In der Koalitionsvereinbarung mit der SPD wurde vereinbart, vier VertreterInnen der Selbstverwaltungswirtschaft in eine Senatskommission zu schicken, die über ein Sonderprogramm 100.000.000 DM für die Wirtschaftsentwicklung dieser Stadt ausgeben soll.

Natürlich ist völlig unklar, ob diese Kommission mehr als Papiere produzieren kann, ob Vertreter der Selbstverwaltungswirtschaft dort irgendetwas Sinnvolles ausrichten werden.

Können wir diese Frage beantworten, ohne daß Vertreter der selbstverwalteten Betriebe in diesen Ausschuß und evtl. weitere Gremien hineingehen oder mit Senatsstellen verhandeln?

Hat eine solche Initiative ohne Öffentlichkeitsarbeit politisches Gewicht? Ist die Fragestellung nach *Interessenvertretung* über Berlin hinaus von Bedeutung?

Wer macht die Arbeit, trägt die Kosten?

Einfach mal so locker nebenbei Politik machen, dafür reicht bei wenigen Betrieben die zur Verfügung stehende Zeit. Lobbyarbeit kostet Zeit: Persönliche Kontakte müssen aufgebaut, Konzepte kritisiert oder erarbeitet werden.

Natürlich kann diese Arbeit ohne jegliche Legitimation begonnen werden. Kommt nichts raus, hat kein Betrieb Geld oder Zeit vertan. Zeitigt die Arbeit Ergebnisse, dann können wir den Lobbyisten von eigenen Gnaden noch immer Eigenmächtigkeit vorwerfen und uns, je nach Güte des Ergebnisses, distanzieren oder es zu nutzen versuchen. Ist dieser Standpunkt zynisch?

Brauchen wir Verbände, Funktionäre?

Es gibt sicherlich noch mehr Aspekte, die dafür und dagegen sprechen. Nicht für jede Teilaufgabe ist dieselbe Lösung richtig.

So wurde aus dem *„Verbund der selbstverwalteten Fahrradläden"* mit inzwischen 80 Mitgliedsbetrieben eine Einkaufsorganisation (OHG) und eine Fahrradmanufaktur (GmbH) gegründet. Beide Firmen werden vom Verbund kontrolliert.

Die „Organisation" der grafischen Betriebe

Von den selbstverwalteten grafischen Betrieben haben sich bisher 14 in *transfer* zusammengeschlossen mit dem Auftrag, Weiterbildung, Erfahrungsaustausch, „Frühlingstage" zu organisieren. Daneben fanden zuletzt im November 88 in Regensburg und im März '89 in Karlsruhe Treffen statt, bei denen KollegInnen aus 12 bzw. 13 Betrieben über Betriebsziele und Perspektiven diskutiert haben. Unter den TeilnehmerInnen waren Leute aus Mitgliedsbetrieben von *transfer*. (In der letzten CONTRASTE habe ich versehentlich behauptet, in Regensburg seien nur sechs statt richtig 12 Betriebe vertreten gewesen). Ende August '89 wird in Wuppertal von den dortigen Kollektiven ein bundesweites Treffen ausgerichtet werden.

Die Argumente gegen Verbund, Verein und Funktionäre

Ein unwiderlegbares Argument ist: Es ging bisher auch so recht gut.

Ein weiteres Argument: der „Verein Selbstverwalteter Grafischer Betriebe" ist bisher nicht sonderlich leistungsfähig gewesen und hat dafür viel Geld gekostet. – Wer unser Seminarprogramm für 1989 und 1990 ansieht, kann erkennen, wohin die Arbeit gegangen ist.

Für manche Leute bin ich selbst Stein des Anstoßes: Ein eigenmächtiger Technokrat, der gegen zentrale Werte der Selbstverwaltung wie den „Einheitslohn" argumentiert.

Diese und weitere Argumente zu anderen Aspekten sind bekannt, wir haben jedoch die Organisationsfrage noch nie eingehend miteinander erörtert. Ich möchte die Organisationsfrage daher bei den Frühlingstagen diskutieren.

Weitere Themenschwerpunkte der Frühlingstage:

Arbeits- und Umweltschutz:
Die Gruppe Umweltökologie wird bei den Frühlingstagen über vier Themen berichten:
1. Wie sinnvoll ist eine eigene Silberrückgewinnung an der Entwicklungsmaschine unter Umweltschutz- und Kostengesichtspunkten?
2. Gefahren und Schutzmaßnahmen: Waschmittel im Offsetdruck.
3. Sind Investitionszulagen für Umweltschutzmaßnahmen brauchbare Hilfen für kleine Betriebe?
4. Welche Risiken werden Bildschirmarbeitsplätzen zugerechnet?

Einstieg in die Technikfolgeabschätzung
Dem grafischen Gewerbe steht eine technische Revolution bevor bzw. es ist schon mitten drin. Den Ablauf von Innovationsprozessen der Vergangenheit nachzuvollziehen, kann den Blick für die Zukunft schärfen.

Die Entwicklung der vergangenen 40 Jahre werden wir mit einem Kollegen durchgehen, der dabei war und ist: Hans Woiterczeck hat seit 1938 grafische Maschinen aufgestellt, umgebaut, repariert und verkauft.

Holger Schmiergalski wird die Frage nach der Fortschrittlichkeit des technischen Fortschrittes stellen.

Perspektiven der Hardware und Software Entwicklung in Satz und Druckvorstufe und was wir zur Einschätzung lernen müßten.

Wie können wir Systementscheidungen im Bereich der neuen Technik vorbereiten?

Der Referent Detlev Schneider arbeitet als freier Systemberater u.a. im Grafischen Bereich.

Mit dem Thema **Betriebsziele und Betriebsverfassung** haben wir uns mehrfach beschäftigt. In dieser AG werden wir erfahren / diskutieren, was Methoden der Organisationsberatung zur Bearbeitung dieser Frage und zur Betriebsentwicklung überhaupt beitragen könnten.

Der Referent, Michael Kramer, ist Betriebsberater.

Der Workshop **Erweiterte Möglichkeiten der Datenkonvertierung** wurde zu den „Frühlingstagen" verlegt. Gegenstand ist die Konvertierung von Drucksteuerzeichen, Fuß- und Endnoten usw. aus der Textverarbeitung in den Fotosatz. (6. und 7. Mai).

Ob eine AG zur **Situation von Frauen in Selbstverwalteten grafischen Betrieben** (s. CONTRASTE 3/89) zustande kommt, war am 20.3. noch unklar.

Daneben gibt es reichlich Zeit zum Kennenlernen oder Wiedersehen, ein „Festliches Gelage" am Abend des Donnerstag (4.5.) und hoffentlich eine Fete am Sonnabend.

Wir werden nicht nur die Organisationsdebatte führen!

Anfragen und Anmeldung:
transfer –
Kooperation selbstverwalteter Grafischer Betriebe,
Paul- Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. (030) 661 68 03

Wie verantwortlich sind Ratten für sinkende Schiffe?

Die Rolle der SPD bei den Veränderungen am Hamburger Radiohimmel

Red. Heidelberg Nachdem Mitte letzten Jahres das so hoffnungsvoll begonnene Radio-Projekt KORAH (Bericht über dessen Start in CONTRASTE 3/88) finanziell endgültig in den Ruin geritten war, brach Anfang 1989 nun auch noch der Kommerz-Sender RADIO 107 in Hamburg zusammen. Bei der Neuordnung der Frequenzen spielt die SPD eine ganz besondere Rolle.

Mathias Lahmann

Die Tücken am Gesetz

Kritiker des Hamburger Mediengesetzes hatten von Anfang an davor gewarnt, die Region zu einem Ellbogen- Dorado für Verlagsinvestoren zu machen: Die aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein sendenden Landesradios (ffn und RSH) beschallten den Hamburger Himmel schon zur Genüge.

Dennoch schrieb man auf dem bereits heißumkämpften Werbemarkt Hamburg noch vier weitere 24-Stunden- Frequenzen aus, die sich allesamt aus Werbeeinnahmen finanzieren sollten.
Als Reaktion auf die durchaus heftige Kritik aus den eigenen Reihen („Sollen wir eigentlich nur noch Werbemarktplatz und sonst garnix sein?!") wurden zwei dieser Frequenzen als „gemeinnützig" deklariert.

Gemeine Nützlichkeiten

Was genau diese Frequenzen als gemeinnützig auszeichnet, hat sich in über einem Jahr Sende-Erfahrung nicht klären können; zumindest als steuerlich gemeinnützig anerkannt sind ein Teil der Lizenznehmer (so z.B. Robin Wood oder BUND Naturschutz), die sich in Gemeinschaften zusammengefunden haben. Diese konnten aber ihre Inhalte kaum in den Programmkonzeptionen der (hauptsächlich finanziell orientierten) Betreibergesellschaften unterbringen oder wiederfinden. Wen wundert das: Wenn Finanziers Hunderttausende von Mark in einen Sender stecken, beginnen sie sehr schnell, über Kapital- Ertrag und Dividenden nachzudenken.

Die ersten Toten

Sowohl ein Kommerz-Sender (Radio 107) als auch einer aus den Reihen der „gemeinnützigen" (KORAH) mußten bislang die Segel streichen: Die Kapitalgeber sahen sich nicht gewillt, den mörderischen Konkurrenzkampf mit den anderen Sendern weiter zu finanzieren.

Die Gründe für das Sender-Sterben waren unterschiedlich: Bei „107" saßen zwar potente Geldgeber im Rücken, die wurden sich aber leider nie einig, wen denn der Sender erreichen sollte. So dudelte man munter für Millionen drauflos und zog sich irgendwann schmollend zurück.

Bei KORAH spielten hauptsächlich zwei Dinge eine Rolle: Die blinde Orientierung am bereits real-existierenden Hörfunkjournalismus: Weder das Programm noch die Struktur der Produktionserstellung (Hierarchie in Redaktion und Geschäftsführung) unterschieden sich von bereits bekannten Radiosendern.

Miß-Management: Bei einem Projekt, das mit einem Jahres-Etat von 4 Mio. DM rechnete, hätte eine knallharte Einnahme-Perspektive entwickelt werden müssen.

Was tun?

Die Hamburger Anstalt für neue Medien (HAM) und mit ihr die verantwortlichen Politiker des Hamburger Senats wurden von unterschiedlicher Seite bedrängt, eine Neuformulierung der Sendebedingungen im Hamburg zu initiieren:

Auf der einen Seite forderten die noch laufenden Sender und die sie finanzierenden Großverlage eine Minimierung der Konkurrenz-Situation; von den auf Grund gelaufenen Frequenzen sollte je eine als Zweitfrequenz an die funktionierenden Sender abgegeben werden (zwecks Programmdiversifizierung und ... Profitmaximierung!).

Die andere Seite forderte (mutig geworden durch den linken Wähleraufwind in Schleswig Holstein und Berlin) eine rigorose Abkehr vom Kommerzfunk und die finanzielle Förderung kritischer und engagierter Stadtprogramme.

Die Rolle der Mutterpartei

In der HAM und im Rathaus bewegte sich indessen nichts: Man kungelte und hoffte auf besseres Wetter.

Und das kam dann auch verblüffend schnell auf: Das SPD-eigene Medienkonsortium LRB, das sich seine Kredite aus Gewerkschaftstasche besorgen kann (s. CONTRASTE 10/88: Jeder für sich und die Gewerkschaft gegen uns alle) zeigte brennendes Interesse an der Frequenz von „107". Den LRB-Machern, allen voran SPD-Schatzmeister Ulrich Klose, war es sehr um die Mehrheit an einem größeren norddeutschen Sender gelegen, nachdem man sich nach und nach Anteile an unterschiedlichen Medien-Projekten innerhalb der Republik zusammengekauft hatte. Die zu LRB gehörende Nachrichtenagentur mit Sitz in Bonn kann so bundesweit einen Info-Mantel aufbauen; dieses Modell einer Vernetzung wird gerade von SPD- Politikern in CDU-regierten Bundesländern als Monopolisierung der Medien gern angegriffen.

Der in Hamburg zu installierende Sender kann sich wirklich sehen lassen: Profitorientiert und losgelöst vom emotionalen Ballast alter SPD- Medienpolitik (die Hamburger Morgenpost und der Vorwärts liegen immer noch schwer im Magen), wird hier stromlinienförmig zu unterhaltendes Bürgertum angesprochen: „Laut und unkompliziert", das sind Kriterien, die der LRB- Geschäftsführer für sein Sende- Konzept hält.

Arrogant, wie Bonner Denklinien nun einmal sind, knallen SPD-Schatzmeister Kloses Gedankengüter (...als Ex- Bürgermeister immer noch **der** Wunschkandidat von Hamburgs Großmüttern für die eigenen Enkelinnen) „vollste Kanne" in sensible Bereiche: Das Parteiprogramm scheint unter dem Motto „SPD muß wehtun" weiter schmerzhafte Wunden hinterlassen zu wollen. Schnöde werden linke Medienstrategien mißachtet; Hamburger SDP-Ressentiments gegen eine Beteiligung von LRB... das ist, Bonn- betrachtet, „emotionale Medien--Altlast", der mann nichts Gutes wünscht.

Bleibt da noch was?

Dieser unternehmerischen Lobby-Politik einer Partei ist kaum noch etwas entgegenzusetzen: Immerhin, bei einigen Initiativlern rund um das alte KORAH stehen die Zeichen auf Sturm! Sie hoffen auf eine Wiederauferstehung des Senders als eine Alternative im Hamburger Kommerz-Dschungel. Der designierte Geschäftsführer der KORAH-Betreibergesellschaft, Siegfried Backes, hat sich einiges überlegt, um den alten Fehlern von KORAH auszuweichen:

Abspeckung der Redaktion auf etwa 6 Kräfte und Einbeziehung der (doch eher reich gesäten) Hamburger sozio- kulturellen Kräfte, die den Sender mit Informationen und möglicherweise eigen-produzierten Sendungen beliefern sollen.

Fortsetzung nächste Seite

Wo bitte gibt's denn hier noch unabhängigen Film?

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Interview mit Esra Gerhardt

Red. Heidelberg Esra Gerhardt ist Filmemacher und Gründungsmitglied des neuen „Filmhaus Berlin e.V.". Das Filmhaus hat sich – ähnlich wie die in einzelnen Bundesländern existierenden Filmbüros – der Förderung und Verbesserung einer unabhängigen Filmkultur verschrieben.
Esra Gerhardt hat mit seinem Dokumentarfilm „Ich deutsche Behörde" den Bundesfilmpreis gewonnen und sich auch gleich einen kleinen Skandal eingehandelt: Der Film – es geht um die Asylantensituation – durfte in Berliner Schulen nicht gezeigt werden.
Das nachfolgende Interview führte Waldemar Schindowski (Red. Amsterdam).

CONTRASTE: Wie siehst du die heutige Situation des unabhängigen Films?

Esra Gerhardt: Mit dem unabhängigen Film sieht es zur Zeit relativ schlecht aus. Dies geht auf folgende Tendenz zurück: Man weiß ja, daß nach den fünfziger Jahren die Filmlandschaft in Deutschland ziemlich runtergegangen ist. Dies war ein Grund dafür, daß überhaupt Filmförderung eingerichtet wurde. Die Forderung nach Filmförderung ist damals getragen worden und auch durchgesetzt worden von Alexander Kluge und anderen Filmemachern. Seit diesem Zeitpunkt hat sich einfach in den Köpfen festgesetzt, daß man einen Qualitätsfilm, wenn man diese Vokabel nehmen will, einfach nicht selbst finanzieren kann. Im Zuge dessen hat es dann in den siebziger Jahren eine Tendenz gegeben, die teilweise schädlich war, aber ersteinmal sich aus der Aufbruchsituation der 68-er Generation erklären läßt. Es hat eine Bewegung von Filmemachern gegeben, die sich – wenn man sie inhaltlich fassen will – an Hand folgenden Beispiels erklären läßt: Wenn die Frauenbewegung gesagt hat „Mein Bauch gehört mir", dann haben die aus der Linken kommenden Filmemacher gesagt: „Ich bin geboren worden, also habe ich Anspruch auf Ausdruck in einem eigenen Film, den ich herstelle." Den Vergleich will ich nur als Erklärung geben, nicht um die erste Parole zu diskreditieren. Dies hat natürlich zu problematischen Zuständen geführt. Ersteinmal waren die Themen, um die es in den meisten Filmen ging, gut gemeint, sehr engagiert vertreten, gleichzeitig aber formal und auch dramaturgisch und von der inhaltlichen Ausführung schlecht gemacht. Sei jenem Zeitpunkt haftet dem unabhängigen Film immer der Nimbus an: gut gemeint, hergestellt, aber dann gleich verschwunden in der Kiste. Das heißt, diese Filme waren alle nicht in der Lage, ein interessiertes Publikum an sich zu binden. Diese Forderung nach dem Recht auf Ausdruck in einem eigenen Film hat sich militant verstärkt.

Welchen Einfluß hatte das auf die deutsche Filmpolitik?

Es gab natürlich eine staatliche Gegenbewegung, die versuchte, dies in Grenzen zu halten, was jedoch meistens zu keinen selbstkritischen Diskussionen bei der unabhängigen Filmbranche führte, sondern eigentlich nur die Forderung nach staatlicher Förderung verstärkte. Bei allem darf natürlich nicht vergessen werden, daß es eine Reihe von Filmen gegeben hat, die inhaltlich wirklich wichtig waren. Die Kluge-Filme gehören u.a. dazu. Das war ein gesellschaftlicher Hinzugewinn zu den Komödien-Filmen der 50er Jahre, wo es im wesentlichen nur einige Großproduzenten gab. In den siebziger Jahren hat sich ein anderer Produktionstyp entwickelt, wo der Regisseur sein eigener Drehbuchautor war, häufig auch selbst die Produktion durchgeführt hat. Es entstand der Begriff des Filme„machers". Diese Situation hat natürlich einen großen inhaltlichen Spielraum geschaffen. Es hat dann aber leider Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre, auch keine selbstkritische Betrachtung der Filmemacher gegeben, keine Kritik an dem, was in dieser Zeit produziert worden ist, was das qualitativ bedeutete, und ob das überhaupt so zu verantworten war. Das sind ja große Summen von öffentlichen Geldern, mit denen man zumindest gedanklich verantwortungsvoll umgehen muß, sich fragen muß, ob die nun wirklich nutzbringend angewendet worden sind. Es hat auch keine selbstkritische Diskussion gegeben in Richtung Filmästhetik etc. So kam es dann zu einer Konfrontation. Zimmermann wurde Innenminister und in dieses Ressort fällt ja der Filmbereich, die Filmverwaltung und die offiziell betriebene Filmpolitik. Da hat es erst einmal einen Angriff von Zimmermann auf diese Art von Produktionen gegeben - nach dem Motto: Es werden hier Filme produziert, die eigentlich nur in der Lage sind, die Kinos leerzufegen. Deshalb ist es nicht sinnvoll, daß in dieser Weise weiterhin öffentliches Geld ausgegeben wird. Damit konnte die unabhängige Filmkultur auch nicht weiter umgehen, sondern hat „simpel reaktiv" darauf reagiert, sozusagen besitzstandwahrend, schreiend „wir werden angegriffen"...

Da kam es doch auch zu dem Konflikt mit Achternbuschs „Gespenst"?

Ja. Das war so eine dieser Aktionen. Das war eigentlich noch eine relativ positive Aktion, aber gleichzeitig war sie ziemlich hilflos, denn wenn es wirklich einfach nur ein Angriff gewesen wäre von Zimmermann auf eine bestimmte Kultur, die in sich aber auch tatsächlich einen kulturellen Wert darstellt, und zwar im qualitativen Sinne, dann wäre es Zimmermann sehr viel schwerer gefallen, diesen Angriff tatsächlich zu führen. Wenn man es aber auf einen Teil einer Branche abzielt, der wirklich inhaltlich kaum zu verteidigen ist, und wo die Leute selbst, die in den Gremien sitzen und die Förderungsgelder verwalten, sich sagen - wenn sie aus der Gremiensitzung nach Hause fahren - „ ich kann diese Filme nicht mehr sehen, so kann es nicht mehr weitergehen", und dann kommt der Zimmermann und hält ihnen den Spiegel vor, und sie schreien dann nur „das darf nicht sein!", das ist doch eine ziemlich hilflose Position.

Es hat dann gleichzeitig beim Filmnachwuchs, also bei nachwachsenden Regisseuren, die jetzt nicht aus dieser Tendenz entstanden sind, natürlich auch eine Verächtlichkeit diesen Produkten gegenüber gegeben. Da hat sich eine andere Tendenz entwickelt, die man nicht übersehen darf: Die wollten „auf Genre", gutes Handwerk, die hatten von diesem Typus von Film die Schnauze voll, wobei mit der Kritik am Handwerk, auch gleich die Inhalte übern Rubikon geschmissen wurden.

Wie würdest du im positiven Sinne den deutschen unabhängigen Film beschreiben?

Definitionen sind sehr schwierig in dem Bereich. Ich kann nur versuchen, darüber nachzudenken. Man kann sagen, der deutsche unabhängige Film, das ist der Film, der sich in dieser Liaison von inhaltlicher Souveränität und Produktionssouveränität ausleben kann. Kluge, wie gesagt, ist ein Paradebeispiel. Eine Frau, die ich nicht mag, wie die Helma Sander-Brahms, die gehört auch dazu. Ich finde, sie ist überhaupt eine der größten „Kitschieter", die es gibt – abgesehen von ein paar früheren Werken von ihr, wo ich das relativieren würde. Bei der Trotta weiß man's nicht mehr. Die haben sich ja auch entwickelt, d.h. die waren mal früher unabhängig und wachsen jetzt in Dimensionen rein, wo sie selber eigentlich zum kleinen Konzern werden und zum Teil der Industrie. Es gibt ja Firmen, wie Bioskop-Film, die haben angefangen wie ein genossenschaftlicher Zusammenschluß mehrerer Regisseure, um sich eben eine gemeinsame Produktionsfirma zu halten, um ihre Filme machen zu können. Das ist jetzt eine Produktionsfirma, die gehört inzwischen zu den größten Produzenten, und da sitzen der Schlöndorf drin und der Hauff usw. Da weiß man dann auch nicht mehr, ob man das als Bestandteil einer unabhängigen Filmkultur bezeichnen kann.

Eine unabhängige Filmkultur würde ich da sehen, wo sich eine Infrastruktur entwickelt hat. Dazu gehören diese Filmbüros in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Hessen, Baden-Württemberg, inzwischen auch im Saarland. Ich würde das Filmhaus auch mit dazuzählen, weil das eben alles Instanzen sind, wo die Filmemacher sich Institutionen und Möglichkeiten geschaffen haben, sich einfach souverän und unabhängig von staatlichem und Großproduzenteneinfluß zu entwickeln. Und ich würde auch die Produkte, die von diesen Instanzen gefördert werden, also die Filme, zur unabhängigen Filmkultur zählen, weil sie eben auch in einem „Umfeld" entstehen, das ihnen sowohl von der Produktion als auch von der inhaltlichen Seite her keine Einschnitte aufzwingt in ihre Arbeitskonzepte. Die Filmemacher, die sich darin bewegen, und auf diese Art und Weise produzieren, die würde ich auch zur unabhängigen Filmkultur zählen. Aber es ist sehr schwer, das, was da am Rand ist und was „noch unabhängig" und eigentlich „schon Mitspieler" der Großbranchen mit allen inhaltlichen und sachlichen Verflechtungen staatlicher Institutionen und der Filmförderungsanstalt - die ja das Dach der Großen irgendwie ist - einzuschätzen. Da sind die Übergänge fließend.

Würdest du diese Videogruppen und Medienwerkstätten als Vorfeld bezeichnen, oder ist das eine ganz spezielle eigene Sache, also z.B. die Medienwerkstatt Freiburg?

Ich würde die schon mit dazuzählen, wobei das sehr schwierig ist. Man kann das nicht als Durchgangsstation begreifen. Die haben ja auch sehr spezifische Funktionen. Manche Medienwerkstätten, die haben beispielsweise eher medienpädagogische Funktionen und arbeiten praktisch im kulturellen Sozialbereich. Oder sie sehen sich in einem unmittelbaren Zusammenhang mit einer politischen Tendenz und arbeiten da funktional als Bestandteil der allgemeinen öffentlichen Kultur. Sie versuchen da, soziale Prozesse mitzubeeinflussen, das ist sehr unterschiedlich. Teilweise kann man sie pauschal dem Begriff unabhängige Filmkultur unterordnen, manchmal ist es vielleicht sinnvoller, sie einfach einer sozialen, politischen oder kulturellen Tendenz der Gesellschaft insgesamt zuzuordnen. Da ist so ein allgemeiner Begriff dann besser, als dies alles mit dem Stempel unabhängige Filmkultur zu versehen.

Wo siehst du den Unterschied zwischen dem Film der siebziger Jahre, z.B. „Liebe Mutter, mir geht's gut", da war ja eine bestimmte politische und auch ästhetische Tendenz da, und dem Film heute Ende der achtziger Jahre. Solche Filme werden heute ja kaum noch gemacht.

Also, „Liebe Mutter, mir geht's gut" war ja formal ein recht konventioneller Film, und er fiel ja nur deswegen auf, weil er sozusagen unter dem Stichwort „Arbeiterfilm" lief. D.h. das war dann stärker eine inhaltliche Definition, daß Themen aus dem Sozial- und Arbeiterbereich sozusagen kinofähig gemacht wurden und dem süßlichen Überdecken der sozialen Widersprüche der Gesellschaft einfach nicht entsprochen, sondern widersprochen haben. Diese inhaltliche Tendenz hat dann über mehrere Jahre eine ganze Strömung ausgemacht. Formal waren dies aber relativ konventionelle Filme.

Der Film der achtziger Jahre, würde ich mal generell sagen, tendiert zu einer ganz krassen formalen Konventionalisierung. Margarethe von Trotta, die ist für mich formal so uninteressant, von dem, was sie künstlerisch gibt. Inhaltlich ist sie für mich total den Bach runtergegangen. Also dieser Schwestern-Film ist ja sowas von grauenhaft. Klassischer Mittelstandskitsch.

Und ansonsten: das Wegdriften ins Gernrekino, wo man dann noch so eine gewisse Tendenz versucht inhaltlich aufrechtzuerhalten, indem man sich anlehnt an bestimmte Stickmuster des „film noir". Oder es wird versucht, sich dem Komödiengenre zu nähern und das mit ein paar inhaltlichen Pappnasen zu versorgen, also noch so ein bißchen Inhalt rüberzuretten. Die sind ja meist nicht so besonders gut. Insgesamt läßt sich, was unabhängige Filmkultur angeht, überhaupt keine einheitliche Tendenz mehr feststellen, sondern ein großes Auseinanderdriften in sehr individuell geprägte Stilrichtungen.

Ich glaube, es ist ein sehr großer Dissoziationsprozeß im Gange, weil die Vergangenheit nie gemeinsam aufbereitet wurde. Die Gegenwart ist so hart, weil die Tendenz, die aufgedrückte Tendenz, die ist, daß man von staatlicher Seite und von den Spitzenorganisation der Filmwirtschaft sagt, wir müssen den deutschen Film so machen, daß er wieder publikumsfähig ist, daß er höhere Anteile seiner Produktionskosten wieder einspielt, d.h. wir müssen die Filme teurer machen, wir müssen darauf bestehen, daß solide und finanzkräftige Produzenten die Filme realisieren, die auch in der Lage sind, international kozuproduzieren. Das alles schafft auch einen sehr großen inhaltlichen Druck auf die Filmemacher, die ihre Drehbücher schon so schreiben wie ein Angebot an die Gremien: Dieses hier ist Kriminalgenre, das ist doch vermarktbar! Dieses hier ist Komödie, das kann man machen! Die Leute wollen lachen. Durch diese Politik ist ein ganzer Bereich von Leuten weggesogen, die mal Bestandteil einer unabhängigen Filmkultur waren, während andere Filmemacher nichts mehr produzieren können, weil sie einfach kein Geld mehr kriegen oder sich ihre spezifischen Winkel suchen. Soweit die generelle Tendenz.

Als Kinobesucher habe ich das Gefühl, daß die 80er Jahre das Jahrzehnt des deutschen Kinos sind, wo man lacht...

Wo gelacht werden soll! Ich kann über das meiste nicht so gut lachen...

Doch diese File haben immerhin Erfolg?

Insgesamt muß man aber doch sagen, daß es nicht gelungen ist, eine Tendenz beim Filmemachen, die sich inhaltlich orientiert hatte, aber sich ästhetisch und am Markt nicht durchsetzen konnte, überzuführen in eine Tendenz, wo man sich der notwendigen handwerklichen Qualitäten besinnt und diese auf relevante Themen anzuwenden versucht. Dem relativen Versagen dieser vorherigen Tendenz ist einfach nur eine relativ bewußtlose Gegentendenz gefolgt. Das hat zu einem relativ uninteressanten Zustand geführt. Da muß man wirklich sagen, daß diese unabhängigen Filmbüros, die es geschafft haben, dem Staat Gelder zu entlocken für selbständig vergebene Filmproduktionsmittel, noch die wenigen Horte sind, die versuchen, Projekte zu fördern, die eine gewisse inhaltliche Relevanz haben, die aber auch versuchen, dramaturgisch und ästhetisch den „Verdichtungsprozeß" – was ja Kunst irgendwie sein soll – zu beherrschen.

Gibt es neben den Filmbüros andere Initiativen zur Veränderung des für das unabhängige Filmschaffen ungünstigen Klimas?

Auf die Zusammenhänge unter den Filmemachern hat die neue Tendenz verheerende Folgen gehabt. Da, wo in den siebziger Jahren immer noch eine relativ vitale und heftige Kommunikation untereinander in den unterschiedlichsten Verbänden und Institutionen stattgefunden hat, versucht heute jeder, dem Druck so zu begegnen, daß er seines eigenen Glückes Schmied wird. Die Leute sind sehr stark individualisiert, alle Verbände, die Dokumentarfilmer, die Frauenfilmer, die einmal dafür gearbeitet haben, die unabhängigen Interessen gegenüber dem Staat zu vertreten, sind alle in hemmungslosen Krisen und personell total ausgelaugt. Das ist alles sehr sehr kritisch. Das sind eigentlich nur noch Torsi, die durch einzelne Personen irgendwie vertreten werden, aber hinter denen wirklich gar keine realen Zusammenhänge unter den Filmemachern stehen. Das ist ein ziemlich unproduktiver Zustand. U.a. aus diesem Grunde habe ich dem Filmhaus Berlin e.V. dieses Gepräge gegeben. Dahinter stand einfach der Gedanke und der Wunsch,daß interdisziplinär, d.h. zwischen den einzelnen Departments der Filmproduktion, zwischen Regisseuren und Musikern, zwischen Kameraleutern und Ausstattern usw. inhaltliche und handwerkliche Auseinandersetzungen laufen können, damit dadurch Arbeitszusammenhänge entstehen und gleichzeitig ein inhaltlicher Prozeß stattfindet, aber auch ein Qualifikationsprozeß.

Fortsetzung von Seite 24

Trennung zwischen einem professionell gestalteten Programm zu Haupteinschaltzeiten und einem „Einschalt"-Programm, das von engagierten HörerInnen für interessierte HörerInnen gemacht werden kann (unter Redaktions- oder Radiowerkstatt-Mithilfe...z.B. VHS?).

Suche nach InvestorInnen, die zumindest einen 2-Jahres-Etat absichern können. Pro Jahr sollen etwa 2 Mio. DM ausgegeben werden, also nur die Hälfte des ehemals anvisierten Etats.
Finanzielle Absicherung durch frühzeitige Werbe-Akquisition von (auch!) „Marken- Artiklern" (Ein Schlüsselwort für realfließende Werbe- Knete!!!).

KORAH für wen?

Die Chance, marktpolitisch ein Bein auf den heißumkämpften Privatradio-Markt von Hamburg zu stellen, wird sicherlich einmal mehr davon abhängen, Medien-Initiativen wie Radio Sankt Pauli für den eigenen Programmtopf zu gewinnen, um die Anders-Artigkeit des eigenen Programms zu dokumentieren: Mehr Artikulationsmöglichkeiten und nicht so sehr ein quantitatives Plus an Privat-Dudel sind in Hamburg gefragt, um einem Projekt wie KORAH eine weitere Chance zu geben.

Ein Redakteur der Hamburger taz schätzt das KORAH-Engagement folgendermaßen ein: „Wir merken anhand unseres Leser-Feedbacks, daß viele wieder sehr konservativ geworden sind, was Radio-Hören angeht: Die haben wieder umgeschaltet auf den NDR, weil die Beliebigkeit der Privatsender einfach zu groß geworden ist...".
Viel Glück für ein Radio, das bei der potentiellen Hörerschaft um viel Sympathie ringen muß!.

Selbstverwaltung in sozialpolitischen Projekten

Red. Hamburg Ist Selbstverwaltung in sozialpolitischen Projekten möglich? Kann man sie sogar zur Bedingung machen, z.B. zur Erreichung staatlicher Fördermittel? Das ist keine akademische Frage. Im paritätisch mit Vertretern der Selbstverwaltung und Behörden besetzten Arbeitsausschuß der Hamburger Lawaetz-Stiftung wird zwecks Entwicklung neuer Richtlinien heftig über diese Fragen diskutiert.

Horst Tippelt
Netzwerk Hamburg

Im sozialpolitischen Bereich haben sich in den letzten Jahren Initiativen gebildet, die mit alternativen Ansprüchen an eine Zielgruppen- und stadtteilbezogene Sozialarbeit, eine innovative Form pädagogischer Arbeit anstreben. Neben dem Hauptanspruch, neue, unkonventionelle Formen der Sozialarbeit zu praktizieren, haben auch die Probleme der Akademikerarbeitslosigkeit diese Entwicklung in den 80er Jahren gefördert. Ähnlich wie bei der politischen Orientierung der Netzwerke verschwimmen dabei politische Motivationen der 70er Jahre und strukturelle Veränderungen des Arbeitsmarktes. Die kontinuierliche Ausdünnung sozialer Programme in den Kommunen und die dadurch bedingte Arbeitslosigkeit des pädagogischen Personals, führte zu einer Koppelung von Selbsthilfegedanken und Umsetzung politischer Ansprüche in den gegründeten Initiativen.

Im Unterschied zu selbstverwalteten Betrieben mit einer gewerblichen Orientierung sind sozialpolitische Projekte von staatlichen Subventionen abhängig. Damit ist strukturell eine Konzentration auf die Arbeitsmarktprobleme bereits vorgezeichnet.

Mit der Abhängigkeit sozialpolitischer Projekte von der Staatsknete sind folglich Arbeitsfelder bereits vorprogrammiert. Dies hat nun nicht zu einer Anpassung der Initiativen an administrative Vorgaben geführt, wirkt sich aber dennoch auf die konkrete Arbeit der Initiativen aus.

ABM

Zuerst einmal sind die Initiativen gezwungen, eine institutionelle Struktur zu schaffen, die von der Behördenseite akzeptiert wird. Rechtsfähigkeit heißt das Stichwort, konkret also die Vereinsgründung und eine erhebliche konzeptionelle Vorarbeit (natürlich unbezahlt). Erst dann hat ein Antrag auf Finanzierung Aussicht auf Erfolg. Zweite Bedingung ist die praktisch ausschließliche Beschäftigung von Arbeitslosen mit ABM-Berechtigung. Das gesamte Projekt rekrutiert sich demnach aus Problemgruppen des Arbeitsmarktes, also auch die Ebene des Anleiterpersonals (Meister, Gesellen) arbeitet auf ABM-Basis. Die Zielgruppe besteht aus Menschen, die in der Projektarbeit entweder eine Arbeitsvorbereitung erfahren, mit anderen Worten, an die Anforderungen und Zwänge eines kapitalistischen Arbeitsmarkts „herangeführt" werden sollen, oder aber eine direkte berufliche Ausbildung erfahren.

Lernziel Selbstverwaltung

Nahezu alle Projekte haben dabei den Anspruch, solche beschäftigungspolitischen Maßnahmen im Rahmen selbstverwalteter Arbeitsformen durchzuführen. Angesichts der Zielgruppen kein leichtes Unterfangen. Den dort beschäftigten Menschen liegt der Gedanke der Selbstverwaltung ungefähr so nahe, wie eine Reise zum Mond. So beabsichtigen die autonomen Jugendwerkstätten in Hamburg über die Instandsetzung von Häusern mit Hilfe des von ihnen selbst mitgegründeten alternativen Baubetreuers Stattbau, ein zweifaches Ziel zu erreichen: eine handwerkliche Ausbildung von jugendlichen Aebeitslosen an einem konkreten Bauprojekt und eine darauffolgende selbstverwaltete Form des Wohnens im mit eigenen Händen sanierten Heim. Nur, die Jugendlichen wollten gar nicht. Getreu dem Satz aus einem Interview einer Jugendstudie „Selbstverwaltung? Viel Arbeit, wenig Geld. Da kann ich ja gleich zur Bundeswehr gehen!" erwies sich die hehre pädagogische Konstruktion als machtlos gegenüber den konkreten Lebensverhältnissen und - vorstellungen der Jugendlichen.

Komplexe Organisationsstrukturen

Ein weiteres Hindernis für eine vollständige Selbstverwaltung ist die Organisationsstruktur der sozialpolitischen Projekte, die eine wesentlich größere Komplexität aufweist, als beispielsweise ein Fahrrad- oder Naturkostladen. Der Verein gewährleistet via Mitgliederversammlung und Vorstand die politische Kontinuität des Projektes. In der Alltagsarbeit besteht kaum Raum für Diskussionen um Selbstverständnis und Probleme interner Hierarchien. So berichtet ein Projektvertreter beispielsweise, daß jeder Mitarbeiter in einer bestimmten Phase seiner Arbeit dazu tendiert, seine Arbeitsbelastung zu minimieren. Soweit für einen Ausbildungsplatz mehrere Personen zur Auswahl stehen, tendiert irgendwann jeder einmal dazu, „nur" den Dauerarbeitslosen einzustellen und den alkoholabhängigen Dauerarbeitslosen mit gerade vollzogener Scheidung abzulehnen. In einer solchen Arbeitsumgebung noch die hehren Ziele der Selbstverwaltung hochzuhalten, ist schlicht und ergreifend eine Überforderung für alle Projektmitglieder. So lehnt denn das pädagogische Personal in vielen Projekten eine Beteiligung der Zielgruppen an der pädagogischen Konzeptionierung konsequent ab. Zumeist beschränkt sich die Einflußnahme auf Anhörungsrechte bei Projektsitzungen und auf die Mitbestimmung bei der Auswahl des Anleiterpersonals. Auf der Ebene der Sozialarbeiter und Anleiter wird dagegen eine weitgehende Form der Selbstverwaltung angestrebt. Angesichts der Rekrutierung der Anleiter aus dem Arbeitslosenheer ist bereits dies ein nicht unerheblicher Kraftakt.

Vereinsrecht

Der Verein als letztlich verantwortliches Organ weist demgegenüber keine personelle Identität mit den Projektmitgliedern auf. Diese Diskrepanz ist aber nicht dadurch gegeben, daß eine Mitgliedschaft aller Projektbeteiligten nicht erwünscht ist, sondern ebenfalls Produkt überkommener Arbeitsvorstellungen: Wer bisher mit der Stempelkarte in der Hand und dem Meister über seinem Haupt einerseits die Erfahrung abhängiger Arbeit gemacht hat, andererseits aber auch keine betriebliche Verantwortung übernehmen konnte und mußte, dem ist die abendliche, unbezahlte Vereinssitzung wie auch die Diskussion im Projektalltag fremd.

Letztlich stellt sich hier das Problem, daß sozialpolitische Projekte nicht selbstorganisiert sind. Nur ein Bruchteil der Projektbeteiligten ist mit dem Bewußtsein und dem Ziel selbstbestimmten Lebens und Arbeitens mit der Gründung und Durchführung eines solchen Vorhabens befaßt gewesen. Für den Rest der Belegschaft ist es oft Zufall, durch den Beamten des Arbeitsamtes oder durch eine Behörde mit der Streichung seiner Unterstützung konfrontiert, an ein solches Projekt verwiesen zu werden.

Daraus leitet sich ein zusätzliches Problem der Organisation ab. Die Grenzen zwischen Indoktrination und eigener Entscheidung für eine bestimmte Arbeitsform werden fließend. Es gehört nicht gerade zu den demokratischen Umgangsformen, jemanden zum „Glück selbstbestimmter Arbeit" zu zwingen. So bleibt für diesen Bereich wohl nur die Möglichkeit, über Mitbestimmungsrechte eine Beteiligung an Entscheidungen offenzuhalten, die Wahrnehmung dieser Rechte aber jedem Einzelnen zu überlassen.

Zuletzt schließt sich der Kreis auf der administrativen Ebene. Sozialpolitische Projekte auf ABM-Basis zu finanzieren, ist ungeheuer praktisch: Die Gründer dieser Projekte leisten einen Haufen unbezahlter Arbeit für ein Konzept. Allgemein sind die Konzeptionen durch neue Ideen und eine erhebliche Kompetenz geprägt, was die Problemkenntnis von Stadtteilen und Zielgruppen der Sozialarbeit angeht. Die ABM-Finanzierung erlaubt die zeitlich begrenzte Förderung eines sozialen Experiments. Schlimmstenfalls scheitert das Projekt, wobei keine Folgekosten entstehen. Andernfalls lassen sich die Projekte als Durchlauferhitzer des Arbeitsmarktes nutzen. Eine Einstellung des Projektes ist immer über den Abbau der bewilligten ABM- Stellen möglich. Auf Änderungen der behördlichen Schwerpunkte im Bereich der Sozialpolitik reagieren die Projekte – gezwungenermaßen – relativ flexibel. Entweder stellen sich die Initiativen auf die neuen Richtlinien der Behörden ein, oder sie besitzen keine Antragsberechtigung mehr. Verständlicherweise sind die sozialpolitischen Beschäftigungsinitiativen bei Behörden nicht unbeliebt, die Budget- und Programmflexibilität wird damit enorm gesteigert.

Angesichts dieser Probleme gelingt den Projekten die Quadratur des Kreises erstaunlich gut. Eine grundlegende Deformation der sozialpolitischen Konzepte ist nur in den seltensten Fällen gelungen. Dafür mußten aber auch einige Projekte nach einiger Zeit resigniert aufgeben. Eine Fähigkeit haben die Initiatoren solcher Projekte perfektioniert: Allesamt sind sie zu Subventionsspezialisten geworden, die sich wie Tarzan mit der Liane durch den Behördendschungel bewegen.

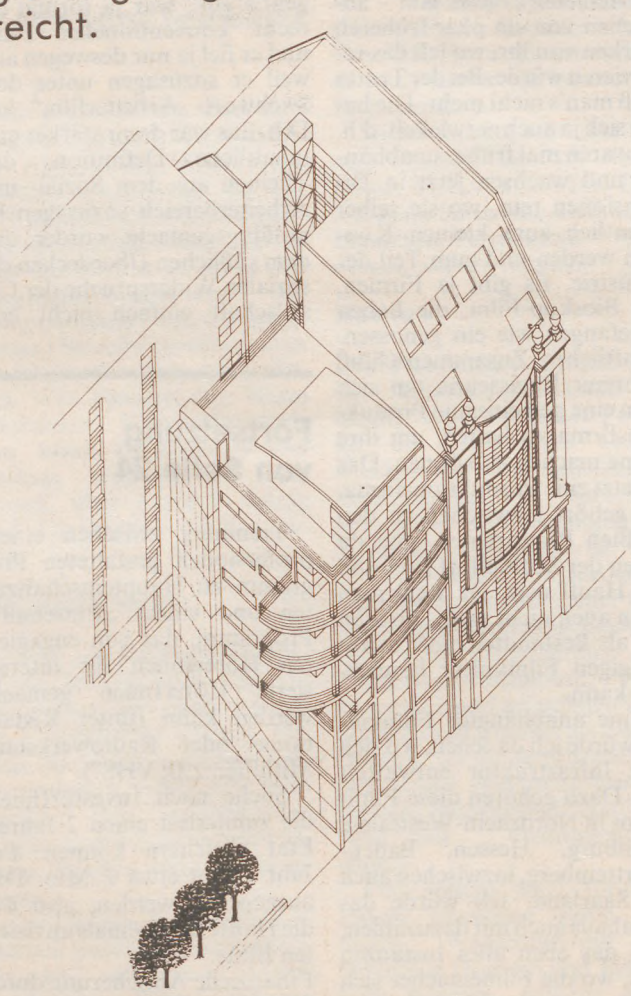
Wir ziehen um.

In diesem Sommer zieht die taz ins alte Berliner Zeitungsviertel. Ein schönes denkmalgeschütztes Haus wird zur Zeit instand gesetzt, um uns an diesem traditionellen Ort anregenden Raum fürs Zeitungsmachen zu geben.

Die künftige Adresse:
Kochstraße 18, 1000 Berlin 61

Wir bauen aus.

Das neue Domizil soll in zwei Jahren um einen Neubau erweitert werden. Platz gibt's genug. Die Pläne sind eingereicht.



Das Neubauvorhaben Kochstraße 19
(Architekt: Gerhard Spangenberg)

Wir bieten an:

Beteiligungen mit attraktiven Steuervorteilen und anständiger Verzinsung. Bis zum 30. Juni soll eine Million beisammen sein.

Bitte den Beteiligungsprospekt anfordern bei contrapress, satz und druck GmbH Neue KG. Wattstr. 11 - 12, 1000 Berlin 65

Leserbriefe

Betr.: Bunte Seiten

Liebe AdressensammlerInnen,
Ich möchte Euch auf eine Veraltung bzw. Noch-nie-Richtigkeit Eurer Adressensammlung der Selbstverwalteten Betriebe aufmerksam machen.

Ich arbeite in einer ehemals Selbstverwalteten Vollkornbäckerei in Bremen und kenne mich (glaube ich) daher relativ gut im Selbstverwalteten Ernährungsbereich aus. Es gibt ihn nicht!! Ausgenommen BDP, Coop's etc. Und dies trifft auch auf den Großteil der anderen Betriebe zu. Betriebe wie „die Backstube" oder „Löwenzähn" waren selbstverwaltet – sind es aber seit einem Jahr nicht mehr. Andere Läden wie „Blockhaus" sind und waren nie selbstverwaltet. Ich möchte Euch daher bitten, Eure Adressen zu aktualisieren und zu korrigieren.

Wenn ich mir die Bremer Selbstverwaltungsszene ansehe, gehören nicht mehr viele in die BUNTEN SEITEN. Es ist allerdings so, daß sich sehr viele „alternative" Chefs/Chefinnen von Netzwerk beraten lassen.

Ich gehe davon aus, daß das in der ganzen BRD so ist. Insofern denke ich, daß für die BUNTEN SEITEN eine radikale Schrumpfkur angesagt ist, um den Weizen vom Spreu zu trennen und sie nicht zu „GRÜNEN SEITEN" verkommen zu lassen.

Robert, Bremen

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ **(06221) 1 34 02**

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben. zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammbeleg schaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:

1000 Berlin 36, CONTRASTE, Oranienstr. 186, ☎ **(030) 65 15 64; 2000 Hamburg 50,** Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16, ☎ **(040) 439 91 22; 2800 Bremen 1,** Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, ☎ **(0421) 7 20 93; 5300 Bonn 1,** Thomas Schaefers, Am Hofgarten 20, ☎ **(0228) 21 52 90; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5,** Petra Inden, Niederurseler Str. 7, ☎ **(06171) 7 80 11; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10,** ☎ **(0561) 2 28 38; 6900 Heidelberg 1,** CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ **(06221) 1 34 02; 7053 Stetten,** Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ **(07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ **(0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien,** Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ **(0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1014BA Amsterdam,** Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Kabelweg 51, ☎ **(0031) 20 84 36 95**

Fachredaktionen:

Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ **(030) 693 53 51; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul- Lincke-Ufer 44a, ☎ **(030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen,** Eckard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ **(07071) 4 33 41; Genossenschaften: 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ **(0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ **(089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ **(05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück,** Hermann Cropp, Postfach 1641, ☎ **(0541) 43 29 41**

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.

Eigenverlag; Alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ **(06221) 1 34 02;** Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86

Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1; **Satz:** auf TEXTLINE-System; **Ausgabe:** Monotype-Lasercomp

Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎ **(06221) 1 34 02**

Vertrieb:
☎ **(06221) 16 24 67**

Jobs

Das **Merlin** sucht weibliches/männliches **Kollektiv–Mitglied** für den Aufgabenbereich Küche und Cafe. Einstiegtermin Herbst 89 wäre günstig. Kritische Begeisterung für unser Konzept und Lust am Arbeiten im Team wünschen wir uns. Selbstbestimmtes Arbeiten sollte wichtiger sein als Supergehalt. Interesse?
Bitte schriftlich an's **Merlin**
Furtbachstraße 14,
7000 Stuttgart

Für die **Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V. „Kurve Wustrow" im Landkreis Lüchow-Dannenberg (Wendland)** – ist spätestens zum 1.7.89 die Stelle eines(r) MitarbeiterIn zu besetzen.
Die Vergütung beträgt ca. DM 2.000,– monatlich bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 30 Wochenstunden.
Es sind z.Z. vorrangig folgende Aufgaben zu erfüllen:
- Vereinsgeschäftsführung
- Finanzbeschaffung und - verwaltung
- Verwaltung des Tagungshauses (mit Garten)
- Mitarbeit an der Entwicklung einer MitarbeiterInnen- Konzeption

Weitere Aufgaben werden in Absprache mit dem Vorstand und dem/der anderen MitarbeiterIn übertragen.
Menschen, die Erfahrung und Interesse mit und an Verwaltungs- und Organisationstätigkeit, Bildungsarbeit und der Beschäftigung mit dem Themenkomplex gewaltfreier Konfliktaustragung haben, werden gebeten, die üblichen Bewerbungsunterlagen bis zum 17.4.1989 an die Bildungs- u. Begegnungsstätte
für gewaltfreie Aktion e.V.
z. Hd. Matthias Wesslowski
Große Düwelstr. 33a
3000 Hannover 1
einzusenden.

Für die **Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V. „Kurve Wustrow" im Landkreis Lüchow-Dannenberg (Wendland)** – ist zum 1.8.89 die Stelle eines(r) MitarbeiterIn zu besetzen.
Die Vergütung beträgt ca. DM 2.000,– monatlich bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 30 Wochenstunden.
Es sind z.Z. vorrangig folgende Aufgaben zu erfüllen:
- Planung, Organisation und Durchführung von Bildungs- und Begegnungsarbeit
- Intensivierung von Kontakten zu uns nahestehenden Einrichtungen und Gruppen
- Beobachtung von Entwicklungen im Bereich gewaltfreier Aktivitäten und Veröffentlichungen
- Mitarbeit an der Entwicklung einer MitarbeiterInnen- Konzeption

Weitere Aufgaben werden in Absprache mit dem Vorstand und dem/der anderen MitarbeiterIn übertragen. Alle Tätigkeiten erfolgen in Zusammenarbeit mit einem/einer MitarbeiterIn mit dem Schwerpunkt Vereinsgeschäftsführung und Verwaltungsaufgaben.
Menschen, die Erfahrung und Interesse mit und an Verwaltungs- und Organisationstätigkeit, Bildungsarbeit und der Beschäftigung mit dem Themenkomplex gewaltfreier Konfliktaustragung haben, werden gebeten, die üblichen Bewerbungsunterlagen bis zum 17.5.1989 an die Bildungs- u. Begegnungsstätte
für gewaltfreie Aktion e.V.
z. Hd.Jürgen Rockahr
Hunaeusstr. 5
3000 Hannover 1
einzusenden.

Für Café/Kneipe u. Vollwertküche in unserer Bildungsstätte mit Tagungshaus u. Bildungs- und Kulturprogramm suchen wir Wirt/in u. HauswirtschafterIn mit Erfahrung. Übernahme zur Pacht möglich. Raum Köln/Bonn.
Chiffre: Pacht

Wir, ein selbstverwalteter ökol. Baustoffhandel und Handwerksbetrieb im Raum Osnabrück, suchen eine(n) Architekten(in) für die Tätigkeiten Planung und Verkauf. Wir erwarten Planungserfahrung und Kenntnisse im Bereich ökol. Bauens.
☎ (05407) 74 67

Computer sind doof

ibek Seminar

Organisationsentwicklung durch Computer?
ein Orientierungs-Workshop für selbstverwaltete Betriebe
16.4. – 18.4.1989
Programm und Anmeldungen
ibek GmbH
Telefon 0721 / 37 40 22

Jobsuche

Vermessungstechniker, 40 Jahre, sucht Anstellung auch branchenfremd z.B. Landschaftsbau
J. Drescher
Dorfstr. 37
3530 Warburg 1
☎ (05641) 85 06

Ehemaliger Diplom-Sozialpädagoge (31) sucht nach Umschulung zum Exportkaufmann (mit EDV- Kenntnissen) und Fremdsprachenkorrespondenten (Englisch, mit Grundkenntnissen in Spanisch) zum Herbst '89 interessanten Arbeitsplatz im Raum Frankfurt. Bin auch an Mitarbeit in Ausbildungsprojekten interessiert.
Michael Zierz-Isaac
Karl-Bierschenk-Str. 8
6450 Hanau 1

Dipl. Päd. (Schwerp. Medienarbeit) m 28, Erfahrung in den Bereichen: Offset, Siebdruck, Fotografie, Video und Layout sucht Einstieg in SV-Betrieb, Projekt, Bildungsstätte o.ä. im Gebiet OL, HB, HH. Auch „branchenfremd".
Stefan Siefert
Salzstr. 23
6530 Bingen

Dipl. Ing. Maschinenbau, 29 J., Absolvent, EDV-Grundkenntnisse sucht Arbeit (bundesweit)im Bereich sanfte Technologie, alternative Energieerzeugung
Wolfgang Lammers
Wörthstr. 21
4600 Dortmund 1

Zwei **Landschaftsgärtner** suchen Arbeit in einem selbstverwalteten Betrieb im süddeutschen Raum (auch auf dem Lande).
Birgitta Funk
Pfizerstr. 17
7000 Stuttgart 1
☎ (0711) 24 27 98

Junge unternehmungslustige **Bankkauffrau** sucht neuen Wirkungskreis auf alternativ-ökolog. Gebiet. In welchem ökolog. orient. Betrieb (evtl. selbstverwaltet) werden mein kaufmännisches Wissen und mein persönliches Engagement benötigt?
Gabriela Bauer
Gumlichstr. 1
8632 Neustadt

Nach Odyssee im kaufm. Bereich sucht m., Lehrstelle als **Tischler** zum 1. August im norddeutschen Raum (evtl. als Umschüler). Auch gerne Infos.
Henning Ahrens
Werner-Hilpert-Str. 13
6078 Neu-Isenburg
☎ (06102) 1 77 91

Reisen

SCI-Sommerprogramm ist da
Über 500 Workcamps auf der ganzen Welt

Das Sommerprogramm des Service Civil International ist erschienen! Jugendliche und junge Erwachsene können auch in diesem Sommer in über 500 Workcamps auf der ganzen Welt vermittelt werden: nach Frankreich oder Spanien, in die Türkei oder nach Ungarn, in die CSSR, die USA oder in die Sowjetunion.

Sie leben für zwei bis vier Wochen in einer internationalen Gruppe zusammen und unterstützen durch einen praktischen Arbeitseinsatz sinnvolle Projekte in den Bereichen Friedensarbeit, Antifaschismus, Solidaritätsarbeit oder Ökologie und Umweltschutz. Workcamps finden statt in Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen in der Ausländerarbeit, in der Kinder- und Jugendarbeit, mit Behindertengruppen, mit Fraueneinrichtungen [illegible] tren.

Mit seinen internationalen Workcamps bietet der SCI eine Alternative zum Massentourismus und fördert Frieden und Völkerverständigung, solidarisches Zusammenleben und interkulturelles Lernen. Die Jugendlichen lernen ein anderes Land aus der Perspektive der dort lebenden Menschen kennen, „hautnah" erleben sie die kulturelle und soziale Wirklichkeit.

An den internationalen Workcamps können Jugendliche ab 16 Jahren im Inland, ab 18 Jahren im Ausland teilnehmen. Sie bezahlen eine Anmeldegebühr beim SCI, ihre Anreise müssen sie selbst organisieren und finanzieren. Unterkunft und Verpflegung in den Workcamps sind frei, außerdem sind sie während ihres Aufenthaltes versichert.

InteressentInnen fordern ab sofort das Sommerprogramm 1989 gegen zwei Mark in Briefmarken an beim
SCI
Blücherstr. 14
5300 Bonn 1
☎ (0228) 21 20 86-7

Im März erschienen: **„Was tun? – Was tun!"**, das neue Workcamp- Programm des Christlichen Friedensdienstes. Es enthält Informationen über mehr als 100 Workcamps im In- und Ausland für den Sommer 1989.

Der cfd bietet Arbeitsprojekte in Weltstädten wie Rom und London, aber auch in winzigen Dörfern z.B. Frankreichs und Portugals an. Neben den Workcamps in Westeuropa finden auch Begegnungen in Osteuropa statt.

Das Programm mit weiteren Informationen ist gegen Rückporto beim CFD, Rendeler Str. 9-11, 6000 Frankfurt 60
☎ (069) 45 90 72
zu erhalten.

Reisen mit G-Tour

Wien-Plattensee-Budapest-Puszta:
29.4. bis 9.5.89
Sowjetunion-Transsibirische Eisenbahn:
6.5. bis 20.5.89
Glanzpunkte Chinas:
14.5. bis 3.6.89
Finnland-Nordkap:
21.7. bis 30.7.89
Sibirien-Mittelasien:
22.7. bis 5.8.89
China mit Yangtze-Flußfahrt:
23.7. bis 11.8.89
Carneval auf Cuba:
23.7. bis 6.8.89

Information bei G-Tour, Genossenschaft für Arbeit und Leben i.G., Am Heidacker 2, 2953 Rhauderfehn
☎ (04967) 5 66

New Age

Hallo New Age Fans! US-Kirche behauptet: 1 Million Dollar für jeden abrufbereit! Jede Krankheit heilbar-jetzt! Partnerprobleme sofort lösbar! Kalifornischer Multimillionär erzielte Wunderheilungen, die an biblische Zeiten erinnern. Interessenten gesucht zur Gründung einer deutschen Sektion. Info H. Wacker, PF 43 29, 6500 Mainz.

Sonstiges

Neu: **PC-Einsteigerbuch.** IBM- kompatible. Keine meterdicken Handbücher mehr. Wegweiser durch Computerdschungel. DM 30,– Scheck oder bar bei H. Wacker, PF 43 29, 6500 Mainz.

Sorry
ist wirklich alles, was wir sagen können, angesichts der vielen Manns-Bilder in dieser Nummer. Daß die Frauen demnächst wieder ganz stark ins Bild kommen, geloben Männlein und Weiblein der Bildredaktion in Gründung.

UBIK
UMZÜGE
Beiladungen nah + fern
ASH Mannheim 06 21 / 273 58
ALAN Reutlingen 07121 / 30 09 68
EBERL Kassel 0561 / 683 29
AVANTI Berlin 030 / 612 20 44
HUCKEPACK Hamburg 040 / 390 52 53
Umzugs-Betriebe in Kooperation

Hilferuf aus Kolumbien

Red. Heidelberg Die Gewaltwelle der letzten Wochen hat in Kolumbien das Leben zahlreicher Menschen gefordert, u.a. wurden zwei führende Politiker der linksgerichteten UP (Union Patriotica) ermordet; der liberale Spitzenpolitiker Ernesto Samper Pizano hat mit viel Glück ein Attentat überlebt; der Präsident der UP ist ins Exil geflüchtet. Angst und Hilflosigkeit beherrschen die Atmosphäre im Land. Allein im Februar, so die konservative Zeitung „El Siglo", sind 2.062 Menschen durch Gewaltakte paramilitärischer Killerorganisationen ums Leben gekommen. Kolumbien verblutet, die Opposition wird systematisch ausgerottet, und die internationale Öffentlichkeit hält sich immer noch sehr stark zurück.

Informationen, auch Herstellung von Kontakten mit kolumbianischen Politikern über:
Stiftung Amigos de la Paz
Mauricio Trapper
Kaiserstr. 39
6000 Frankfurt 1
☎ (069) 23 34 66

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen
(32 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM**
(jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM**
(jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankierten Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos immer im Papierkorb!** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.

Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

KLEINANZEIGEN

SCHNIPSEL

Tagungen...Seminare...Treffen

BF

Seminarreise

Ökologie in der Volksrepublik Polen
Das Programm der Seminarreise wird einen Überblick geben über die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, historischen und politischen Ursachen der ökologischen Krise in Polen. Vorgesehen sind Gespräche mit unabhängigen Umweltschutzinitiativen, Exkursionen, Besichtigungen, Fachreferate über Umweltschutzprogramme, gesetzliche Regelungen und ökologische Bildungsarbeit.
Termin: 22.5. bis 31.5.89
Kosten: 899,– DM incl. Busfahrt ab Bielefeld, 9 Übernachtungen in 3- Sterne-Hotels in Doppelzimmern mit Bad/Dusche, WC, Vollverpflegung, Fachprogramm, Exkursionen, deutschsprachige Dolmetscherbetreuung, Visabeschaffung.
Anmeldung: sofort beim
Bildungswerk für Friedensarbeit
Alfred-Bozi-Str. 10
4800 Bielefeld
☎ (0521) 17 91 48

Haus Eichwald
Selbstverwaltetes Bildungs- und Freizeithaus

Anders leben – anders arbeiten
Das Seminar richtet sich an Einzelpersonen und Gruppen, die mit dem Gedanken spielen, ein selbstverwaltetes Projekt aufzubauen und an Leute, die sich mal intensiver mit dem Selbstverwaltungsgedanken befassen wollen. Anhand des Werdegangs bestehender Projekte (Fahrradladen, Bildungshaus Eichwald) werden auch rechtliche, finanzielle und organisatorische Fragen behandelt. Vom 24. bis 25. Mai 1989. **Teilnahme kostenlos.**

Perspektiven Alternativer Ökonomie
Mit dem Seminar soll eine Bestandsaufnahme der Selbstverwaltungsszene versucht werden. Zudem ist beabsichtigt, einen Diskussionszusammenhang unter den Projekten herzustellen, wobei im Vordergrund die gesamtgesellschaftliche Bedeutung Alternativer Ökonomie, Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit, innere Schwierigkeiten und mögliche Perspektiven stehen sollen. Vom 9. bis 11.6.89. **Teilnahme Kostenlos.**

Spanienfahrt
Unter dem Aspekt einer europaweiten Vernetzung sind Gespräche mit selbstverwalteten Projekten in Nord- und Zentralspanien geplant. Nicht zu kurz kommen soll auch das Kennenlernen von Land und Leuten. Vom 6. bis 18.10.89. Vorläufiger Preis: ca. 600 bis 700 DM.

Anmeldung & Information:
Haus Eichwald
Weiskircher Str. 28
6648 Nunkirchen
☎ (06874) 9 55

2. Kommunetreffen in Lutter

findet vom 12. bis 15. Mai 1989 in der Domäne Lutter, Auf der Domäne, 3372 Lutter am Barenberge statt. Beginn: Freitag 16 Uhr, Ende: Montagmittag (UKB: 20,– DM). Für weitere Infos stehen Euch Rita (Lutter Gruppe, ☎ (05383) 18 84) und Gunar (Gruppe Riedmühle, ☎ (05664) 87 40) zur Verfügung. Anmeldungen bitte direkt an Rita.

ibek

EDV-Einführung
Immer mehr alternative Organisationen stellen sich die Frage: „Können wir uns die Computertechnik sinnvoll aneignen, oder steckt darin soviel von Herrschaft und kapitalistischer Logik, daß wir uns die Finger daran verbrennen können?"
Im Seminar sollen zunächst soiche grundlegenden Fragen und Methoden der Folgenabschätzung und Bewertung diskutiert werden.
Darüber hinaus werden konkrete Schritte der Entscheidungsfindung und Technikeinführung vorgestellt, die eine sozialorientierte Gestaltung von Arbeit und Technik unter Beteiligung aller Interessierten und Betroffenen zum Ziel haben.
Seminargebühr: 260,– DM zzgl. 14% MwSt.
Termin: 16. bis 18.4.1989

Tabu-Themen in alternativen Organisationen
Immer wieder sind wir bei unserer Beratungsarbeit auf Tabu-Bereiche gestoßen, die nicht berührt werden dürfen. Entlohnungsfragen, formale und informelle Hierarchien, Einfluß von „Alten" und „Neuen", Emotionalität waren oft Begriffe für solche Tabus. In diesem Seminar wollen wir an diese Tabu-Themen herangehen, um einerseits das mögliche Spektrum von Lösungen für diese Blockaden zu erweitern und andererseits neue Formen für den Umgang mit den Tabus zu finden. Ziel ist es, die Blockaden in den Köpfen und in den Organisationen etwas zu lockern und ein paar spannende Tage miteinander zu verbringen. (Insbesondere für Menschen, die etwas zu verteidigen oder anzugreifen haben.)
Seminargebühr: 350,– DM zzgl. 14% MwSt.
Termin: 25.5. bis 28.5.1989

Alternative Betriebsführung
Aus ähnlichen Wertvorstellungen ergibt sich nicht automatisch eine funktionierende und befriedigende Betriebsorganisation. In diesem Seminar werden wir darauf eingehen, welche Instrumente sich für Organisation und Betriebsführung von alternativen Betrieben eignen (Entscheidungsstrukturen, interne Verträge, Controlling, organisatorische Rollen etc.) und wie sich der Prozeß der Definition von Regeln und Strukturen für den Betrieb gestalten läßt.
Seminargebühr: 300,– DM zzgl. 14% MwSt.
Termin: 15. bis 18.6.1989

Anmeldung & Information:
ibek
Zähringer Str. 41
7500 Karlsruhe 1
☎ (0721) 37 40 22

Werkstatt Initiativ

Wie mache ich mich selbständig?
... und die knallharte Antwort von Hans Emge (dem Autor des rororo Bandes .....)
19. bis 21.5.89 in Köln. Ein Wochenende für alle, die Eigeninitiative zeigen, sich selbständig machen wollen oder es schon sind, sich in Initiativen engagieren, in einem selbstverwalteten Betrieb mitarbeiten oder einen solchen gründen wollen.
Information & Anmeldung:
Werkstatt Initiativ
Die Bildungswerkstatt
Laudahnstr. 24
5000 Köln 41
☎ (0221) 41 61 63
(Di bis Do 15-19 Uhr)

Aufruf an alle freien/autonomen/unabhängigen/selbstverwalteten Tagungshäuser

Die **Kraftzwerge** sind gerade dabei, eine Neuauflage des Bundesweiten Tagungshausverzeichnisses zusammenzustellen, die im August '89 erscheinen soll. Jedes Haus hat Gelegenheit, sich auf einer Buchseite vorzustellen (mittels reprofähiger Vorlage im Endformat DIN A5). Eine Beteiligung an den Herstellungskosten ist erforderlich und möglich über a) V-Scheck von DM 120,– oder b) Vertrieb von 30 Verzeichnissen. Redaktionsschluß: 1.5.89.
Kontakt & Information:
Kraftzwerg e.V., Altes Zechenhaus, Silbernaal 1
3392 Clausthal-Zellerfeld
☎ (05323) 4 04 22 (9-12h, Michael)

Sonne, Wind und Wasser

Grüner Energiewendekongreß mit Fachmesse vom 21. bis 23. 4. 1989 in der Europahalle in Castrop- Rauxel
Foren zu folgenden Themen sind vorgesehen:
Samstag, 22. 4.:
- Sonne, Wind und Wasser
- Wasserstoff zentral oder dezentral?
- Neuer Kampf um den Wärmemarkt
- Wie lange können wir uns fossile Energieträger noch leisten?
- Regionale Energiekonzepte in Dänemark, Kalifornien, Rottweil und im Ruhrgebiet
- Die Energiekonzerne – deregulieren, verstaatlichen oder rekommunalisieren?
- Mit atomarer Kraft gegen das Treibhaus?
- Energiepolitik in der dritten Welt

Sonntag, 23. 4.:
10.00 h: Abschlußveranstaltung „Wie wird die Utopie konkret?" mit Robert Jungk, Christine Muscheler (Grüne), der Initiative „Freie Energiestadt Rottweil", Stephan Kohler vom Öko-Institut u.a.
Anmeldung:
DIE GRÜNEN
Bundesgeschäftsstelle
Colmantsstr. 36
5300 Bonn
☎ (0228) 69 20 21

„Italienische Alternativen"

Studienfahrt vom 30.4. bis 5.5.89. Programm:
1. Mai in Verona
Teilnahme an der 1. Mai Demonstration und Kundgebung. Politische Kontakte und Diskussionen mit den Grünen in Verona.
Besichtigung der Cooperative 8. Marzo
Landwirtschaft und Agrotourismo. Erfahrungsberichte über Gründung und Aufbau. Entwicklung innerhalb der Cooperative.
MAG I
Funktion und Ergebnisse einer „Ökobank-" und Netzwerk-Diskussion über die Entstehung und über Förderungsbeispiele. Einschätzung von notwendigen staatlichen Rahmenbedingungen.
Cooperative ZLG
Besichtigung eines Graphischen Betriebes. 40 Arbeiterinnen und Arbeiter haben diesen Betrieb nach einem Konkurs besetzt und in eigener Regie übernommen.
Ausflug ins Val Policella
In das Anbaugebiet des berühmten „Val Policella" mit Einkehr in einer ländlichen Cantina und Weinprobe in einer Kelterei.
Kosten incl. Fahrt, Übernachtung (in der Ca 'Verde) u. Frühstück: ca. 250,– DM.
Kontakt und Anmeldung:
Ab sofort. Ernst Kuttruf
Pfandäckerstr. 40
8500 Nürnberg 90
☎ (0911) 326 31 87
Diese Studienreise wird von Mitgliedern und Freunden des grünen Kreisverbandes Nürnberg organisiert.

Lern= werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere **„Lernwerkstatt"** hat 27 Betten (2-, 3-, 4- Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- oder Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knappe 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.
Info & Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 od. 10 31

Stiftung Salecina

„Dritte-Welt-Bewegung heute"
Im Rahmen des „Bergfrühlings" in Salecina/Schweiz findet vom 28.5. bis 3.6.89 ein Seminar statt, das den Teilnehmern Distanz vom eigenen Engagement ermöglichen will, bisherige Erfahrungen aus der 3.-Welt-Solidaritätsarbeit sammeln und überdenken hilft und Perspektiven entwickelt. Anmeldungen bis Mitte April an:
Salecina
CH-7516 Maloja
☎ (0041 82) 4 32 39

Malen, Zeichnen, Bildhauern
Unsere Sommerkurse im Tecklenburger Land dienen dazu, den Gefühlen in Farben, Formen und Material freien Lauf zu lassen.
Prospekt anfordern für die **Sommerakademie Mettingen** bei
Günther Burrichter
Schöneberger Ufer 59
1000 Berlin 30

ISO

Political economy of selfmanagement
Interdisciplinary course with special emphasis given to the interaction between economic environment, role of the state, technology and qualification of work force for the development and proper functioning of selfmanagement in the yugoslav system, in western cooperatives, in socialist and developing countries.
Exkursion/Seminar im Inter University center, Dubrovnik (Jugoslawien) vom 7. bis 19.5.1989.
Anmeldung & Information:
ISO, Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt 1
☎ (069) 738 18 33

Kollektives Management: Was tun
Das kennt jede/r: Mit großem Engagement setzt man sich zusammen, beginnt ein Projekt, gründet einen Betrieb. Aber schon nach kurzer Zeit wird es schwierig: – Arbeiten werden doppelt erledigt – Besprechungen dauern endlos – einige werden zu Machern. Dabei ist eine gut funktionierende Teamarbeit der hierarchischen Arbeitsorganisation weit überlegen. An diesem Wochenendseminar könnt Ihr euere Teamfähigkeit verbessern. Ausgehend von konkreten Arbeitsaufträgen werdet Ihr Methoden zur effektiven Teamarbeit erarbeiten. Ihr werdet lernen, euere Fähigkeiten und die der Anderen, optimal für gemeinsame Ziele einzusetzen. Alle Aufgaben sind in einem gleichberechtigten Team zu lösen. Vom 2. bis 4.6.89 und 9. bis 41.6.89 im Tagungshaus Rommerz.
Anmeldung & Information:
M. Paulini
Bachstr. 22
6100 Darmstadt

Generationswechsel in selbstorganisierten Projekten
Bei diesem Seminar sollen Erfahrungen verschiedener „Projektgenerationen" im Selbstverwaltungsbereich ausgetauscht werden: Wodurch unterscheiden sich Ziele, Werte, Zugänge zur Arbeit und Entscheidungsstrukturen etc. von „alten" und „neuen" Projektmitgliedern? Wie werden bereits gesammelte Erfahrungen weitergegeben oder muß jede(r) alle Erfahrungen selbst und neu machen? Wie entstehen Projekttraditionen und -identifikationen? Aus interessierten Initiativen und Betrieben sollten jeweils mindestens 2 Leute kommen – ein(e) VertreterIn der GründerInnengeneration, bzw. wer, schon länger dabei ist, und ein(e) Neue(r). Vom 2. bis 4.6.89, voraussichtlich in der Jugendbildungsstätte Dietzenbach.
Anmeldung & Information:
Diethelm Damm
Am Burgacker 31a
6200 Wiesbaden
☎ (06121) 54 33 15

Das Italienische Genossenschaftswesen heute: theoretische und vor allem praktische Verknüpfungen zur BRD, auch im Hinblick auf 1992.
Gibt es Möglichkeiten der direkten Kooperation zwischen italienischen Genossenschaften (alt-neu) und der hiesigen SV-Bewegung bzw. „neuen" Genossenschaften? Werden durch die Annäherungen 1992 auch Kontakte einfacher? Läßt sich aus dieser Annäherung Stärke gewinnen, um politisch (ideell) nicht nur zu überleben, sondern den Genossenschaftsgedanken und die Selbstverwaltungsidee vorwärts zu bringen.
Diese und ähnliche Fragen werden diskutiert. Dazu gibt es Ergebnisse vom Seminar '88 und der Exkursion im September '88. Eine Exkursion Ende '89 ist möglich, jedoch nicht festgelegt. Vom 23. bis 25.6.89 im Jugendhof Bessunger Forst, Roßdorf b. Darmstadt.
Anmeldung:
ISO oder Reinhard Neumann
Schloßgartenstr. 63
6100 Darmstadt
schriftlich bis spätestens 20.5.89

Werkstatt Bildungswerk e.V.

Bildungsurlaub

Lebensraum – Krisenlandschaft: Über die Widersprüche einer Region.
Ein Seminar zum Thema: Strukturwandel/Strukturkrise im Ruhrgebiet mit den Schwerpunkten: Bergbau/-Energiepolitik, Strukturwandel, verschiedene Krisenkonzepte, Kommunalpolitik.
Von der Haldenwanderung, Betriebsbesichtigung, Tonbandaufzeichnungen bis zur „Ruhr- Emscher-Tour" sollen eigene Erfahrungen und Eindrücke gesammelt und diskutiert werden. Vom 8.5. bis zum 12.5.89 in der Werkstatt e.V., 4300 Essen 14.

Das Ruhrgebiet im Radio: Ein Grundkurs BürgerInnenradio zum Thema: Müllverbrennung.
Es werden technische Grundfertigkeiten und journalistische Formen vermittelt. Ziel ist die Herstellung einer Sendung zum Thema Müllverbrennung. Zur Einarbeitung in das Thema wird eine Müllverbrennungsanlage besucht. Technik wird gestellt. Vom 13.6. bis zum 16.6.89 im Tagungshaus der Werkstatt e.V.
Information & Anmeldung:
Werkstatt Bildungswerk
Antonienallee 25
4300 Essen 14
☎ (0201) 52 16 82

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.
zum Osteresch 1,
tel. 05457/1513
4447 Hopsten-Schale,

Neuntes Baufachfrauentreffen
7. bis 9. April 1989
Sonnenenergie
9. bis 14. April 1989
Buchführung
16. bis 21. April 1989
Anmeldung, Programm und Preise:
Frauenbildungshaus Osteresch
Zum Osteresch 1
4447 Hopsten-Schale
☎ (05457) 15 13

Cinevideo

Vom 2. bis 7. Mai finden in Karlsruhe die 2. „Tage des unabhängigen Films" statt. Die Veranstaltung versteht sich als ein Forum des unabhängigen Filmschaffens ohne Wettbewerbscharakter und will einen Überblick über neue Film- und Videoproduktionen des deutschsprachigen Raums geben. In einer Sonderveranstaltung stellt sich das Kino- und Fernsehkollektiv von „Radio Venceremos" aus El Salvador vor.
Programminformationen bei:
AG Cinevideo e.V.
c/o. DAS KINO
Gottesauerstr. 13
Postfach 2041
7500 Karlsruhe
Tel. (0721) 69 96 93

Anzeige

Die Lage in El Salvador spitzt sich zu: Spendet für das Waffenkonto! Verbreitert die Kampagne, z.B. durch massenhaften Einsatz des obigen Plakats! Farbe: rot/schwarz, Format: DIN A3 (DM 0,20 /St.) u. DINA2 (DM 0,60 /St.)

Zu bestellen bei: Lateinamerika-Komitee, c/o CONTRASTE, Pf. 104520, 6900 Heidelberg. Mindestabnahme 50 St., Paket- u.Verpackungspauschale DM 5,-.
Bitte legt der Bestellung Schein(e) bzw. Briefmarken bei oder überweist im voraus auf Konto 205689-759, Postgiroamt Karlsruhe, Norbert Schön, Lateinamerika-Komitee Heidelberg

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden!

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .
Adresse: . . . . . .
Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,– (incl. Versand)

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: . . . . . Geldinst.: . . . . .
Konto-Nr.: . . . . . BLZ.: . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich (336 Schilling im Jahr) an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1020 Wien.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

89 - 55